

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

30–31/2010 · 26. Juli 2010



Deutsche Einheit

Konrad Weiß

Zwanzig Jahre danach

Raj Kollmorgen

Diskurse der deutschen Einheit

Klaus Schroeder

Deutschland nach der Wiedervereinigung

Rolf Reißig

Auf dem Weg zur zukunftsorientierten Transformation

Michael C. Burda

Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert

Rüdiger Thomas

Deutsche Kultur im Einigungsprozess

Felix Ringel

Hoytopia allerorten? Von der Freiheit zu bleiben

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Seit dem Beitritt von fünf neuen Bundesländern zum Geltungsbereich des Grundgesetzes sind fast zwanzig Jahre vergangen. Jahrzehntlang blieb die Aufforderung in der Präambel, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, eine Utopie, fern wie ein Stück Mondgestein. Als die Macht der SED gebrochen war, wählten die Bürgerinnen und Bürger der DDR den möglichst raschen Beitritt. Der weitgehend gewaltlose Untergang des SED-Staates und die Wiedererlangung der deutschen Einheit im Einklang mit den Siegermächten und allen Nachbarn beendete die Nachkriegszeit.

Die Ostdeutschen haben entschlossen in Angriff genommen, was ihnen die Transformation abverlangte. Und doch scheint die Einheit nicht „vollendet“. Den Mühen der Gebirge folgten jene der Ebenen. Die im Grundgesetz formulierte „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ bleibt ein Postulat. In der politischen Kultur und in den Mentalitätshaushalten vieler Bürgerinnen und Bürger leben Ost-West-Unterschiede fort. Der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit steht ihre Historisierung noch bevor, wie Debatten um die DDR-Vergangenheit immer wieder neu belegen.

Mit der Generationenfolge scheinen die Ost-West-Gegensätze jedoch zu schwinden: Die Schablonen „Ossi“ und „Wessi“ muten bereits an wie verhallende Echos aus grauer Vorzeit. Wer in diesem Sommer seine Abiturprüfungen ablegt, war im Herbst 1990 noch nicht geboren. In den jüngeren Generationen spielt es keine Rolle mehr, ob jemand im Erzgebirge oder in der Eifel zur Welt gekommen ist. Die Bewältigung der Ost wie West betreffenden Krisen der westlichen Wachstumsgesellschaft und der Folgen des demographischen Wandels wird die gesellschaftliche und kulturelle Konvergenz der beiden Landesteile befördern.

Hans-Georg Golz

Konrad Weiß

Zwanzig Jahre danach

Essay

In der Nacht zum 3. Oktober 1990, als die Wiedervereinigung vollzogen wurde, stand ich am Rande einer lauten Menschenmenge

Konrad Weiß

Geb. 1942; bis 1990 Regisseur im DEFA Studio für Dokumentarfilme, Berlin; 1989 Mitbegründer und Sprecher der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“; Abgeordneter der freigewählten Volkskammer und des Deutschen Bundestags; seit 1995 freier Publizist, Kreuzstraße 18b, 13187 Berlin. k.weiss@bln.de

auf dem Pariser Platz in Berlin. Ich hatte am Abend in Leipzig einen Vortrag gehalten und war dann, so schnell es mein alter Dacia hergab, nach Berlin gefahren: Ich wollte um Mitternacht am Brandenburger Tor sein. Mehr als ein Jahr lang hatte ich auf diesen Augenblick hingearbeitet: in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, am Runden Tisch, in der Volkskammer. Auch wenn der Weg zur Einheit ein anderer war, als ich ihn mir gewünscht und vorgestellt hatte, auch wenn der Einigungsvertrag in vielen Punkten so problematisch war, dass ich ihn zuletzt in der Volkskammer abgelehnt hatte – das Ziel, die Wiedervereinigung, war auch meines gewesen. Und nun stand ich Unter den Linden, während aus der Ferne vom Reichstag her Bruchstücke erst der Reden, dann der Nationalhymne herüberklangen und das Brandenburger Tor von einem Feuerwerk illuminiert wurde.

Ich betrachtete aufmerksam die Menschen um mich herum, die auf ganz verschiedene Weise an dem Ereignis teilhatten. Die einen still für sich und mit Tränen in den Augen. Andere versuchten ungeübt die neue Nationalhymne mitzusingen – so mancher, wie mir schien, sang mit den alten Worten. Andere waren fröhlich und ausgelassen. Nur wenige, die wohl dem Bier schon zu reichlich zugesprochen hatten, störten den Augenblick mit Grölen. Und ich fragte mich also: Wie wird das wiedervereinigte Land, dieses Neuland, wohl sein?

Es muss uns nicht verwundern, hatte ich am Abend in Leipzig gesagt, was mit uns Deutschen geschieht. So verlaufen doch alle Abenteuer: Sie beginnen mit der Eruption der Ener-

gien, strahlen auf andere aus und ziehen viele in ihren Bann. Der Gipfel wird bezwungen, die Siege werden laut und glücklich gefeiert. Doch bald beginnt der mühsame Alltag, in dem die Liebe, die Abenteuer, die Revolutionen erstehen. Und je langsamer die Schritte werden, desto mehr klammern wir uns an die kostbaren Erinnerungen, verkünden und verteidigen unsere gewonnene Weisheit, ohne dass wir mit derselben Kühnheit an sie glaubten.

Jetzt, zwanzig Jahre später, weiß ich: Ich habe Recht behalten, und ich habe mich geirrt. Für mich ist das Jahr zwischen Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung noch immer ganz nah und lebendig und etwas ganz und gar Einmaliges. Aber ich bin auch demütiger geworden und weiß, dass Transformationen, auch wenn das früher nicht so hieß, in der Geschichte eher die Regel denn die Ausnahme sind. Die Zeitgenossen der Freiheitskriege oder der Märzrevolution werden ihre Revolutionen mit der gleichen Begeisterung, dem gleichen Gefühl der Einmaligkeit erlebt haben wie wir die unsere. Es gibt genug Zeugnisse dafür. Doch auch ihre Leidenschaft ist irgendwann erkaltet, auch ihre Ideen und Ideale haben manchmal zu anderem geführt, als sie gewollt hatten. Das mindert unser Erleben nicht, es ordnet es ein. „Es ist nicht wahr/daß Geschichte/gefälscht wird/Sie hat sich großenteils/wirklich/falsch/zugetragen/Ich kann das bezeugen/Ich war dabei“, heißt es in einem Gedicht von Erich Fried, das immer auf meinem Schreibtisch liegt. Und: „Doch leicht begreiflich/daß jetzt/die verschiedenen Seiten/verbesserte Fassungen/nachliefern/die das Geschehene/nicht/so sehr berichten/wie berichten wollen.“¹

Davor, die Geschichte nicht berichten, sondern berichtigen zu wollen, sind weder Historiker noch Politiker geübt, erst recht nicht Zeitzeugen. Aber dass in unserer rationalen Welt die Legenden so lebhaft wuchern und sich manche als schier unausrottbar erweisen würden, das habe ich mir damals in der Nacht vor dem Brandenburger Tor wirklich nicht träumen lassen.

Zu diesen hartnäckigen Legenden gehört, die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 hätten einen „Dritten Weg“ gewollt und seien allesamt Einheitsgegner gewesen. Nun hat

¹ Erich Fried, Die Engel der Geschichte, in: Gesammelte Werke, Berlin 1993, Bd. 2, S. 491.

es sicher unter uns Einheitsskeptiker gegeben; die gab es auch in der CDU und erst recht bei den Sozialdemokraten. Die große Mehrheit der Bürgerrechtler aber wollte die Einheit. Doch wir wollten sie auf dem zweiten Weg, den das Grundgesetz dafür vorgesehen hatte, dem konstitutionellen Weg nach Artikel 146. Die Mehrheit in beiden deutschen Parlamenten und die beiden Regierungen aber hatten sich für die administrative Variante entschieden, also den Beitritt nach Artikel 23. Beide Wege waren denkbar, beide waren legitim. Wir hatten gehofft, dass der von uns präferierte Weg den Ostdeutschen manche Verwerfung ersparen könnte. Und dass der demokratische Prozess einer Verfassungsdebatte zu mehr Mündigkeit und zur nachhaltigen Aneignung demokratischer Ideen und Werte führen würde. Tatsache ist jedenfalls, dass die Mehrheit der Deutschen im Osten wie im Westen es dann anders wollte als die Mütter und Väter der Friedlichen Revolution.

Unser Ziel im Herbst 1989 war es gewesen, die Macht der Kommunisten zu brechen und die DDR zu demokratisieren. Aus dem Unrechtsstaat eine Rechtsstaat zu machen, in dem Freiheit herrscht und die Menschen- und Bürgerrechte respektiert werden: Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, war unsere Aufgabe in den Bürgerbewegungen und am Runden Tisch. Daran haben wir bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 unbeirrt gearbeitet. Mit dem Tag der ersten freien Wahl in der DDR hatten wir unser Ziel erreicht. Danach, so geht eine zweite Legende, hätten die Regierungen Kohl und de Maizières alles Weitere erledigt. Dass aber die Wiedervereinigung von beiden Parlamenten, von der Volkskammer und vom Deutschen Bundestag, aktiv gestaltet wurde, ist zu wenig bekannt und wird kaum gewürdigt. Es war eben kein bloßer administrativer Vorgang, sondern ein demokratischer Prozess. Es hat in beiden Parlamenten die Ausschüsse Deutsche Einheit gegeben, die federführend waren. Und beide Parlamente hatten ein gewaltiges Arbeitspensum zu leisten.

Parlamentarier waren überdies Mitglied in der Verhandlungskommission zum Einigungsvertrag; ich war es für das damals noch nicht konstituierte Land Brandenburg. Das Ergebnis allerdings war für mich so unbefriedigend, dass ich den Einigungsvertrag in der Volkskammer abgelehnt habe. Einer meiner

wesentlichen Kritikpunkte war, dass keine umfassende und abschließende Regelung für die Rückgabe des in der Zeit des Nationalsozialismus zwangsweise „arisierten“ Eigentums getroffen worden war. Und dass das Rehabilitierungsgesetz der Volkskammer für die Opfer des SED-Regimes im wiedervereinigten Land nur in Bruchstücken fortgelten sollte. Ein anderer lag darin, dass wesentliche Nachbesserungsaufträge der Volkskammer, insbesondere zum Eigentumsrecht, zu sozialen Rechten und zur Neuordnung des Rundfunks, unberücksichtigt geblieben waren. „Ich will die Einheit Deutschlands“, sagte ich damals im Plenum, „und ich habe engagiert dafür gearbeitet. Aber dieser Vertrag hat in seiner endgültigen Fassung so wesentliche Mängel, daß er in vielem den Bürgerinnen und Bürgern, denen ich Rechenschaft schuldig bin, schadet.“^F

Die dritte und hartnäckigste der seit zwanzig Jahren wuchernden Legenden und zugleich die merkwürdigste aber lautet, die erst in PDS, dann in Linkspartei umbenannte SED sei die legitime Vertreterin ostdeutscher Interessen und die wahre Hüterin sozialer Gerechtigkeit. Das ist nun wirklich eine „verbesserte“ Fassung der Geschichte, die schwer zu ertragen ist. Allerdings ist diese Legende kein Wildwuchs, wie viele naiv meinen, sondern das Ergebnis gezielter Agitation und Propaganda, jahrelang geschickt gestreut und unters Volk gebracht. Bereits in ihrem Programm aus dem Jahr 1993 behauptete die PDS unverfroren: „Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR“^F – als hätte es nie eine SED gegeben, als sei die PDS nicht die politische und juristische Nachfolgerin und Nutznießerin der DDR-Staatspartei. Die Relativierung der eigenen totalitären Vergangenheit setzt sich fort und ist auch noch im jüngsten Programmentwurf der Linkspartei zu finden. Ich habe mich immer gefragt, warum so viele Ostdeutsche die Nachfolger einer Partei, deren Terror sie jahrzehntelang zu ertragen hatten, trotz der offensichtlichen Demagogie immer noch wählen. Und wie sie den gewissenlosen Kadern von gestern heute ein soziales Gewissen zubilligen können.

^F Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 36. Tagung vom 20.9.1990, S. 1751; online: <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1036.pdf> (15.6.2010).

^F PDS (Hrsg.), Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 1993, S. 1.

Eine andere Facette dieser Geschichtsklitterung ist das schwindelerregende Tempo bei der Transformation der Blockparteien, also der kommunistischen CDU, der LDPD, der Bauernpartei, der NDPD, zu demokratischen Parteien. Ihre Exkulpation haben sie nur deshalb so billig bekommen, weil sie als Mehrheitsbeschaffer gebraucht wurden. Die Auseinandersetzung mit ihrer roten Vergangenheit haben sie bis heute nicht geleistet. Das hat zum Niedergang und Ansehensverlust der demokratischen Parteien im wiedervereinigten Deutschland beigetragen. Ich habe Elektriker gelernt, und weiß, dass auf der einen Seite eines Transformators nur das herauskommt, was auf der anderen, stärker oder schwächer, eingespeist worden ist. Und dass man die Transformation jederzeit umkehren kann. Auch wenn man technische Prozesse nicht auf gesellschaftliche übertragen sollte, richtig ist jedenfalls, dass das Heute immer auch vom Gestern abhängig ist.

In den vergangenen zwanzig Jahren sind Bibliotheken vollgeschrieben worden mit Analysen und Berichten, was beim Einigungsprozess und danach alles falsch gemacht worden ist. Natürlich gab und gibt es Defizite. Natürlich wurden Fehler, auch gravierende, gemacht. Aber das, was wir gewonnen haben, wiegt ungleich schwerer, allem voran die Freiheit. Wer wie ich die längste Zeit seines Lebens in einem Land gelebt hat, in dem der Staat sich anmaßte, alles, aber auch wirklich alles für „seine“ Untertanen zu regeln und zu entscheiden, ihnen willkürlich Vorschriften zu machen und beliebig Grenzen zu setzen, sie zu gängeln, sie abhängig und unmündig zu halten, der weiß, dass es kein höheres Gut für den Menschen gibt als die Freiheit. Ich möchte schreien, wenn ich heute von Achtzehnjährigen höre, wie großartig die DDR und ihr Sozialismus gewesen seien, wie sicher, sozial und gerecht es dort zugegangen sei. Dass wir es nach der Friedlichen Revolution nicht geschafft haben, das Feuer der Freiheit für alle lebendig zu halten, deprimiert mich zutiefst.

Zu dem, was die Ostdeutschen gewonnen haben, gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung der Menschenrechte. Ich halte es für fatal, wenn dem der Verlust des Arbeitsplatzes oder soziale Unsicherheit entgegengehalten wird. Denn die „sozialen Errungenschaften“ der DDR hatten einen unverantwortlich hohen Preis: Die

Arbeitsplätze waren nur deshalb sicher, weil die Wirtschaft total reguliert war und sich das Angebot nicht an der Nachfrage orientierte, sondern an Parteitagsbeschlüssen. Die Mieten waren nur deshalb so billig, weil die Häuser niemandes Eigentum waren und verfielen. Das Gesundheits- und Sozialwesen schien nur deshalb für alle gleich, weil die Parteifunktionäre und Regimegünstlinge ihre zahlreichen großen und kleinen Privilegien sorgfältig verbargen. Und wenn Menschen in der DDR sich wohlgefühlt haben, weil der Staat für sie dachte und handelte und ihnen ein Auskommen gab, dann zeugt das nur davon, wie sehr sie in den Jahrzehnten der Diktaturen deformiert worden waren.

Zum großen und unschätzbaren Gewinn der Einheit zählt für mich, dass wir Stabilität und Frieden haben und eingebunden sind in die Gemeinschaft der Europäer. Ich habe in den Jahren nach dem Krieg schmerzlich genug erfahren müssen, was es heißt, Deutscher zu sein. Ich bin dankbar für die Solidarität, die wir Ostdeutschen in der Friedlichen Revolution aus den ehemaligen Feindländern erfahren haben, von Israelis, Polen und Russen, von Franzosen und Amerikanern. Die Nacht des Mauerfalls war für mich die erste Nacht des Friedens. Und ich war und bin dankbar, dass wir Ostdeutschen, anders als unsere ost- und mitteleuropäischen Freunde, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union so bald bekommen haben. Während Polen oder Ungarn oder Litauer gewaltige Opfer bringen mussten, um die Voraussetzungen für die Aufnahme zu schaffen, wurde sie uns geschenkt: Mit dem Tag der Wiedervereinigung waren wir Mitglied. Auch das haben heute viele vergessen oder wollen es nicht mehr wahrhaben.

Als ich vor zwanzig Jahren vor dem Brandenburger Tor stand, konnte ich mir nicht vorstellen, dass so viele Ostdeutsche so bald die gewonnene Freiheit und Demokratie gering schätzen würden. Dass sie sich diese kalte, graue, enge DDR schön reden und ihr nachtrauern würden. Aber auch das gehört offenbar unausweichlich zu jedem Transformationsprozess. Ich hoffe zwar, dass der unsere, der Weg vom Totalitarismus zur Demokratie, unumkehrbar ist. Aber ich bin mir längst nicht mehr sicher, dass Menschen wirklich aus der Geschichte lernen können.

Diskurse der deutschen Einheit

Die deutsche Einheit stellt heute für die alltägliche Lebenspraxis eine Selbstverständlichkeit dar. Zugleich lässt sich nicht nur

Raj Kollmorgen

Dr. phil., geb. 1963; Privatdozent am Institut für Soziologie, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Zschokkestraße 32, 39104 Magdeburg.
raj.kollmorgen@ovgu.de

an der Verteilung der wirtschaftlichen Leistungskraft und der Vermögen, der Binnenwanderungen oder anhand kollektiver Identitäten eine hartnäckige Ost-West-Differenz erkennen. Auch das

Kommunizieren über die ostdeutsche Transformation und die deutsche Einheit zeigt bis heute deutliche Asymmetrien und Ungleichheiten.

Sich mit den Diskursen der Einheit zu beschäftigen, ist kein Selbstzweck. Diskursanalytische Zugänge behaupten, dass sich in den Ausmaßen, Inhalten und Formen der Diskurse nicht nur die sozialen Macht- und materiellen Verteilungsverhältnisse ausdrücken. Vielmehr repräsentiert die Diskursgestaltung selbst ein wichtiges Formierungselement der politischen, ökonomischen und kulturellen Machtstrukturen. Diskurse bilden soziale Realitäten nicht ab, sondern konstruieren sie in hegemonial umkämpfter Form, wodurch sie die Möglichkeiten der Veränderung sozialer Praxis mitbestimmen.¹

Wie haben sich vor diesem Hintergrund in drei soziopolitisch höchst relevanten Feldern (parteipolitisch-programmatischer, sozialwissenschaftlicher und massenmedialer Diskurs) die Diskurse über die deutsche Einheit und Ostdeutschland in zwanzig Jahren entwickelt? Welche Differenzen und Interdiskurse sind beobachtbar?²

Diskursiver Bedeutungsverlust, Event-Orientierung, Ritualisierung

Die diskursive Beschäftigung mit dem Thema „Ostdeutschland“ und „deutsche Einheit“

hat in den vergangenen zehn Jahren weiter an Bedeutung verloren. In den überregionalen *Massenmedien* etwa haben sich – je nach Messmethode und Sample – die Anteile von Beiträgen zu Ostdeutschland und zum ostdeutschen Umbruch seit Anfang der 1990er Jahre halbiert oder sind, wie eine eigene Erhebung für zwei überregionale Tageszeitungen zeigt (*Abbildung*), sogar bis auf ein Achtel des Ausgangswertes geschrumpft. Das Ausmaß der Berichterstattung zur deutschen Einheit hat sich im selben Zeitraum noch einmal leicht verringert und bewegt sich heute im Bereich von etwa einem Prozent aller Beiträge.³

Im *sozialwissenschaftlichen Diskursfeld* folgte dem Boom der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung eine Stabilisierung auf hohem Niveau bis zum Ende der 1990er Jahre. In den vergangenen zehn, vor allem aber fünf Jahren ist ein deutlicher Rückgang entsprechender Forschungsanstrengungen festzustellen. Die Verminderung bewegt sich im Bereich von etwa 30 bis 50 Prozent gegenüber den Höchstwerten.⁴

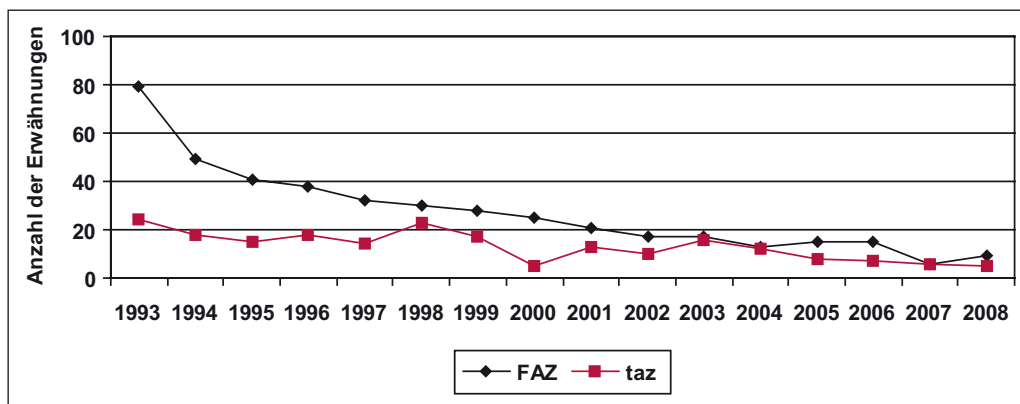
¹ Diskurse sind spezifisch geregelte und thematisch eingegrenzte sprachliche Sozialverhältnisse, wie sie in Textproduktion und -rezeption sowie mündlicher, schriftlicher und bildlicher Kommunikation realisiert werden. In Diskursfeldern ringen „Diskursgemeinschaften“ und ihre wichtigsten „Sprecher“ („Diskurseliten“) mit jeweils dominanten Strategien um die Gewinnung und Veränderung diskursiver Hegemonie (oder: legitimer Diskursbeherrschung) – als Selbstzweck und zur Beherrschung anderer Formen sozialer Praxis.

² Die folgenden Befunde verdanken sich einem langjährigen Forschungszusammenhang im Rahmen des Innovationsverbundes und Netzwerkes Ostdeutschlandforschung (www.ostdeutschlandforschung.net). Für die Bereitstellung von Daten und für kritische Hinweise habe ich vor allem Thomas Hanf, Torsten Hans, Frank Thomas Koch und Michael Thomas zu danken. Eine ausführliche Analyse der Diskurse mit den entsprechenden Quellen und Literaturen – auf deren detaillierten Nachweis deshalb hier verzichtet wird – findet sich bei Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*, Wiesbaden 2010 (i. E.).

³ Siehe die detaillierten Befunde bei R. Kollmorgen et al. (Anm. 2); vgl. auch Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*, Leipzig 2009; Sven Kersten Roth/Markus Wienen (Hrsg.), *Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West*, Bremen 2008.

⁴ Vgl. insgesamt zu diesem Diskursfeld auch: Raj Kollmorgen, *Ostdeutschlandforschung. Status quo und Entwicklungschancen*, in: *Soziologie*, 38 (2008) 2, S. 9–39.

Abbildung: „Ostdeutschland“ in Artikelüberschriften der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) und der „tageszeitung“ (taz), 1993–2008 (jeweils im Monat Mai)



Quelle: eigene Erhebung auf Basis eines Forschungskonzepts von Sven Kersten Roth.

Im *parteilich-politisch-programmatischen Diskurs*, wie er sich exemplarisch in der Entwicklung von Parteitagsthemen, Berichten und Leitbildern zeigt, wird eine Dynamik sichtbar, die nach einem Hoch (1989/90–1993/94) zunächst ein deutliches Abschmelzen der Auseinandersetzung zeigt. Zwischen 1998, dem Regierungsantritt der rotgrünen Regierungskoalition, und 2005 erfolgte ein Wiedererstarken, das seitdem einer erneuten Schrumpfung gewichen ist, sich allerdings bis 2008/09 über dem Niveau der Jahre 1996/97 bewegt.¹⁵

Ein wichtiges Merkmal der quantitativen Dynamik in allen drei Diskursfeldern ist die *Event-Orientierung*. Neben dem Hochschnellen der massenmedialen Aufmerksamkeit gegenüber dem Osten im Zusammenhang mit Großereignissen und Skandalen (G7-Gipfel in Heiligendamm; Investitionsruinen im Osten; Landtags- oder Bundestagswahlen) lösen diskursübergreifend Gedenk- und Feiertage, herausragend der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, und insbesondere deren *Jubiläen* (zuletzt 2004/05 sowie 2009/10) Schübe an medialer Beschäftigung aus, wobei seit Ende der 1990er Jahre vor allem in den Massenmedien und partiell im politischen Diskurs zugleich eine *Ritualisierung* erkennbar ist.

¹⁵ Detaillierte Analysen dieses Feldes bei Frank Thomas Koch, „Für ein modernes und soziales Deutschland“? Diskurse im politischen Raum, in: R. Kollmorgen et al. (Anm. 2).

Parteilich-politisch-programmatischer Diskurs

Der hegemoniale Diskurs im *parteilich-politisch-programmatischen Feld* hat seit 1990 eine Reihe thematischer Wandlungen erfahren. Dabei lässt sich eine Verlaufskurve rekonstruieren, die bei staatsrechtlichen und politischen Aspekten („äußere Einheit“) ansetzte (1989–1991), dann die wirtschaftlichen Umbauprozesse in Ostdeutschland („wirtschaftliche Einheit“) sowie – zeitlich leicht versetzt – die institutionellen und politisch-kulturellen Vereinigungsprobleme fokussierte („innere Einheit“, 1992–1998). Daran anschließend kehrte der Diskurs mit neuen Akzentsetzungen zu Problemen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in Ostdeutschland zurück und fragte nach dem Maß, den Zeithorizonten und Wegen einer „sozialen Einheit“ (1999–2009).

Für die Gestaltung der Diskurse und ihre Wirkungen ist es von zentraler Bedeutung, wie Themen diskursiv kodiert werden. Kodierungen umfassen einerseits die kognitive Ordnung des kommunizierten Materials. Dabei wird unter Bezug auf Weltbilder und Ideologien nicht nur eine Auswahl und Hierarchisierung von Themen sowie die Ein- und Ausgrenzung zulässiger Probleme vorgenommen, sondern ein Deutungs- und Erklärungsrahmen generiert, der spezifische Semantiken und Bedeutungsketten einschließt. Zudem erfolgt eine Bewertung diskursiver Beiträge und der ihnen zugrunde liegenden

sozialen Praxis. Diese normative Komponente ist mit den realen Machtverhältnissen, also den Interessenlagen, Machtpositionen und Konfliktlinien im Handlungsfeld, unauflösbar verwoben.

Die Kodierungen durch die hegemonialen Diskursgemeinschaften und ihre Eliten sind nicht alternativlos. Neben Auseinandersetzungen und Entwicklungen innerhalb von Diskursgemeinschaften, hier etwa politische Parteien oder Koalitionen, sind idealtypisch zwei weitere Formen zu unterscheiden. Zum einen ringen konkurrierende Gemeinschaften im Rahmen des jeweils legitimen Diskurses, d. h. einer grundsätzlich geteilten Wertordnung, Weltdeutung und Semantik sowie wechselseitiger Anerkennung als legitime Diskursteilnehmer, um angemessene und machtvoll wirkliche Wirklichkeitsdeutungen. Exemplarisch kann hier auf die politisch-programmatischen Konflikte zwischen CDU/CSU und SPD verwiesen werden. Zum anderen ist auf explizite Gegendiskurse aufmerksam zu machen. Diese ruhen auf substanziell anderen Weltbildern, Ideologien sowie Bewertungsrahmen und üben damit „Fundamentalkritik“ an den hegemonialen Positionen, was bis zur Infragestellung des Macht- und Deutungsrahmens reichen kann. Damit sind kommunikative Missverständnisse, Barrieren oder sogar Exklusionen des Gegendiskurses verbunden. Der jahrelange Umgang von CDU/CSU und FDP mit der PDS etwa illustriert diese Praxis.

Für das politisch-programmatische Feld wird für die Jahre 1990 bis etwa 1997/98 eine hegemoniale Position des liberal-konservativen Diskurses erkennbar, wobei die einflussreichsten Sprecherinnen und Sprecher Westdeutsche waren. Diese Position kodierte den Vereinigungsprozess durch eine doppelte Deutungs- und Bewertungsfigur: Einerseits sollten durch den „Beitritt“ nach Artikel 23 GG nicht nur die DDR-Eliten endgültig entmachtet und weitere „soziale Experimente“ ausgeschlossen werden, sondern rasch „blühende Landschaften“ in den neuen Ländern entstehen. Dieses „Aufblühen“ sollte andererseits durch das Programm „Aufbau Ost“ unterstützt werden, das als kurzfristiger solidarischer Kraftakt aller Deutschen kommuniziert wurde. „Beitritt“ und „Aufbau“ suggerierten dabei sowohl die Notwendigkeit eines wirklichen Neubeginns – also kei-

nes Umbaus – als auch die klare Ausrichtung auf einen institutionellen „Nachbau West“ sowie (politisch-)kulturelle Anpassungsprozesse des Ostens, die schließlich zur „inneren Einheit“ führen sollten.

Der alternative Diskurs wurde von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführt, wobei hier ostdeutsche Politikerinnen und Politiker deutlich stärker profilbildend wirkten. Dieser Diskurs setzte drei zentrale Kontrapunkte: Erstens sollte die deutsche Einheit keinen einseitigen Anpassungsprozess vorsehen, sondern in Reflexion der DDR-Geschichte und der demokratischen Reformen 1989/90 als Vereinigung Gleicher vollzogen werden. Dafür standen symbolisch der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR und die favorisierte Form der Vereinigung nach Artikel 146 GG. Zweitens wurde in dieser links-libertären Diskursgemeinschaft bestritten, dass es angesichts der Misserfolge im „Aufbau Ost“ (Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit) zu einer raschen Herstellung gleichwertiger Wirtschafts- und Lebensverhältnisse wie sozialer Identitäten und Wertordnungen nach dem Muster der alten Bundesrepublik kommen werde. Demgegenüber wurde auf die produktive Funktion eigenständiger Institutionalisierungen, soziokulturell differenter Erfahrungen und pluraler Identitäten aufmerksam gemacht. Drittens wurde trotz der unverkennbaren Erfolge die Notwendigkeit einer längerfristigen staatlichen und gesellschaftspolitischen Gestaltung einer „sozialen Einheit“ hervorgehoben. Diese Kodierungen gewannen ab 1994/95 an Einfluss und begannen die liberal-konservative Hegemonie zu unterminieren.¹⁶ Mit dem Antritt der rotgrünen Bundesregierung (1998) setzte sich diese Position – sinnfällig erkennbar an der Einrichtung eines „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“ – im Diskurs durch.

Marginalisiert und in den ersten Jahren sogar exkludiert blieb der politische Gegendiskurs, wie er von der PDS unter großer Do-

¹⁶ Das wird zum Beispiel an der Durchsetzung des jährlichen „Berichts der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit“ erkennbar, der auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit 1997 vorgelegt wird, wobei diese Berichtspflicht nach den Vorstellungen von CDU und CSU zunächst auf drei Jahre befristet wurde.

minanz ostdeutscher Sprecherinnen und Sprecher geführt wurde. Hier kodierten das Verständnis des Beitritts als „Kolonialisierung“, materielle und symbolische „Enteignung“ sowie ein „zweitklassiger“ Status der Ostdeutschen die Wirklichkeitsdeutung. Dabei wurde der Gesamtprozess von Transformation und deutscher Einheit in den ersten Jahren fast durchgängig als Misserfolg bewertet.

Zusammenfassend lassen sich für die 1990er Jahre deutliche *Spaltungstendenzen* mit der Folge wechselseitiger Sterilisierungen und Ritualisierungen feststellen, wobei die Abschottungen zwischen den politischen „Blöcken“ die entscheidenden darstellten, die von ost-westdeutschen Asymmetrien ergänzt wurden. Diese Konstellation hat sich in den vergangenen zehn Jahren zum Teil deutlich verändert. Sowohl die Dynamiken des Transformations- und Vereinigungsprozesses mit seinen wechselnden komplexen Problemlagen und ambivalenten Zwischenbilanzen wie die zwischen den Blöcken gebildeten Koalitionen auf Landes- und Bundesebene haben zu einer partiellen Verwischung diskursiver Lagergrenzen, ja zu wechselseitigen inhaltlichen Annäherungen gegenüber den (ost-)deutschen Entwicklungsperspektiven geführt.

Aus den jüngsten Leitbildern für Ostdeutschland (2008/09) lassen sich lagerübergreifend zwei zentrale Referenzpunkte destillieren. Der erste besteht in der Vorstellung von *sozialer Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland*. Diese erstreckt sich nicht allein auf materielle Einkünfte, Anrechte und Leistungen sowie Lebensbedingungen („Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, Art. 72 GG). Sie enthält auch demokratische Partizipation und die soziale Wertschätzung von gelebten Leben, von Eigensinn und Identitäten. Allerdings differieren dabei die Ausdeutungen: Während die CDU hinsichtlich des materiellen Gleichwertigkeitsaspekts am reserviertesten geblieben ist und zugleich auf wachsende Defizite in westdeutschen Problemregionen verweist, beharrt Die Linke auf einer engen Interpretation unter gleichzeitiger Hervorhebung der Überwindung sittlicher Missachtungen.

Eine zweite, stärker auf die ostdeutschen Zukunftschancen zielende Referenzfolie

bedient sich *modernisierungstheoretischer Modelle*. Hier betonen alle Parteien die erheblichen sozioökonomischen Entwicklungschancen Ostdeutschlands, wodurch die neuen Bundesländer zu Schrittmachern der Modernisierung Deutschlands und zu europäischen Modellregionen werden können. Diese Referenzfolie wird in die überwölbenden Weltbilder und Ideologien der Parteien integriert, so dass für die CDU die „Chancengesellschaft“ unter Betonung investiver Potenziale im Mittelpunkt steht, wohingegen die SPD das Leitbild eines „modernen und sozialen“ Ost- und Gesamtdeutschlands mit Blick auf eine moderne Arbeitnehmerschaft entwirft. Bündnis 90/Die Grünen wie Die Linke verorten demgegenüber die Chancen Ostdeutschlands im „doppelten Umbruch“^F als Vorreiter einer „sozial-ökologischen Modernisierung“ unter Einbezug neuer zivilgesellschaftlicher Akteure und sozialer Teilhabemodelle. Interessanterweise spielt für die Grünen das Ost-West-Verhältnis in der Diskussion ostdeutscher Chancen keine konstitutive Rolle mehr.

Sozialwissenschaftlicher Diskurs

Der sozialwissenschaftliche Diskurs zeichnet sich zunächst thematisch durch eine dem politisch-programmatischen Diskurs vergleichbare Verlaufskurve aus. Dabei zeigte sich in den ersten beiden Jahren eine gewisse Sprach-, ja Konzeptlosigkeit in der Forschung, die von der „friedlichen Revolution“ und der Dynamik des deutschen Vereinigungsprozesses überrascht worden war. Schnell kam es dann aber zu einer Konturierung des Diskurses, der konzeptuell ein polares Feld aufspannte: Auf der einen Seite wurde ein Erklärungs- und Deutungsrahmen entwickelt, der die ostdeutsche Transformation als „nachholende Modernisierung“ (W. Zapf) und den Vereinigungsprozess im Kern als institutionellen Implementationsprozess der bundesdeutschen Ordnung von oben nach unten sowie paralleler Enkulturationen der

^F Der Begriff „doppelter Umbruch“ thematisiert die parallele Herausforderung einer postsozialistischen und einer – plakativ formuliert – postfordistischen oder weiter: postmodernen Transformation in Ostdeutschland unter Bereinigungs- und Globalisierungsbedingungen.

Ostdeutschen interpretierte. Schon 1995/96 wurde in dieser wissenschaftlichen Diskursgemeinschaft, die zwar in einzelnen Aspekten Kritik am realen Vereinigungsprozess übte, sich aber insgesamt affirmativ zum politischen Beitrittsmodell und seiner Transformationslogik verhielt, von einem (weitgehenden) Erfolg des Umbaus und der Vereinigung gesprochen, wodurch sich weitere, exzeptionelle Transformations- und Vereinigungsforschung erübrige.

Auf der anderen Seite etablierte sich ein Erklärungs- und Bewertungsrahmen, der sich kritisch mit dem systemtheoretisch-modernisierungstheoretischen Modell auseinandersetzte. Dabei sind zwei Varianten zu unterscheiden. Ein alternativer Diskurs kritisierte die Leerstellen im Bereich von Machtinteressen und Machtverhältnissen im Vereinigungsprozess, die Unterbelichtung soziokultureller Aspekte („Sozialintegration“ gegenüber institutioneller „Systemintegration“), mithin den Mangel an Analysen ostdeutscher Transformationsprozesse von unten. Darüber hinaus wurde die einengende Perspektive auf deutsch-deutsche Verhältnisse, auf den Nachbau der (keineswegs umfänglich „modernen“) westdeutschen Institutionenordnung sowie ein Mangel an mittelosteuropäischen Vergleichen beanstandet. Mit dieser erkenntniskritischen Positionierung war im Regelfall eine Gesellschaftskritik am Modus der Vereinigung und der ostdeutschen Transformation verbunden. Diese konzentrierte sich auf das Modell einer neoliberal und neokonservativ geleiteten Beitrittslogik und des Institutionentransfers unter Marginalisierung bzw. Missachtung ostdeutscher Subjekte, deren Erfahrungen, Interessenlagen und Partizipationschancen („Bürger zweiter Klasse“). Für diese Diskursgemeinschaft überwogen bis Mitte der 1990er Jahre die Misserfolge des Vereinigungsprozesses in ökonomischer, sozialer und soziokultureller Hinsicht, ohne den durch die gewaltigen finanziellen Transfers von West nach Ost möglich gewordenen Massenwohlstand gering zu schätzen. Ein zweiter alternativer Diskurs radikalisierte diese Kritik und positionierte sich als prinzipieller Gegendiskurs. Für diesen handelte es sich bei der Vereinigung um eine „Kolonialisierung der DDR“ (W. Dümcke/F. Vilmar), welche die Ostdeutschen zu reinen Objekten degradierte.

Zwar wurden diese Diskurskonstellationen und ihre Spaltungslinien auch von den jeweils herangezogenen Theorien und Forschungsprogrammen grundiert. Als einflussreicher erwiesen sich aber politisch-ideologische Verortungen, der soziale und akademische Status sowie die Herkunft. Während die erste Position mit ihren heterogenen Spielarten im Kern von der akademisch-professionellen Soziologie und in ihr durch westdeutsche Forscherinnen und Forscher mit eher liberal-konservativen politischen Einstellungen vertreten wurde, sammelten sich im erstgenannten alternativen Diskurs neben einer Minderheit westdeutscher SozialwissenschaftlerInnen des akademischen Betriebs vor allem Ostdeutsche mit eher linksreformistischer Orientierung, wobei letztere bestenfalls am Rand der akademischen Forschung (als befristet Beschäftigte) oder im freien außeruniversitären Raum agierten. Die Position des radikalen und akademisch weitgehend ausgegrenzten Gegendiskurses wurde von wenigen linken westdeutschen, aber auch von im Zuge des Elitentransfers akademisch exkludierten ostdeutschen, oft älteren Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eingenommen. Es kann nicht überraschen, dass der erstgenannte Diskurs eine hegemoniale Stellung eroberte und sie in den ersten fünf Jahren auch hielt. Danach schwand zwar sein Einfluss, und die Hegemonie ging schrittweise an den zweiten Diskurs über. Das war aber mit einem deutlichen Bedeutungsverlust dieses Forschungsfeldes für die akademisch-professionelle Sozialwissenschaft verbunden. Seitdem wandert eine schrumpfende Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung immer stärker in den Osten und an freie außeruniversitäre Institute jenseits des akademischen Mainstreams.

Inhaltlich war seit Mitte/Ende der 1990er Jahre eine Vermittlung der ersten beiden Positionen und die Entwicklung empirisch gesättigter, komplexer und langzeitorientierter Erklärungs- und Bewertungsmodelle beobachtbar. Die seit etwa 2001/02 erkennbare Wiederaufwertung wirtschaftlich-sozialer Themen war nicht nur mit der endgültigen Überwindung aller Konzepte einer westdeutschen „Blaupause“ und uniformen „Gleichheit“ verbunden, sondern zielte mit dem Forschungsprogramm des „doppelten Umbruchs“ und der Integration neuer As-

pekte, wie sie die Schlagwörter Nachhaltigkeit, Innovation, Region, Demographie und Diskurs markieren, auf eine Freilegung genuin ostdeutscher Zukunftschancen und sogar „Avantgardismen“ (W. Engler), die für den Gesamtstaat innovative Entwicklungskorridore öffnen.

Mit diesen neuen Orientierungen ist es dem sozialwissenschaftlichen Diskurs seit Ende der 1990er Jahre gelungen, trotz seiner akademischen Marginalisierung wieder ein aktiver und innovativer Partner im Interdiskurs mit politischen Akteuren zu werden und an der Formierung neuer Leitbilder für (Ost-)Deutschland entscheidend mitzuwirken.

Massenmedialer Diskurs

Die Sonderstellung des massenmedialen Diskurses wird bereits an der Entwicklung seiner Themen erkennbar. Im deutlichen Unterschied zu den beiden anderen Feldern hat im vergangenen Jahrzehnt, vor allem in den Jahren 2004 bis 2008, die Beschäftigung mit wirtschaftlich-sozialen Themen und insbesondere mit Entwicklungen im Bereich der Unternehmen sowie der Innovations- und Bildungschancen im Osten erheblich nachgelassen – auf etwa 50 Prozent des Ausgangswertes. Dafür haben politische Themen etwas gewonnen. Wichtiger aber erscheint der gegenwärtige Trend einer „Verschiebung“ des Themas Ostdeutschland in den Bereich Feuilleton und „Unterhaltung“: Der Anteil der Beiträge dieses Ressorts hat sich annähernd verdoppelt.

Dieser Befund konvergiert mit Inhaltsanalysen des massenmedialen Diskurses in den Jahren zwischen 1990 und 2005/07. Neben der bereits vermerkten Event-Orientierung zeichnete er sich einerseits durch die Exotisierung der Ostdeutschen und Ostdeutschlands, also die Thematisierung ihrer vermeintlichen Besonderheiten, Abweichungen und Anomalien gegenüber Westdeutschland, aus. Andererseits wurden ostdeutsche „Idiosynkrasien“ und Transformationsprobleme häufig skandalisiert und der öffentlichen Erregung, der Lächerlichkeit, aber auch distanzierender Belehrung preisgegeben. Die wichtigsten skandalträchtigen Themen waren „Vergangenheitsbewältigung“ (DDR-Herr-

schaftsregime, SED/Stasi-Seilschaften, Dopingpraxis), Transferproblematik („Daueralimentierung des Ostens“, „Milliardengrab Ost“, Rentenhöhen im Osten) sowie Politik und Personal der PDS/Die Linke. Dabei wurde in der Häufigkeit, der jeweiligen Ausrichtung und in der Bewertung einerseits eine politisch-kulturelle Differenzierungslinie, andererseits eine deutliche Ost-West-Scheide sichtbar. In den überregionalen Print- wie elektronischen Medien (Sendeformaten) mit Standort und/oder starken Zielgruppen in den neuen Ländern („SuperIllu“, „Berliner Zeitung“ oder das politische TV-Magazin „Fakt“ des MDR) besaß das Thema Ostdeutschland einen wesentlich höheren Stellenwert als in Medien bzw. Formaten mit eindeutig west- und gesamtdeutscher, eher konservativer oder auf die Wirtschaft zielender Ausrichtung (z.B. FAZ, taz, „Capital“, „Focus“ oder das TV-Magazin „Report“ des BR). Kodeseitig überwog im Westen in den meisten überregionalen Medien wie FAZ oder „Focus“ ein exotisierender, skeptischer Blick und eine Negativbewertung Ostdeutschlands und der Ostdeutschen, wobei sich die linksliberalen Blätter („Die Zeit“, taz) um Neugier, Offenheit und einen Blick von unten auf die Vereinigungsprozesse bemühten und sich insofern von Einseitigkeiten bis zu einem gewissen Grade absetzten. Umgekehrt dominierten im Osten („SuperIllu“, „Neues Deutschland“) Heimatnähe, Verklärung, Ostalgie und die Skandalisierung deutsch-deutscher „Ungerechtigkeiten“.

Zusammenfassend erschienen Ostdeutschland und Ostdeutsche in den hegemonialen Massenmedien zwischen 1993 und 2007 vor allem als geschichtliche, insbesondere durch das negativ bewertete „Herrschaftsregime der DDR“ (aus-)gezeichnete Bevölkerungsgruppe; als etwas Besonderes, als exotische und abgeschlagene Peripherie; als Belastung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, vor allem ihres Wohlstandes; als passive, abwartende, (er)leidende Bevölkerungsgruppe; insgesamt als Region, für die negative Zukunftsaussichten bestehen. Dieser bis in die jüngste Zeit reichende hegemoniale Diskurs setzt sich mit seiner Kodierung deutlich von den seit Ende der 1990er Jahre erfolgten Verschiebungen und inhaltlichen Veränderungen in den beiden anderen Diskursfeldern ab. Erst seit wenigen Jahren gibt es signifikante Ansätze, die Eigenartig-

keit des Ostens und der Ostdeutschen nicht nur abwertend oder nostalgisch zu gebrauchen, sondern durch die Verknüpfung mit „Hoffnung“, „Aktivität“ oder „Innovation“ positiv zu besetzen und damit auch für Debatten um die Zukunft Gesamtdeutschlands zu öffnen. Ob und inwieweit sich dieses neue Diskursmoment nachhaltig durchsetzen wird, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

Plausibilisiert wird die lang anhaltende Hegemonie des Ausblendungs-, Absonderungs- und Negativdiskurses, wenn zum einen an die nach wie vor bestehenden massenmedialen Teilöffentlichkeiten in Ost- und Westdeutschland gedacht wird. Einerseits lesen Ostdeutsche im Durchschnitt deutlich weniger überregionale Tageszeitungen, Wirtschaftsmagazine und politisch orientierte Wochenzeitschriften, wohingegen spezielle „Ostzeitungen“ (herausragend: „SuperIllu“) und Regionalblätter sowie die privaten Fernsehsender hohe Verbreitung besitzen. Andererseits erweist sich der Mediensektor nicht nur bezogen auf die Eigentümerstruktur als westdeutsche Domäne. So befinden sich bis auf wenige ostdeutsche Ausnahmen mit unterdurchschnittlichen Auflagenhöhen (wie „Neues Deutschland“) alle Zeitungen und Zeitschriften mehrheitlich im Besitz westdeutscher oder internationaler Eigentümer. Auch die Chefredaktionen – selbst der ostdeutschen privaten wie öffentlich-rechtlichen Medien – werden von westdeutschen Journalisten dominiert.

Von Diskursmauern zu Diskursbrücken?

Vier Befunde der Analyse sind zu resümieren. Erstens springt die durchgehende Schrumpfung der Beschäftigung mit Ostdeutschland und der deutschen Einheit in allen drei Feldern ins Auge, die im sozialwissenschaftlichen und massenmedialen Feld am ausgeprägtesten ist. Zweitens ist auffällig, dass in den hegemonialen Diskursen aller drei Felder über lange Zeit eine Kodierung Ostdeutschlands und Ostdeutscher als „besonders“, „zurückgeblieben“, „problematisch“ oder „belastend“ vorgenommen wurde, wobei diese zuerst im parteipolitisch-programmatischen und sozialwissenschaftlichen Feld relativiert bzw. durch neue

Hegemonien überwunden wurde, hingegen in den einflussreichen Massenmedien bis heute relevant ist. Drittens befördert die – allerdings parteipolitisch und politisch-kulturell gebrochene – diskursive Ost-West-Scheide in Ausmaß, Themenselektion und (bewertender) Kodierung die Existenz von *Diskursmauern* zwischen beiden Landesteilen. Dabei scheinen die Massenmedien nicht nur die „höchsten“ Mauern errichtet zu haben, sondern sich auch die längste Zeit mit ihrem Abtragen zu nehmen, womit sie den anderen beiden Diskursfeldern um fünf bis zehn Jahre hinterherhinken. Viertens schließlich ist bemerkenswert, dass sich die Ostdeutschen in allen Feldern in der Position subalternen Sprecherinnen und Sprecher befinden, jedenfalls nur ausnahmsweise zu den einflussreichen „Diskurseliten“ gehören, wobei das Maß der westdeutschen Dominanz vom politisch-programmatischen über das sozialwissenschaftliche zum massenmedialen Feld zunimmt.

Eine abschließende Bewertung muss zunächst konstatieren, dass weder die feldübergreifende Schrumpfung noch ein Minoritätenstatus der Ostdeutschen für sich genommen problematisch sind. Ersteres lässt sich auch als „Ankunft im Alltag“ der deutschen Einheit interpretieren, der ein außerordentliches Maß der Beschäftigung nicht mehr erfordert. Letzteres ist zunächst rein faktisch der Fall: Den heute etwa 13 Millionen Ostdeutschen stehen eben über 65 Millionen Westdeutsche gegenüber. Dass die Ostdeutschen damit nicht einen gleich großen diskursiven „Raum“ wie die Westdeutschen beanspruchen können, ist evident und demokratisch.

Was aber aus wohlfahrtsdemokratischer Perspektive anhaltend problematisch ist und der Veränderung bedarf, ist erstens die Überwindung der nach wie vor verbreiteten *Devianz-* und mehr noch: *Subalternitätsperspektive* auf Ostdeutschland. Tatsächlich hat der – demokratisch legitimierte – Beitrittsmodus der Vereinigung in allen Diskursen Westdeutschland (bzw. die alte Bundesrepublik) als „Normal Null“ (K.S. Roth) gesetzt, an dem sich alles Ostdeutsche messen lassen muss, dem es untergeordnet ist. Es ist das Andere, welches sich in dem beitriffsbedingten Deutungs- und Bewertungsrahmen immer besonders zu rechtfertigen hat.

Zwar hat diese Logik im Zuge des Transformations- und Vereinigungsprozesses Risse bekommen. An ihrer Aufhebung muss aber in allen Diskursfeldern weiter „gearbeitet“ werden, soll eine prinzipielle materielle und symbolische Gleichheit der Bürger in Ost und West erreicht werden. Dabei ist nach allen aktuellen Umfragen und Analysen für die meisten Ostdeutschen die *sittliche Anerkennung* oder *soziale Wertschätzung als Gleiche* weitaus wichtiger als ein schnelles oder vollständiges Erreichen einer umstrittenen bleibenden „Gleichwertigkeit der materiellen Lebensverhältnisse“.

Kaum weniger problematisch sind zweitens nicht nur die vor allem in den Massenmedien fortbestehenden ost- und westdeutschen *Teilöffentlichkeiten*, die wechselseitiges Anerkennen, Lernen und Gestalten einer gemeinsamen Zukunft erheblich erschweren. Auch der bis heute defizitäre, demokratietheoretisch aber so zentrale diskursive Austausch der Massenmedien mit dem politisch-programmatischen und dem sozialwissenschaftlichen Feld muss befördert werden.

Drittens schließlich brauchen wirklich demokratische Diskurse der Einheit eine angemessene Vertretung der Ostdeutschen in den hegemonialen Diskurseliten, mithin die Überwindung ihrer bis heute anhaltenden Marginalisierung in den Eliterekrutierungen jenseits der legislativen Sphäre.¹⁸ Hier handelt es sich um ein Dilemma: Nur eine angemessene Vertretung der Ostdeutschen in *allen* Elitesektoren, heute vor allem im Bereich der privaten und öffentlich-rechtlichen Massenmedien, kann die noch bestehenden Diskursmauern abtragen. Zugleich ist dieser Rückbau ein zentrales Mittel, um die Chancen Ostdeutscher in den Eliterekrutierungen in Wirtschaft, Exekutive, Wissenschaft und Massenkultur nachhaltig zu verbessern. Mit diesem Dilemma beim Bau deutscher *Diskursbrücken* muss unsere Demokratie leben.

¹⁸ Vgl. Raj Kollmorgen, Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung, in: ders. et al. (Anm. 2).

Klaus Schroeder

Deutschland nach der Wiedervereinigung

Nach dem Fall der Mauer nahm die Geschichte Fahrt auf: Die DDR brach nach vierzigjähriger Existenz gleichsam über Nacht ein. Knapp ein Jahr später veränderte die Wiedervereinigung das Leben der ehemaligen DDR-Bevölkerung nahezu vollständig. Die westdeutsche Bevölkerung, welche die friedliche Revolution und den damit verbundenen Sturz der

Klaus Schroeder

Dr. rer. pol. habil., geb. 1949; Professor und wissenschaftlicher Leiter des Forschungverbunds SED-Staat und der Arbeitsstelle Politik und Technik an der Freien Universität Berlin, Koserstraße 21, 14195 Berlin. c.bronder@web.de

SED-Diktatur gleichsam als Zuschauer mit Sympathie betrachtet hatte, nahm dagegen an, für sie würde alles beim Alten bleiben. Doch zwanzig Jahre später wird deutlich, dass sich mit der Wiedervereinigung nicht nur die neuen Länder, sondern Deutschland insgesamt stärker verändert hat, als es vielen bewusst ist: Auf den Fundamenten der alten Bundesrepublik ist ein neues Deutschland entstanden.

Schlussbilanz der DDR

Wer den Weg, den Deutschland und speziell die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung in den beiden nachfolgenden Jahrzehnten zurückgelegt haben, ermessen und das Erreichte würdigen will, sollte mit einer Betrachtung der Schlussbilanz der DDR beginnen. Der erst nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Archive mögliche, nüchterne Blick auf die Hinterlassenschaften der SED offenbart, was viele seinerzeit ahnten, aber aufgrund fehlender Öffentlichkeit und der rigiden Geheimhaltungspolitik der Machthaber nicht konkretisieren konnten: Die DDR hat aus politisch-ideologischen Motiven weit über ihre Verhältnisse gelebt, die Umwelt flächendeckend zerstört, Innenstädte verfallen lassen und die Menschen in

ein zentralistisch gelenktes Korsett von Vorgaben gespannt. Die sozialistische Diktatur, die letztlich nur wegen des Schutzes durch die Rote Armee und der Gewaltandrohung der „Sicherheitsorgane“ vier Jahrzehnte lang überleben konnte, hinterließ in der Natur und in der Psyche vieler Menschen einen Scherbenhaufen. Der Preis der sozialen Sicherheit auf niedrigem Niveau bestand in einer von einem linkstotalitären Anspruch der Herrschenden geprägten Gesellschaft in der weitgehenden Entmündigung des Individuums.

Wie marode die Wirtschaft tatsächlich war, erfuhr eine breite Öffentlichkeit erst im Oktober 1989, nach dem Sturz Erich Honeckers. Nun diagnostizierten Planer, Ökonomen und für die Volkswirtschaft zuständige Offiziere der Staatssicherheit den weitgehenden Zerfall der zentralistischen Planwirtschaft und ihrer industriellen Basis. Es wurde öffentlich, wie veraltet und verschlissen die industrielle Maschinerie, wie rückständig nahezu alle Wirtschaftsbereiche und wie hoch der Aufwand für Reparaturen, Subventionen und die Aufrechterhaltung der „inneren Sicherheit“ gewesen waren. Aus eigener Kraft hätte die DDR nur mittels massiver sozialer Einschnitte überleben können. Der Sozialismus hatte in vielerlei Hinsicht von der 1945 übernommenen Substanz gelebt, sie aufgebraucht und nur unzureichend ersetzt.

Wer meint, weil er in der DDR gelebt hat, kenne er sie hinreichend, sollte sein Bild nach Kenntnisnahme der seinerzeit nicht bekannten Daten und Fakten kritisch hinterfragen.¹ Nach der marxistisch-leninistischen Logik der SED-Führung war alles erlaubt, was dem Sozialismus und der eigenen Partei diene. Brisante Daten über den Zustand der Wirtschaft, die Außenhandelsbeziehungen mit der westlichen Welt, die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, den Zustand der Umwelt und das Gesundheitswesen wurden auf Weisung von oben oder durch Selbstzensur eifriger Untergeordneter geheim gehalten oder gefälscht. So entstand das Bild einer ökonomisch starken DDR, die angeblich unter den zehn führenden Industrienationen der Welt rangierte.

¹ Vgl. Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft*, München 1998; ders., *Das neue Deutschland*, Berlin 2010 (i. E.); Susanne Müller, *Von der Mangelwirtschaft zur Marktwirtschaft*, Berlin 2000.

Tatsächlich erreichte der Staat nur etwa das Niveau der schwächsten EU-Länder.

Wie zahlreiche Eingaben von DDR-Bürgern an die Partei- und Staatsführung offenbarten, bestimmten von Anfang bis Ende der DDR Versorgungsmängel den Alltag. Selbst in Ost-Berlin, wo die SED-Führung viele Ressourcen des privaten Verbrauchs konzentrierte, kam es immer wieder zu Engpässen bei bestimmten Produkten. Dabei ging es nicht nur um Bananen und andere Südfrüchte, sondern um Dinge des Alltags wie Straßenschuhe, Bettwäsche oder Puddingpulver. Die Neu- oder Ersatzbeschaffung von technischen Konsumgütern zog sich bei vielen Produkten, nicht nur bei Autos, zum Teil über Jahre hin. Selbst überhöhte Preise für diese Güter schreckten die potenziellen Käufer nicht ab, denn es gab einen Geldüberhang. Viele technische Konsumgüter waren nicht nur überteuert, sondern im Vergleich zu westlichen Produkten auch hoffnungslos veraltet.

Die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Energie und ähnlichen Gütern führte im Resultat nicht nur zu Verschwendung, sondern auch zu Verwahrlosung, sozialer Nivellierung und Unterhöhlung der Leistungsbereitschaft. Kurz vor dem Ende der DDR wurden von Experten Vorschläge vorgebracht, die Subventionierung aufzuheben und durch individuelle Förderung zu ersetzen, mithin den Weg einer sozialen oder sozialistischen Marktwirtschaft zu gehen. An die Stelle vorgeschriebener billiger Mieten wurde die Einführung von Wohngeld erwogen; die Reduktion oder Aufhebung der Subventionierung der Grundnahrungsmittel sollte durch die Senkung der Preise von so genannten Luxusgütern kompensiert werden.

Die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler Werktätiger, hohe Ausfallzeiten und Krankenstände wurden ebenfalls erst kurz vor dem Ende des SED-Staates ausführlich auf der Führungsebene thematisiert. Angesichts der verdeckten Arbeitslosigkeit wäre auch ohne Wiedervereinigung eine Arbeitslosenrate von mindestens zehn Prozent rasch Realität geworden.² Betriebsleiter und Wirtschaftslen-

² Vgl. Joachim Gürtler/Wolfgang Ruppert/Kurt Vogler-Ludwig, *Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR. Ifo-Studien zur Arbeitsmarktforschung* 5, München 1990.

ker räumten nach dem Ende des starren Honecker-Systems freimütig ein, dass es in fast allen Betrieben, Staatsverwaltungen und Massenorganisationen eine große Zahl nichtarbeitender Werktätiger gab. Der SED-Staat hinterließ eine erschöpfte Wirtschaft, die nicht mehr in der Lage war, die im Vergleich zur Bundesrepublik ohnehin eher bescheidenen sozialen Leistungen zu gewähren. Bei Fortbestehen der DDR hätte der Sozialstaat zur Modernisierung der Volkswirtschaft um mindestens ein Drittel seines Niveaus reduziert werden müssen,³ so dass sich die Diskrepanz im Wohlstand zwischen Ost und West noch einmal spürbar vergrößert hätte. Dieses Szenario blieb der DDR-Bevölkerung erspart.

Sozialer Transformationspfad

Die Annahme der Bundesregierung, durch ordnungspolitische Weichenstellungen und massive Transfers binnen weniger Jahre einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung entfalten zu können, erwies sich als Fehlschluss. Der ökonomische Angleichungsprozess stockte bereits Mitte der 1990er Jahre, als die Bauwirtschaft – in den Jahren zuvor durch staatliche Subventionen und Steueranreize begünstigt – erlahmte und zu Überkapazitäten im gewerblichen und privaten Hochbau führte. Seit diesem Zeitpunkt wuchs die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt wieder schwächer oder nur geringfügig stärker als die westdeutsche, so dass die Differenz in Wirtschaftskraft und Produktivität annähernd konstant blieb. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Osten bei etwa 73 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Produktivität bei 81 Prozent; zum Ende der DDR waren es nur rund 33 bzw. 27 Prozent.⁴ Trotz des verbliebenen Abstandes hat sich das materielle Lebensniveau weiter Bevölkerungskreise in Ost- und Westdeutschland dank kontinuierlich fließender Transfers in etwa angeglichen.

³ Vgl. das so genannte „Schürer-Papier“, abgedruckt in: Deutschland Archiv, (1992) 10, S. 1112ff., und das Interview mit Günter Mittag in: Der Spiegel, (1991) 37, S. 104ff.

⁴ Vgl. Wilma Merkel/Stefanie Wahl, Das geplünderte Deutschland, Bonn 1991; Oskar Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, Stuttgart 1999.

Durch den von der Bundesregierung unter Helmut Kohl eingeschlagenen sozialen und konsumorientierten Vereinigungspfad, der zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost voraussetzte, vollzogen sich unmittelbar nach der Vereinigung materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit, die kein wirtschaftliches Fundament hatten. Schon Mitte der 1990er Jahre lebten etwa drei Viertel der Deutschen in Ost und West unter fast gleichen materiellen Bedingungen. Seither hat sich zwar die durchschnittliche materielle Annäherung der Haushalte verlangsamt, wiewohl inzwischen – unter Berücksichtigung fortbestehender regionaler Kaufkraftunterschiede – die durchschnittlichen realen ostdeutschen Haushaltseinkommen etwa 80 bis 85 Prozent des Westniveaus erreicht haben dürften. Noch bestehende und nur langfristig abschmelzende Unterschiede existieren insbesondere in der Verteilung des Vermögens und der hieraus resultierenden Einkommen. Aber selbst auf diesem Feld lässt sich eine erstaunliche relative Verbesserung für ostdeutsche Haushalte konstatieren: Ihre durchschnittlichen Geldvermögen stiegen in den vergangenen zwanzig Jahren von etwa einem Fünftel auf über die Hälfte des westdeutschen Niveaus. Werden die kapitalisierten Besitzansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen, erreichen Ostdeutsche – je nach Alter und Geschlecht – sogar etwa 70 bis 90 Prozent des westdeutschen Niveaus.⁵

Der durchschnittliche Lebensstandard ostdeutscher Haushalte hat sich sowohl im Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern als auch bei den Wohnverhältnissen dem westdeutschen weitgehend angeglichen und ihn in einigen Bereichen sogar überholt. Jenseits der Betrachtung des Durchschnitts haben sich freilich auch die sozialen Differenzierungsmechanismen in Ost und West vereinheitlicht; in Ostdeutschland ist eine nach anderen Kriterien als zuvor materiell und sozial ausdifferenzierte Gesellschaft entstanden. Sie ist etwas – jetzt öffentlich sichtbar – ungleicher und vielfältiger und damit der westdeutschen ähnlicher geworden, aber es finden sich in ihr nach wie vor Überbleibsel alter Verhältnis-

⁵ Vgl. Andreas Ammermüller et al., Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Mannheim 2005.

se, die sich teils in das neue System einfügen, teils ihm fremd bleiben. Trotz der lebensgeschichtlichen Umbrüche, von denen die meisten Menschen betroffen waren, änderten sich die sozialen Hierarchien nach der Transformation nur wenig. Die in der DDR privilegierten Beschäftigtengruppen konnten, sei es als Arbeitnehmer, Selbstständige oder als Rentner, auch nach der Vereinigung ihre Vorrangstellung behaupten. Sie wurden seltener arbeitslos und waren weniger von sozialem Abstieg betroffen.¹⁶ Durch die Währungsumstellung und die Sozialunion sicherten sie sich zudem ihre schon zu DDR-Zeiten vorhandenen überdurchschnittlichen Vermögen und vergleichsweise hohen Renten. Wie ungleich in der DDR die Einkommen und vor allem die Geldvermögen verteilt waren, wurde erst im Nachhinein deutlich – etwa 10 Prozent der Konteninhaber besaßen rund 60 Prozent des Geldvermögens.¹⁷ Während die Anpassung der materiellen Verhältnisse an das „Westniveau“ bei den unteren und mittleren sozialen Gruppen – insbesondere durch massive Sozialtransfers – weitgehend abgeschlossen ist, besteht im oberen Segment der Gesellschaft, also bei den einkommens- und vermögensstärksten 10 bis 20 Prozent, weiterhin ein erheblicher und wahrscheinlich nur langfristig zu schließender Wohlstandsgraben. Deutschland ist in den vergangenen zwanzig Jahren materiell von unten zusammengewachsen.

Obwohl auch nach zwei Jahrzehnten Marktwirtschaft die regionalen Wohlstandsdisparitäten wesentlich geringer sind als in Westdeutschland, erreichen und überholen einige ostdeutsche Regionen inzwischen ökonomisch schwache westdeutsche und liegen gleichzeitig deutlich über den schwächsten ostdeutschen. Eine hoch aggregierte Ost-West-Betrachtung übersieht, dass es im Westen immer schon große regionale Disparitäten gab, die im Ausmaß die heutigen im Ost-West-Verhältnis übertreffen. Auch nach der Wiedervereinigung differenzierte sich der Westen – sogar stärker als der Osten – regional weiter aus. So lag die maximale Einkommensdifferenz je Einwohner in den alten Bundes-

ländern im Jahre 2006 bei knapp 90 Prozent, die in den neuen bei nur knapp 30 Prozent. Die Wohlstandsunterschiede zwischen Hamburg und Niedersachsen zum Beispiel fallen in etwa gleich hoch aus wie die zwischen den alten und den neuen Ländern, und selbst innerhalb der Länder existieren enorme regionale Unterschiede. Die Differenz zwischen dem ärmsten und dem reichsten Landkreis in Bayern betrug knapp 78 Prozent.¹⁸

Die ökonomischen Probleme des Transformationsprozesses nach dem Mauerfall verdanken sich in erster Linie der jahrzehntelangen Misswirtschaft im SED-Staat. Es wird aber auch deutlich, in welchem Maße ostdeutsche Unternehmen zusätzlich zu ihren schlechten Ausgangsbedingungen durch den gewählten Kurs der Währungsumstellung von 1:1 und vor allem durch die massiven Lohnerhöhungen unmittelbar vor und nach der Vereinigung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt wurden.¹⁹ Da außerdem der Markt des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gleichsam über Nacht zusammenbrach, konnten viele Betriebe trotz milliardenschwerer Subventionen nicht überleben. Viele Akteure mussten nach dem Ende der Planwirtschaft das marktwirtschaftliche Agieren erst erlernen und waren auf westdeutsche Berater angewiesen, die nicht immer das Wohl des Betriebes im Sinn hatten.

Die Vertreibung der wirtschaftlichen Eliten durch die SED und die Verstaatlichung auch mittlerer und kleiner Betriebe erwiesen sich nach 1990 als die größten Probleme Ostdeutschlands. Wie der unmittelbar nach dem Mauerfall einsetzende Gründungsboom eindrucksvoll belegt, war bei vielen Ostdeutschen indes die Bereitschaft vorhanden, unternehmerisch tätig zu werden. Seitdem hat sich eine neue Unternehmerschicht herausgebildet, die in kleinen und mittleren Betrieben des verarbeitenden Gewerbes die Mehrzahl der Arbeitnehmer – knapp 63 gegenüber gut 41 Prozent im Westen – beschäftigt. Inzwischen erreicht auch der Anteil der Selbstständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung westdeutsches Niveau.

¹⁶ Vgl. Karl-Ulrich Mayer/Martin Diewald, Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger, in: APuZ, (1996) 46, S. 8 ff.

¹⁷ Vgl. Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, Stamsried 2008, S. 412 ff.

¹⁸ Vgl. Klaus Schroeder, Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlstandsbilanz. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Berlin 2009, S. 129.

¹⁹ Vgl. Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Stamsried 2006, S. 165 ff., S. 199 ff.

Die Transformation einer zentral geleiteten Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft konnte sich 1989/90 nicht an historischen Vorbildern orientieren und musste daher gleichsam aus dem Stand, aufgrund von wirtschaftstheoretischen Annahmen, erfolgen. Als naiv entpuppte sich schon bald die Vorstellung, allein die Übertragung von Institutionen und Ordnungsprinzipien würde marktwirtschaftliches Verhalten hervorbringen, denn dabei blieben die Mentalität der Akteure, ihre Erfahrungen und Erwartungen unberücksichtigt.¹⁰ Erst allmählich spielte sich der Umgang mit der neuen Institutionenordnung in den ostdeutschen Betrieben und Verwaltungen ein, wenngleich immer noch, zumindest in rudimentärer Form, jahrzehntelang eingeübte Abläufe des sozialistischen Berufslebens nachwirken.

Die räumliche, ökonomische und soziale Modernisierung Ostdeutschlands vollzog sich binnen weniger Jahre – ein Prozess, der in der alten Bundesrepublik Jahrzehnte gedauert hatte. Dieser schnelle Wandel konnte zwangsläufig nicht ohne Brüche erfolgen, die aber in hohem Maß sozial abgefedert wurden. Gleichwohl belastete die im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich höhere Arbeitslosigkeit die positiven Aspekte des Transformationsprozesses, worauf sich ostdeutsche Kritik an der Wiedervereinigung konzentrierte. Bis heute besteht das Hauptproblem der Vereinigung in der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die zwar vordergründig aus der Vereinigung resultiert, ihre tiefen Wurzeln aber in der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung in den Jahrzehnten der Teilung hat. Während sich die Erwerbstätigenquote, also die Zahl derjenigen, die tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgehen, schon wenige Jahre nach dem Fall der Mauer annäherte, blieb die Erwerbsneigung, vor allem bei Frauen, unterschiedlich. Da westdeutsche Frauen in deutlich höherem Maße weiterhin teilzeitbeschäftigt sind und Vollzeitbeschäftigte im Gegensatz zu ihren ostdeutschen Geschlechtsgenossinnen nach der Geburt von Kindern ebenfalls Teilzeitarbeit präferieren, könnten sich die unterschiedliche Erwerbsneigung und damit unterschiedlich hohe Arbeitslosenquoten zukünftig fortsetzen.¹¹

¹⁰ Vgl. Robert Böhmer, *Der Geist des Kapitalismus und der Aufbau Ost*, Dresden 2005.

¹¹ Vgl. Christina Klenner, *Wer ernährt die Familie? Erwerbs- und Einkommenskonstellationen in Ostdeutschland*, in: WSI-Mitteilungen, (2009) 11.

Zentrale Resultate des Wiedervereinigungsprozesses sind sowohl der schnelle materielle Angleichungsprozess als auch die fortbestehenden sozialen und mentalen Unterschiede zwischen Ost und West, die aus systembedingten Nachwirkungen resultieren, auch wenn sich Haushaltsstrukturen und Haushaltsformen angeglichen haben. Der schon zu DDR-Zeiten hohe Anteil nichtehelich geborener Kinder und alleinerziehender Mütter stieg in den ostdeutschen Ländern weiter an und übertrifft derzeit das westdeutsche Niveau erheblich. Ursächlich hierfür sind wahrscheinlich die Scheu vor der Eheschließung aufgrund hoher Kosten einer möglichen Scheidung, bessere Sozialleistungen für Alleinerziehende und der geringe Anteil religiös eingestellter Personen.

Im Paarungsverhalten sind systembedingte Unterschiede weitgehend entfallen. Inzwischen ähneln sich Heirats- und Erstgeburtenalter von Frauen in beiden Landesteilen. Die stark gefallene Geburtenrate Anfang der 1990er Jahre verdeckte darüber hinaus, dass ostdeutsche Frauen vieler Jahrgänge im Vergleich zu westdeutschen mehr Kinder zur Welt brachten. Inzwischen liegen die Geburtenziffern in etwa auf gleichem Niveau; im vergangenen Jahr übertraf die ostdeutsche erstmalig nach der Wiedervereinigung die westdeutsche. Durch Abwanderung hat sich jedoch das durchschnittliche Alter der Bevölkerung in Ostdeutschland stark erhöht und liegt inzwischen über dem in Westdeutschland.

Die rasche Verbesserung der Ernährungssituation, der medizinischen Versorgung und der Umwelt führten in kurzer Zeit selbst bei älteren Jahrgängen zur Annäherung der Lebenserwartung, die zum Ende der DDR noch etwa drei Jahre geringer ausgefallen war. Diese positive Entwicklung sowie der überproportionale Rückgang der Suizidrate werden bei der Betrachtung des Vereinigungsprozesses zumeist übersehen. Entgegen finsterner Stimmungsbilder scheint die Lebensfreude Ostdeutscher nach dem Fall der Mauer eher gestiegen als gesunken zu sein. Trotz des schnellen materiellen Angleichungsprozesses zeigen sich Ostdeutsche unzufriedener mit dem Leben als Westdeutsche. Sie vergleichen ihre derzeitige Situation nicht mit den Zuständen in der DDR

der 1980er Jahre oder mit der Situation in den ehemaligen sozialistischen Bruderländern, sondern mit dem – von ihnen zumeist überschätzten – Wohlstand im Westen. Das rasch Gewonnene wird von vielen gering geschätzt, vieles Verlorene nostalgisch verklärt.

Werden die individuellen Wohlstandsgewinne wenigstens zum Teil positiv gesehen, blenden viele die Rundumsanierung der alten DDR-Zustände aus. Durch den Einsatz mehrerer hundert Milliarden Euro wurde die Umwelt saniert, die marode Infrastruktur in Gestalt verfallender Häuser, zerschlissener Straßen und Schienen modernisiert sowie das Gesundheitswesen und die Telekommunikation auf den modernsten technischen Stand gebracht. Die negativen Hinterlassenschaften der DDR und ihre schnelle Beseitigung finden bisher noch keinen Platz im kollektiven Gedächtnis vieler Ostdeutscher. Die Verdrängungsleistung geht bei vielen so weit, dass sie zum Beispiel beim Betrachten von Bildern über Häuser und Straßenzüge, die einer Ruinenlandschaft gleichen, die seinerzeitige Realität bestreiten. Gerade der direkte Vergleich von Häusern, Straßenzügen, Plätzen, Straßen oder Bahnhöfen von vor 1990 und danach demonstriert den enormen positiven Wandel der äußeren Verhältnisse. Ja – es sind blühende Landschaften entstanden, nicht nur in der Natur!

Ostdeutsche Nostalgiker färben die tristen DDR-Verhältnisse schön und verschweigen zudem die umfassenden Modernisierungsleistungen in den ostdeutschen Ländern. Vor allem aber werden die hohen Kosten für die Beseitigung der Hinterlassenschaften der SED-Diktatur ausgeblendet oder banalisiert. Nicht zuletzt durch das Fehlen eines sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwungs und die konsequente Fortführung einer konsumorientierten Vereinigungspolitik summieren sich die Vereinigungskosten bis 2009 auf etwa 1,6 Billionen Euro netto, wobei der Löwenanteil auf soziale Leistungen entfällt.¹² Diesen kaum vorstellbaren Betrag hielten selbst die größten Skeptiker der Vereinigung seinerzeit nicht für möglich. Da der größte Teil der Vereinigungskosten gesetzlich festgelegt und nur ein kleiner Teil variabel ist – derzeit vor allem im Rahmen des Solidarpakts II und einiger Sondermaßnahmen –, werden auch zu-

künftig jährlich etwa 80 Milliarden Euro in die ostdeutschen Länder fließen.

Die West-Ost-Transfers werden überwiegend vom westdeutschen Steuer- und Sozialbeitragszahler sowie durch künftigen Generationen aufgebürdete Schulden aufgebracht. Um die Höhe der Vereinigungskosten zu verschleiern, entschloss sich die damalige Bundesregierung, den größten Teil der notwendigen Transfers auf die Sozialkassen abzuwälzen. Dies belastete aber nicht nur die einzelnen Zweige der Sozialversicherung, sondern erhöhte die Lohnnebenkosten, was sich wiederum dämpfend auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirkte. Durch die Finanzierung der Einheit erhöhten sich die Sozialbeiträge je Arbeitnehmer im Westen insgesamt um knapp sechs Prozentpunkte. Die gewaltige Dimension der Sozialtransfers wird durch einen Blick auf die Höhe der ohne Transfers notwendigen Sozialbeiträge für ostdeutsche Arbeitnehmer sichtbar: Sie würden knapp die Hälfte des Bruttolohns betragen.¹³ Entsprechend liegt die Sozialleistungsquote, der Anteil der Sozialleistungen am Brutto-sozialprodukt, in Ostdeutschland auf einem historisch und international einmaligen Niveau von etwa 50 Prozent.

Die Finanzierung der deutschen Einheit durch Sozialversicherungskassen und Bundessteuern belastet weit überdurchschnittlich Arbeitnehmer, die über ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen zwischen monatlich 3500 und 6000 Euro verfügen. Sie sind die Hauptfinanciers der Einheit. Andere soziale Gruppen wie Beamte und Selbstständige, die nicht sozialbeitragspflichtig sind, sind von den Transfers nur unterdurchschnittlich stark betroffen.

Das neue Deutschland

So schnell und erfolgreich die „äußere Einheit“ nach 1990 hergestellt wurde, so schleppend verläuft der Prozess der „inneren Einheit“: das Zusammenwachsen der Deutschen. Insgesamt hat sich die politische und mentale Spaltung zwischen den beiden Teigesellschaften im Laufe der vergangenen zwanzig

¹² Vgl. K. Schroeder (Anm. 8), S. 188 ff.

¹³ Vgl. Martin Koller, 15 Jahre nach dem Fall der Mauer: Einkommen und Finanzkraft in Deutschland, Ms., Nürnberg 2004.

Jahre eher verfestigt als verflüchtigt. Die neuen Institutionen sind vielen Ostdeutschen fremd geblieben. Die Ernüchterung über die Realität führte nicht nur bei Ewiggestrigen zu einer Renaissance sozialistischen Gedankenguts, wonach die kapitalistische Bundesrepublik von sozialer Kälte beherrscht werde, auch ostdeutsche Normalbürger sahen sich als vom Westen bzw. vom Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet. Hiervon profitierte vor allem die erst in PDS und jetzt in „Die Linke“ umbenannte SED, die bei Wahlen ihren relativen Stimmenanteil in Ostdeutschland verdoppeln konnte und sich nicht zuletzt durch die Popularität von Oskar Lafontaine auch im Westen ausbreitete.

Mit der praktizierten Demokratie zufrieden äußerte sich im Jahre 2009 nur gut jeder dritte Ostdeutsche; eine gute Meinung über das Wirtschaftssystem hatte nur gut jeder vierte. Doch auch unter Westdeutschen bröckelt die Zustimmung. Während zu Beginn der Vereinigung etwa 80 bzw. 60 Prozent mit Demokratie und Wirtschaftssystem einverstanden waren, verringerten sich die Anteile auf 76 bzw. 43 Prozent. Diesen Ergebnissen entspricht die Quote derjenigen, die davon ausgehen, dass die Demokratie prinzipiell die Probleme in Deutschland lösen kann. Diese Annahme teilen knapp zwei Drittel in den alten und etwa jeder Dritte in den neuen Ländern. Es besteht also weiterhin eine beträchtliche Differenz zwischen Ost und West in der Beurteilung der politischen Ordnung und des Wirtschaftssystems.¹⁴ Einige Jahre zuvor lagen – unter dem Eindruck des konjunkturellen Einbruchs – die Zustimmungsraten sowohl im Osten als auch im Westen sogar noch deutlich niedriger. So glaubten 2007 nur jeder knapp jeder Zweite im Westen und jeder Vierte im Osten, dass die Demokratie fähig sei, Probleme zu lösen. Eine ähnliche Tendenz ist bei den Antworten auf die Frage, ob die Gesellschaftsordnung verteidigungswert ist, zu erkennen. Die Anteile derjenigen, die dies bejahten, stiegen zwischen 2005 und 2009 im Westen von 55 auf 68 Prozent und im Osten von 32 auf 37 Prozent. Dahinter verbirgt sich eine nicht unbeträchtliche Zahl von Personen in beiden Landesteilen, die Deutschland offenbar als „Wohlstandsdemokratie“ betrachtet.

¹⁴ Vgl. das Kapitel „Die politische und mentale Spaltung Deutschlands“, in: K. Schroeder, *Das neue Deutschland* (Anm. 1).

Trotz aller Kritik im Detail und einem Unbehagen an der Einheit generell ist sich jedoch eine sehr breite Mehrheit in den östlichen und eine Mehrheit in den westlichen Bundesländern darin einig, die Wiedervereinigung eher mit Freude als mit Sorge zu betrachten. Zurück in die reale Vergangenheit will im Osten nur eine kleine Minderheit, etwa jeder Zehnte. Die anderen, die zur nostalgischen Verklärung der DDR neigen, sehnen sich nach einer im Nachhinein konstruierten und idealisierten Gesellschaft zurück, die ihnen das verlorene Vertraute zumindest in den Träumen wiedergibt.¹⁵ Anders sieht es im Westen aus: Hier beurteilt eine absolute Mehrheit die Zeit vor 1989 besser als die Zeit nach der Wiedervereinigung. Die Dimension von „Westalgie“ übertrifft – von der Öffentlichkeit kaum beachtet – insofern die der „Ostalgie“.

Eine breite Mehrheit der Ostdeutschen möchte die heutigen Lebensverhältnisse nicht missen und keineswegs mehr mit denen in der DDR tauschen, aber sie fühlen sich oft von ihren Landsleuten missverstanden. Sie beklagen insbesondere eine fehlende Anerkennung ihrer Lebensleistung, die jedoch weder bezogen auf West- noch auf Ostdeutsche pauschal erfolgen kann. Es geht um die individuelle Lebensleistung, der Anerkennung gebührt, keineswegs um die Gleichsetzung von System und Lebenswelt. Gerade an dieser Differenzierung mangelte es in den vergangenen zwanzig Jahren. Westdeutsche rechneten sich die Überlegenheit ihres Systems zu und werteten gleichzeitig Ostdeutsche gemeinsam mit ihrem System ab. Erst wenn dieses Missverständnis ausgeräumt ist, kann das Zusammenwachsen ohne individuelle oder sogar kollektive Kränkungen gelingen. Dabei darf jedoch die notwendige Delegitimierung des SED-Regimes, der sozialistischen Diktatur, nicht zugunsten individueller Lebensleistungen aufgegeben werden. Ansonsten geht die zweite Säule des wiedervereinigten Deutschlands verloren: das Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen, mithin zivilen Gesellschaft.

¹⁵ Vgl. Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, *Oh, wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie*, Schwalbach/Ts. 2009.

Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation

Der plötzliche Systemzusammenbruch im Osten überraschte fast alle – die Politik, die Medien, die Wissenschaft und selbst die Geheimdienste, wie

Rolf Reißig

Dr. phil. habil., geb. 1941;
Professor; Sozial- und Politikwis-
senschaftler am Brandenburg-
Berliner Institut für Sozialwissen-
schaftliche Studien (BISS) e.V.,
Pettenkofer Straße 16–18,
10247 Berlin.
www.biss-online.de
reissig@biss-online.de

das Archiv des dama-
ligen Bundeskanzlers
Helmut Kohl offen-
bart. Die tiefe wirt-
schaftliche, soziale und
geistig-kulturelle Kri-
se der staatssozialisti-
schen Herrschaftssys-
teme war in den 1980er
Jahren immer offen-
sichtlicher geworden.

Doch lange Zeit dominierte in West und Ost die Annahme eines Systemwandels, nicht eines Systemwechsels. Die zunehmende Massenflucht von DDR-Bürgerinnen und -bürgern (*Exit*-Optionen) und das wachsende Aufbegehren der Opposition sowie die sich rasch ausbreitenden Massendemonstrationen seit Herbst 1989 (*Voice*-Optionen) rückten dann jedoch das Problem des Systemwechsels und damit das der deutschen Einheit politisch auf die Tagesordnung.

Doch keiner der Akteure in West- und Ostdeutschland verfügte in dieser Umbruchsituation über ein schlüssiges Konzept der Systemtransformation und der deutschen Einheit. In der politischen Arena wurden durch unterschiedliche Akteursgruppen unterschiedliche Transformations- und Einheitsoptionen kommuniziert: Systemwechsel in und Weiterexistenz einer reformierten DDR; Vereinigung und gemeinsame Gestaltung eines zukunftsfähigen Deutschlands (doppelte Modernisierung); Vereinigung durch Beitritt (Modellübernahme und nachholende Modernisierung in Ostdeutschland).

Die von der Bundesregierung favorisierte Beitrittsoption fand bald die Zustimmung

der Mehrheit der Ostdeutschen. Diese vor allem drängten seit der Jahreswende 1989/90 auf eine schnelle Vereinigung, denn allein der Beitritt erschien ihr als glaubwürdige und sichere Option. Nur der sie repräsentierende Akteur (Bundesregierung) verfügte über die zu seiner Umsetzung erforderlichen Ressourcen. Der politische System- und Ordnungswechsel und auch seine Form (Beitritt) waren mithin von innen gewollt und durch Wahlen (18. März 1990) demokratisch legitimiert.

Besonderes deutsches Transformations- und Einheitsmuster

Der Systemwechsel in und die Transformation der DDR waren durch ein Bündel von Gemeinsamkeiten mit den anderen 28 post-sozialistischen Ländern Mittelosteuropas gekennzeichnet. Doch ist das deutsche Transformations- und Einheitsmusters zugleich durch eine Reihe *spezifischer Prämissen und Merkmale* zu charakterisieren:

- Die DDR-Transformation vollzog sich unter den Bedingungen einer Staatsauflösung und eines Beitritts zu einem „Fertig-Staat“ (*ready-made-state*), d.h. eines Beitritts zu einer alles in allem stabilen Demokratie und funktionierenden Marktwirtschaft. Die Transformation Ostdeutschlands und die Integration der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik sind eng miteinander verknüpft und bilden zwei Seiten derselben Medaille.
- Für die Lösung der Transformationsprobleme Ost sind mit der Bundesrepublik West das Modell und die Ressourcen gegeben. Transformation Ost bedeutet in diesem Fall Institutionen-, Eliten- und Ressourcetransfer von West- nach Ostdeutschland, Einschwenken auf den Entwicklungspfad West, nachholende Modernisierung.
- Kontinuität und Stabilität der „alten“ Bundesrepublik hatten Vorrang vor möglichen Übergangsregeln, Experimentierklauseln, Neuerungen in Ost sowie Wandlungen und Reformen in West und der sich formierenden gesamtdeutschen Bundesrepublik. Reformen würden in dieser Situation nur die Risiken, Ambivalenzen und Kosten der Transformation und Einheit erhöhen.

Die Transformation Ostdeutschlands und die Herstellung der deutschen Einheit waren daher durch *spezifische Referenzmaßstäbe* geprägt:

- Einer kurzen, auch schmerzhaften Übergangsphase sollten ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland folgen.
- Dieser Prozess würde von wachsendem Zufriedenheits- und Zukunftspotenzial sowie von rasch zunehmendem Systemvertrauen in der ostdeutschen Bevölkerung begleitet werden.
- Der Anpassung würde schließlich die Angleichung der Einstellungen und Werteorientierungen, also der politischen Kultur der Ost- an die der Westdeutschen folgen und damit die „innere Einheit“ vollenden.

Die „neue“ gesamtdeutsche Bundesrepublik würde so durch den Beitritt der ostdeutschen Länder die vergrößerte und erfolgreiche „alte“ sein. Die ostdeutsche Transformation galt national und international als privilegierter Fall, denn alles, was gebraucht wurde, war schon da und erprobt – in Westdeutschland. Die Westdeutschen wollten, dass alles so bleibt wie es war; die Mehrheit der Ostdeutschen wollte, dass alles so wird, wie es in Westdeutschland ist.

Politisch-institutionelle Transformation

Der 1990 einsetzende rasche und effiziente Institutionentransfer von West nach Ost führte zur baldigen organisatorischen Konsolidierung Ostdeutschlands und zum Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung. Die für einen Ordnungs- und Systemwechsel typischen Turbulenzen, Konflikte und Rückschläge konnten minimiert werden. Es gelang in kürzester Zeit, die neuen Bundesländer in die institutionelle Ordnung der Bundesrepublik zu integrieren. Der gelungene politische Ordnungswechsel, der Freiheitsgewinn und die Etablierung der Demokratie in Ostdeutschland, die Herstellung institutioneller Ost-West-Gleichheit sowie die Herausbildung einer gemeinsamen rechtsstaatlichen Ordnung, gemeinsamer föderaler Strukturen und kommunaler Selbstverwaltung gehören zu den Erfolgsbilanzen der ostdeutschen Transformation und der deutsch-deutschen Integration. Aus ehemals zwei Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftspolitischen Systemen mit Ausschließlichkeitsanspruch ist im Ergebnis von Transformation und Vereinigung ein inte-

griertes und demokratisch legitimates Staatswesen geworden, eingebunden zugleich in den Prozess der europäischen Integration und in die internationale Staatengemeinschaft.

Die Vorteile des privilegierten Transformationsfalls offenbarten jedoch auf der politisch-institutionellen Ebene auch Nachteile. Die im ostdeutschen Transformationsprozess eliten-gesteuerten, instrumentell und von „außen“ eingeführten Institutionen, Regeln und Normen waren lange Zeit und sind zum Teil noch immer nur schwach in den Lebenswelten der Bürger Ostdeutschlands verankert. Transfer und Aufbruch sind, wie sich in Ostdeutschland bald zeigte, selten kompatibel. Das Modell der Adaption eines Institutionensystems, das selbst schon reformbedürftig war, hat politisch-institutionell zu wenige Innovationen hervorgebracht. Die Spielräume in Ostdeutschland für notwendige Abweichungen, für andere und neue Wege – typisch für eine Gesellschaft im Umbruch – waren zu eng und oft gar blockiert. Dies zeigte sich etwa bei der spezifischen Eigentumsregelung („Rückgabe vor Entschädigung“), bei der Wirtschaftsförderung (z.B. Verzicht auf eine Sonderwirtschaftszone, auf Niedrigsteuergelände, auf Lohnzurückhaltung im Austausch für Teilhabe am Produktivvermögen, auf flexibles Baurecht) und bei der Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens.

Wirtschaftlich-soziale Transformation

Auch hinsichtlich der postsozialistischen Wirtschaftstransformation wurden auf der Grundlage des gewählten spezifischen Transformationsmodells die beiden grundlegenden strukturellen Aufgaben alles in allem erfolgreich bewältigt: der Umbau der Wirtschaft von der Plan- zur Marktwirtschaft und die grundlegende Modernisierung der Infrastruktur (Straßen, Bausubstanz, Telefonnetze, Städte) und des wirtschaftlichen Kapitalstocks. Die 12 350 DDR-Betriebe wurden in relativ kurzer Zeit privatisiert (Übergang in die Hände westdeutscher und ausländischer Unternehmer, ostdeutscher Alteigentümer, ostdeutschen Managements und ostdeutscher Kommunen) bzw. liquidiert (3718). Die rasche Modernisierung der Infrastruktur und der Aufbau eines neuen Kapitalstocks wurden wesentlich durch die Transferleistungen möglich. Der Kapitalstock pro Erwerbstätigem liegt heute in den

östlichen im Vergleich zu den westlichen Bundesländern bei rund 80 Prozent.

Die positiven wirtschaftlichen Veränderungen gegenüber der Ausgangslage 1989/90 sind unübersehbar. Doch zogen das Paket von Liberalisierungsmaßnahmen, die Aufwertung der DDR-Währung um etwa 300 Prozent bei einer Umstellung der Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1 und die abrupte Öffnung der Wirtschaft für den Weltmarkt bei Wegbrechen der traditionellen Ost-Märkte (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe/RGW) zunächst jedoch einen „Öffnungsschock“ (Michael Hüther) nach sich. Dies führte auf dem Hintergrund der Basiskrise der DDR-Wirtschaft zur Depression, zur plötzlichen Entwertung der vorhandenen Produktionskapazitäten, zu Deindustrialisierungsprozessen und einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner – gemessen am westdeutschen Niveau – fiel deshalb zunächst von 54,9 (1989) auf 33,3 Prozent (1991), um dann bis heute auf rund 70 Prozent anzusteigen.¹ Dieser Grad der Konvergenz – gemessen an der Ausgangssituation – ist ein beachtlicher Fortschritt. Entstanden sind zugleich ein breites Netz kleinerer und mittlerer Unternehmen, eine kleine, aber sich weiter stabilisierende gewerbliche Wirtschaft, spezifische innovative Räume sowie „Leuchttürme“ (z.B. Solarenergie, Chemiedreieck Leuna-Bitterfeld, Jenoptik) und eine verhältnismäßig leistungsstarke Landwirtschaft.

Der nach 1991 zunächst zügig vorangekommene Aufhol- und Angleichungsprozess ist jedoch ins Stocken geraten. Vor allem ist es bislang nicht gelungen, in Ostdeutschland einen selbsttragenden, dynamischen wirtschaftlichen Entwicklungspfad zu etablieren. Der Verbrauch (privater Konsum, Staatsverbrauch, Investitionen) liegt jährlich um etwa 30 Milliarden Euro höher als die Produktion. Die strukturelle Abhängigkeit vom westdeutschen Finanz- und Güterverkehr bleibt bestehen, kann jedoch auf Dauer nicht die Lösung sein („Transferfalle“). Da der Solidarpakt II 2019 definitiv ausläuft, muss es den ostdeutschen Ländern bis dahin gelin-

gen, weitgehend auf eigenen wirtschaftlichen Füßen zu stehen. Diese Herausforderung ist gewaltig und bedarf des Umsteuerns.

Der Vorteil des privilegierten Transformationsfalls wurde vor allem in *materiell-sozialer* Hinsicht offensichtlich. Die Lebensbedingungen haben sich in Ostdeutschland seit 1989/90 für eine Mehrheit der Menschen verbessert. Das betrifft die Lohnentwicklung der Beschäftigten, die Haushaltsnettoeinnahmen der Familien, die Renten, das Waren- und Dienstleistungsangebot, die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Konsumgütern, das Wohnungsangebot und die Umweltbedingungen.² Trotz der finanziellen Anstrengungen und distributiven Maßnahmen zur Absicherung und Besserstellung der Ostdeutschen sind die erhofften und versprochenen qualitativ gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West jedoch bislang nicht erreicht worden. Und dies, obgleich der größere Teil der immensen Transferleistungen für den konsumtiv-sozialen Bereich aufgewendet wurde. Doch subventioniert werden musste vor allem die soziale Absicherung, ohne dass der Wirtschaftsaufschwung sich in der erwarteten Schnelligkeit vollzog. Die Einkommensunterschiede sind bei einer Differenz von etwa 20 Prozent konstant geblieben. Die Arbeitslosigkeit ist 2010 – trotz eines erheblichen Rückgangs in den vergangenen Jahren – noch immer fast doppelt so hoch (12,1 Prozent) wie in den westdeutschen Bundesländern (6,6 Prozent). Die Abwanderung besonders von Jüngeren, Qualifizierten und jungen Frauen nach Westdeutschland (seit 1989/90 etwa 3,1 Millionen Fort- bei 1,5 Millionen Zuzügen) ist ein ernstes Problem für nicht wenige ostdeutsche Regionen.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erweist sich mithin als schwieriger und langwieriger als angenommen. Sie bleibt als Zielorientierung bestehen, doch sollte sie neu definiert werden: als „soziale Einheit“, die soziale Unterschiede und Differenzierungen nicht aufhebt, jedoch gleiche Zugangs- und Teilhabechancen für alle zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Eigentum, sozialem Aufstieg und demokratischer Partizipation garantiert, unabhängig von sozialer Herkunft und regionaler Verortung.

¹ Vgl. Gerhard Heske, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950–1989. Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2009; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2006, 2008, Bonn 2006 bzw. 2008.

Kulturell-mentale Transformation

Einheit und Transformation durch Beitritt zum westdeutschen Modell des Wohlfahrtsstaates, der liberalen Demokratie und des Sozialtransfers sollte den Ostdeutschen auch den Weg zur kulturell-mental Integration („innere Einheit“) erleichtern. Doch zeigte sich bald, dass dieser Weg mit enormen kulturell-mental Umstellungs- und Anpassungsleistungen verbunden war und ist.

Die Ostdeutschen hatten nicht nur einen einmaligen System-, sondern zugleich einen tief greifenden Kulturbruch zu verarbeiten. Von heute auf morgen fand eine grundlegende Umbewertung aller vormals geltenden gesellschaftlichen Leitorientierungen, Normen, Werte und Symbole statt. Über vielfältige berufliche, private und lebensweltliche Brüche und Krisen haben die Ostdeutschen mehrheitlich diesen Kulturbruch in den vergangenen zwanzig Jahren alles in allem individuell verarbeitet. Allerdings auf eigentümliche und oft auch auf unvorhergesehene Art und Weise: Sie bejahen in ihrer großen Mehrheit den Systemwechsel, die neue politische Ordnung, die Demokratie als Staatsform und die deutsche Einheit. Die entsprechenden Annahmen von 1989/90 fanden hier ihre Bestätigung. Doch andererseits bezeichnen lediglich rund 30 Prozent der Ostdeutschen die neue Gesellschaft als „gerecht“,¹⁵ und nur rund 23 Prozent fühlen sich als „richtige Bundesbürger“. ¹⁶ Mehr als 60 Prozent sehen sich gar – und dies seit Jahren relativ konstant – als „Bürgerinnen und Bürger 2. Klasse“. ¹⁷ Offensichtlich haben sich gerade unter Ostdeutschen Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle (wie berechtigt sie auch immer sein mögen) verfestigt, wohl auch, weil sie sich nach ihrer Selbstbefreiung nicht auf dem „Siegerpodium“ wiederfanden, wie der Münchener Historiker Christian Meier unlängst feststellte. ¹⁸

Gesellschaftliche Einheit erfordert daher zum einen „soziale Einheit“, zum anderen aber und vor allem eine Kultur wechselseitig

ger „Anerkennung“ (Lebensleistungen, Erfahrungen, Eigen-Sinn) und eines „Dialogs unter Gleichen“. Dass hier vielfältige Versäumnisse, Missverständnisse im deutschen Einigungsprozess vorliegen, wird kaum noch bestritten. Doch sollten die Ostdeutschen nicht auf „Besserung“ von oben warten oder sich zurückziehen, sondern sich aktiv und selbstbewusst gerade mit ihren einzigartigen Umbrucherfahrungen und ihren sozialen Werteorientierungen in die öffentlichen Debatten einbringen. Dazu gehört aber auch, die unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Westdeutschen noch besser verstehen zu lernen, wie diese wiederum die der Ostdeutschen. Eine Akzeptanz kulturell-mentaler Verschiedenheit ist eine Bereicherung, keine Gefährdung eines solidarisch-pluralistischen Gemeinwesens.

Fazit

Die Transformation Ostdeutschlands – zunächst vor allem als Modell-Implementations-, Angleichungspfad und nachholende Modernisierung konzipiert und praktiziert – hat sich voll entfaltet; in ihrer Stärke und Ambivalenz, mit ihren Vor- und Nachteilen, mit ihren gewollten und ungewollten Folgewirkungen. Der 1989/90 in Ostdeutschland eingeleitete, zunächst ungeplante System- und Ordnungswechsel ist im Ergebnis zielgerichteter Entwicklung vollzogen. Demokratie und Marktwirtschaft haben sich durchgesetzt. Die Einheit Deutschlands wurde hergestellt, sie ist demokratisch legitimiert und international respektiert. Mit der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Transformation haben sich die ostdeutschen Länder in den vergangenen zwanzig Jahren grundlegend gewandelt, konsolidiert und modernisiert. Dies ist das Ergebnis sowohl der beachtlichen westdeutschen Transferleistungen wie vor allem auch der engagierten Arbeit der Ostdeutschen. Dennoch – wichtige strategische Ziele und Aufgaben der Transformation und Integration harren der Lösung: eine „selbsttragende, dynamische Wirtschaftsentwicklung“, die „soziale Einheit“ sowie „kulturelle Anerkennung und Integration“.

Transformation und deutsche Vereinigung haben sich als viel komplexer, komplizierter, langwieriger und auch offener erwiesen, als es gerade das spezifische deutsche („privile-

¹⁵ Quelle: Forsa-Umfrage 1989–2009, in: Berliner Zeitung vom 2.1.2009, S. 2.

¹⁶ Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum (Hrsg.), Sozialreport 2008, Berlin 2008.

¹⁷ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt/M. 2009, S. 13–49.

¹⁸ Vgl. Christian Meier, Abbruch einer Ordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.5.2010, S. 7.

gierte“) Transformations- und Vereinigungsmodell erwarten ließ. Das steht im Zusammenhang mit den strukturellen Altlasten der DDR, die sich als gravierender und langwieriger erwiesen als zunächst angenommen. Das hat natürlich auch mit Fehlern in der Transformations- und Vereinigungspolitik (vor allem in den Anfangsjahren) zu tun, die dem Zeit- und Problemdruck geschuldet waren, nicht zuletzt aber auch dem mangelnden Such- und Lernprozess der dominierenden Akteure. Vor allem aber hat der Angleichungsprozess seine Dynamik und seine zukunftsweisende Funktion verloren. Hier ist nach den Gründen zu fragen, denn hier liegt heute das eigentliche Problem.

Paradigmenwechsel

Das bisherige Entwicklungsmodell, der bisher und lange Zeit erfolgreiche Pfad wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung, ist seit Längerem an seine gesellschaftlichen und natürlichen Grenzen gestoßen. Seit Ende der 1970er, spätestens seit den 1980er und 1990er Jahren befinden sich die verschiedenen fordistisch-industriellen Wirtschafts- und Sozialmodelle (geprägt durch ungebrochenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Produktivitäts- und Reallohnsteigerung, Massenkonsum und politische Stabilität) im Umbruch.¹⁷ Es geht um Wege zu einem neuen Entwicklungsmodell und -pfad, um Wege in eine soziale, solidarische und ökologische Moderne.¹⁸

Kein Land hat diesen erforderlichen Wandel schon nachhaltig vollzogen. Die Transformation Ostdeutschlands und die deutsche Einheit fielen eben nicht mehr in die Phase fordistischer Prosperität, sondern in eine Umbruchphase von globaler und europäischer Dimension. 1989/90 konnte aus unterschiedlichen Gründen ein solcher wirtschaftlicher und sozialer Modell- und Pfadwechsel nicht in Angriff genommen werden und wurde „vertagt“ – mit Folgewirkungen für Ost und West und das vereinte Deutschland. So wurde

ein Produktions-, Sozial- und Kulturmodell fortgeführt (Westdeutschland) und übernommen (Ostdeutschland), das zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung seine Erfolgsgeschichte schon hinter sich hatte und dessen Funktionsweisen bereits erodierten. Das führte, wie gezeigt, in Ostdeutschland dennoch zu wichtigen Entwicklungen und Ergebnissen und hat die Stärke und Robustheit der „alten“ Bundesrepublik manifestiert, aber die der „neuen“ zugleich blockiert, strukturell und mental.

Der Modus der Transformation und ein Angleichungsprozess als übergeordnete Zielvorstellung haben ihre Potenziale ausgereizt. Es geht beim „Aufbau Ost“ nun nicht mehr so sehr um eine Zeitverschiebung (von ursprünglich zehn, über 20 oder 30 bis zu nun diskutierten 50 oder gar 60 Jahren), um kleinere Korrekturen und modifizierte Instrumente des strukturellen Wandels, sondern um einen tief greifenden, anderen Wandel. Der sozial-ökologische Umbauprozess ist die grundlegende Herausforderung für Ost und West und kann nur gemeinsam ge- oder misslingen.

Ostdeutschland auf neuem Entwicklungspfad?

Nachdem offensichtlich geworden ist, dass Ostdeutschland nicht mehr werden kann, wie Westdeutschland früher war, bedarf es eines Perspektivenwechsels und zu seiner Voraussetzung einer Diskurswende. Denn die Fortsetzung des Aufholjagd- und Angleichungs-szenarios, das nie das Ziel zukunftsfähiger Entwicklung erreichen wird, lähmt die Kräfte und führt zu Resignation und Depression wie auf der anderen Seite das Niedergangsszenario, das den Osten abschreibt und ihn als deutsches Mezzogiorno sieht. „Ostdeutschland“ und „Zukunft“ sind auf neue Art zusammenzudenken und zusammenzuführen. Die neue Leitfrage lautet: Wie kann sich Ostdeutschland, wie können sich seine Regionen dem „doppelten Umbruch“ (Folgen der postsozialistischen Transformation und Herausforderungen des postmodernen Umbruchszenarios) stellen und Wege zu einem zukunftsfähigen, sozial und ökologisch geprägten Entwicklungspfad und -modell finden?

Maßstab und Meßlatte gelingender Transformation und Vereinigung sind nicht mehr so sehr das „Auf- und Einholen“, nicht mehr pri-

¹⁷ Vgl. Martin Baethge/Peter Bartelheimer, Deutschland im Umbruch, in: Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 11–37.

¹⁸ Vgl. Rolf Reißig, Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.

mär die gängigen quantitativen Ost-West-Vergleiche, sondern ein „selbsttragender, dynamischer Entwicklungs- und Zukunftspfad“, sind „Modernität“ und „Modernisierung“, „Innovation“, „Entwicklungs- und Zukunftspotenziale“, „Handlungs- und Teilhabechancen“ sowie „soziale und kulturelle Lebensqualität“. Dabei müssen die ostdeutschen Regionen vor allem die eigenen Ressourcen und Zukunftspotenziale¹⁹ mobilisieren, ihre Stärken stärken und ihr spezifisches Profil im Europa der Regionen finden. Hier besitzt Ostdeutschland durchaus Standortvorteile: So sind die ostdeutschen Länder führend bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energien. Sie könnten bei der weltweit erforderlichen Energiewende eine wichtige Rolle spielen und – gestützt auf ein Netz kleinerer und mittlerer Unternehmen – neue Lösungen gerade auch „von unten“ einbringen. Damit ließen sich neue Märkte erschließen, statt den gesättigten (vergeblich) hinterher zu laufen. So könnte eine endogene Innovation, eine Selbst-Transformation in Gang gesetzt werden.

Systematische Entwicklung der ostdeutschen Zukunftspotenziale heißt auch Stärkung der produktiven Formen der Kooperation und Vernetzung zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen und zwischen diesen und den regionalen Forschungseinrichtungen; heißt Förderung einer Regionalentwicklung, in der die jeweils ganz unterschiedlichen Ansätze und Entwicklungspotenziale in den Regionen (z. B. sozialökologische Neuindustrialisierung, ökologische Landwirtschaft, Kultur, Tourismus) zum Ausgangspunkt von Innovation und Entwicklung werden.

In diesem Sinne ist die Zukunft des „Ostens“ heute vielleicht offener als zu Beginn des Systembruchs 1989/90 und der Transformation. Jedoch ist die Rolle Ostdeutschlands, der neuen Bundesländer und Regionen in diesem Entwicklungsszenario nicht mehr von vornherein die des „Nachzüglers“ (nachholende Modernisierung), aber natürlich auch nicht die der „Avantgarde“ und des „Modells“ (gelungene postsozialistische Transformation). In dieser neuen Umbruchsituation stößt man in den ostdeutschen Räumen

sowohl auf Nachholendes und Konservierendes wie auch auf Vorangehendes, Innovatives und Zukunftsfähiges. Ostdeutschland und seine Regionen suchen und finden angesichts des doppelten Umbruchs erste Antworten auf die neuen Herausforderungen: bei der Gestaltung von qualitativem Wachstum bei gleichzeitiger Stagnation und Schrumpfung; beim Stadtbau; bei der Energiewende; beim Umbau der Arbeitsgesellschaft und der neuen Verfasstheit der Erwerbsarbeit; bei der Nutzung des Sozialkapitals für nachhaltige Entwicklung; bei der Entwicklung und Gestaltung regionaler Räume durch Reorganisations- und Selbstorganisationsprozesse der Gesellschaft von unten. Chancen und Risiken liegen dicht beieinander. Doch nur durch das Einschwenken auf diesen neuen Entwicklungspfad könnte sich ein dauerhafter Erfolg für Ostdeutschland einstellen.

Dabei gibt es angesichts der Komplexität und neuen Differenziertheit in und zwischen den Regionen und lokalen Räumen nicht mehr die eine „ostdeutsche“ Antwort auf die Vielfalt der spezifischen Lagen, Probleme und Herausforderungen. Auch deshalb haben die ostdeutschen Länder und viele ihrer Regionen inzwischen eigene, spezifische Leitbilder und Strategiekonzepte mit Blick auf das Jahr 2020 erarbeitet. Transformation und Einheit sind heute – auf der Grundlage der erreichten Ergebnisse und gewonnenen Erfahrungen – zugleich neu zu denken und zu gestalten:

- Von der einseitigen Angleichungsperspektive Ost an West zur gemeinsamen Gestaltung eines zukunftsfähigen, neuen Deutschlands unter Nutzung der Stärken, Erfahrungen und Zukunftspotenziale des „alten Westens“ wie der für die Zukunft relevanten spezifischen ostdeutschen Erfahrungen und Potenziale der vergangenen Jahrzehnte.
- Das Zusammenwachsen erfolgt durch Zusammen(Ost-West-gemeinsam)-Wachsen.
- Die Einheit wird auch mit ihren sozialstrukturellen und regionalen Unterschieden sowie soziokulturellen Verschiedenheiten akzeptiert, die das vereinte Deutschland immer weniger trennen, sondern auf neue Weise zugleich verbinden.

¹⁹ Vgl. Michael Thomas, Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss, Ms., Berlin 2010.

Michael C. Burda

Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert

Zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung gleicht die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands dem sprichwörtlichen Wasserglas, das

Michael C. Burda

Ph.D. Economics, geb. 1959;
Professor am Institut für
Wirtschaftstheorie II (Makro)
an der Humboldt-Universität
zu Berlin, Spandauer Straße 1,
10099 Berlin.
burdamic@cms.hu-berlin.de

gleichzeitig halb voll und halb leer ist. Es gibt wohl kaum eine vergleichbare Episode des Wirtschaftswachstums und der Konvergenz. Auch kann man sich kaum eine entmutigendere Herausforderung vorstellen als die, vor der die deutschen Politiker Anfang der 1990er Jahre standen: Der Lebensstandard im Osten musste rasch angehoben werden, um zu verhindern, dass die Einwohner ihre Region scharenweise verlassen. Gleichzeitig sollte Ostdeutschland neue Investitionen aus wohlhabenderen Teilen der Welt anziehen. Es waren die jungen, gebildeten und produktiven Eliten, die ihre Heimat als Erste verließen. Ihr Verschwinden bedeutete für Ostdeutschland einen drohenden Verlust an Attraktivität sowohl für westdeutsche und internationale Investoren als auch für die Daheimgebliebenen. De facto gab es keine wirtschaftliche Alternative zur deutschen Vereinigung.

Für die Wirtschaftswissenschaft kam es zu neuen Fragestellungen. Robert Barro aus Harvard prophezeite, es werde 35 Jahre dauern, bis der Osten die Hälfte der 70-prozentigen Produktivitätslücke zum Westen aufholen würde.¹ Diese Voraussage, die sich auf bemerkenswert robuste ökonomische Ergebnisse aus den USA, Westeuropa und Japan stützte, stellte sich als wenig zutreffend heraus, es sei denn, man ignoriert die starken Produktivitätsanstiege der Jahre 1991 bis 1994. Des Weiteren bedeutete diese Annahme, dass Ostdeutschland eines Tages eine Kopie des Westens sein würde; paradoxerweise bestimmten die Ausgangsbedingungen und der Anpassungspfad den gleichgewichtigen Endpunkt

des Systems – was wiederum bedeutet, dass dieser nicht eindeutig festgelegt sein würde. Anfang der 1990er Jahre sagte ich voraus, die ostdeutsche Wirtschaft könne im Jahr 2020 hoch industrialisiert sein wie die Region um Dresden-Leipzig-Halle im späten 19. Jahrhundert; ebenso könnten die neuen Bundesländer aber auch einen riesigen Nationalpark bilden, der Biodiversität von Flora und Fauna, einschließlich des legendären „Ossi“, gewidmet.² Diese Spannbreite möglicher Endzustände der ostdeutschen Wirtschaft hat vermutlich das Handeln der Regierung Kohl geleitet, das deutlich entschlossener war als das ihrer wirtschaftspolitischen Berater.³

Konvergenz: eine Frage des Maßes

Im März 1990 gab Bundeskanzler Helmut Kohl den Ostdeutschen ein Wahlversprechen, das für den Ausgang der Bundestagswahl entscheidend war: die Aussicht auf *blühende Landschaften* des wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands. Wie ist dieses Versprechen nach zwei Jahrzehnten der Integration zu bewerten?

Dieser für die Veröffentlichung gekürzte Aufsatz wurde für eine Konferenz des German Historical Institute in Washington, DC im September 2009 verfasst. Ich danke Susanne Schöneberg, Felix Strobel und Femke Schmarbeck für ihre wertvolle Unterstützung. Übersetzung aus dem Englischen: Angela Lechner, München.

¹ Vgl. Robert Barro, Eastern Germany's Long Haul, in: The Wall Street Journal vom 3.5.1991.

² Vgl. Michael Burda/Charles Wyplosz, Labor Mobility and German Integration: Some Vignettes, in: Horst Siebert (ed.), The Transformation of Socialist Economies, Tübingen 1992.

³ Karl-Heinz Paqué zitiert Aufsätze des Sachverständigenrats sowie der Bundesbank, die sich vehement gegen die Wirtschafts- und Währungsunion aussprachen: vgl. Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009. Frühe wirtschaftliche Analysen: George Akerlof et al., East Germany In From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. Brookings Papers on Economic Activity, Washington, DC 1991; Michael Burda, Capital Flows and the Reconstruction of Eastern Europe: The Case of the GDR after the Staatsvertrag, in: Horst Siebert (ed.), Capital Flows in the World Economy, Tübingen 1991; Hans-Werner Sinn/Gerlinde Sinn, Kaltstart, München 1991; Irwin Collier/Horst Siebert, The Economic Integration of Post-Wall Germany, in: American Economic Review, 81 (1991), S. 196–201; Rüdiger Dornbusch/Holger Wolf, Eastern German Economic Reconstruction, in: Olivier Jean Blanchard/Kenneth A. Froot/Jeffrey D. Sachs (eds.), The Transition in Eastern Europe, Vol. I, Chicago 1994.

Tabelle 1: Ost-West Angleichung, Haushalte mit Gebrauchsgütern (in Prozent)

	1993	1998	2007
<i>Gebrauchsgut</i>	<i>Ost/West</i>	<i>Ost/West</i>	<i>Ost/West</i>
Personenkraftwagen	66/74	71/76	72/78
Festnetzanschluss	49/97	94/97	95/96
Mobiltelefon	–	11/11	82/82
PC	16/22	36/43	70/73
Internetzugang	–	5/9	56/61
Fernsehgerät	96/95	98/95	97/96
Videorecorder	36/48	61/63	71/69
Kühlschrank	95/95	99/99	99/99
Mikrowellengerät	15/41	41/53	68/69
Geschirrspülmaschine	3/38	26/49	54/64
Waschmaschine	91/88	94/91	99/95 (2006)
Wäschetrockner	2/24	14/33	22/44

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2009; alle Haushalte.

Angesichts der Ausgangsbedingungen in der DDR und des Lebensstandards in anderen vergleichbaren kommunistischen Staaten (etwa in der Tschechoslowakei) war die Geschichte der Wiedervereinigung ein kleines Wunder. Die realen Pro-Kopf-Einkommen – ein Maß, das regionale Preisdifferenzen bei Gütern und Dienstleistungen wie Mieten, öffentlichen Verkehrsmitteln und nichtgehandelten Gütern berücksichtigt – haben sich praktisch angeglichen.^f Dennoch bleibt das Wasserglas in vielerlei Hinsicht halb leer: Die Angleichung ging nicht mit einer Konvergenz der Produktivität pro Kopf oder pro Stunde einher. Die Produktivität bleibt bei ungefähr drei viertel des Westniveaus stehen.^f Die Arbeitslosenquote im Osten ist derzeit gut doppelt so hoch wie im Westen.

Für die Messung der ökonomischen Wohlfahrt ist der wichtigste Indikator der Konsum jener Güter und Dienstleistungen, die Glück, Vergnügen oder Lebenszufriedenheit stiften. Trotz abweichender Schätzungen kann man davon ausgehen, dass der durchschnittliche Pro-Kopf-Konsum im Osten 80 bis 85 % des westlichen Durchschnittsniveaus erreicht hat. Dieser Abstand unterscheidet sich nicht mehr wesentlich von demjenigen zwischen den är-

meren nördlichen und den reicheren südlichen Bundesländern im Westen. Die Unterschiede im Konsumverhalten werden maßgeblich von den Preisen nichthandelbarer Güter wie Wohnungen, Lebensmittel und persönliche Dienstleistungen beeinflusst, die wiederum von den regionalen Wohlstandsniveaus sowie der Produktivität bei den gehandelten Gütern abhängig sind. Aufschluss erlaubt ein Blick auf die Konsumniveaus in *Tabelle 1*. Es fällt die Angleichung der Konsummuster ins Auge; das Datenmaterial wird von Aussagen der Ostdeutschen über ihr Wohlbefinden gestützt – vorausgesetzt, man klammert Gefühle der politischen Unterwerfung aus.^f Bemerkenswert ist auch, dass sich die Lebenserwartung – vielleicht einer der allgemein anerkanntesten Wohlstandsindikatoren – für Frauen in Ost- und Westdeutschland angeglichen hat, weitgehend auch für Männer, wobei die Westdeutschen eine nur um ein Jahr höhere Lebenserwartung haben als die Ostdeutschen.^f

^f Vgl. Tilman Brück/Heiko Peters, *Twenty Years of German Unification: Evidence on Income Convergence and Heterogeneity*. DIW Discussion Paper 925, Berlin, Oktober 2009.

^f Vgl. Joachim Ragnitz, *Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess*, in: *Konjunkturpolitik*, 45 (1999) 3, S. 165–187.

^f Bei einer im November 2009 im Auftrag des „Tagesspiegel“ und des ZDF erhobenen Meinungsumfrage bezeichneten 86 % der Befragten (85 % im Westen, 91 % im Osten) die Wiedervereinigung aus heutiger Sicht als richtig: www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Deutsche-Einheit;art122,2942683 (30.6.2010). Laut derselben Umfrage glauben jedoch 60 % der Westdeutschen, dass die Wiedervereinigung eher den Ostdeutschen genutzt habe, während mit 34 % der größte Anteil der Ostdeutschen denkt, dass eher die Westdeutschen die Gewinner der Einheit sind.

^f Vgl. Ostdeutschland. Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. Sonderheft 1/2009, Institut für Wirtschaftsforschung (IWH), Halle/S., August 2009, S. 74.

Das Konsumverhalten mag zwar kein hinreichender Indikator für Glück und Wohlstand sein, aber dennoch gibt es einen engen Zusammenhang. Zugleich sind ein starkes Selbstwertgefühl und wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht zu vernachlässigende Aspekte. Auch wenn die Arbeitslosenquoten in den vergangenen fünf Jahren erheblich gesunken sind, liegen sie doch immer noch ungefähr doppelt so hoch wie im Westen. Ein Konsum, der durch Transfers aus dem produktiveren Westen finanziert wird, ist langfristig nicht nachhaltig. Daher ist ein sorgfältiger Blick auf den „angebotsseitigen“ makroökonomischen Indikator der Pro-Kopf-Produktivität – eine Messzahl, die sowohl die Produktivität der beschäftigten Arbeitskräfte als auch die Erwerbsquote misst – wesentlicher Bestandteil jeder umfassenden Bewertung von zwanzig Jahren deutscher Einheit.

Das makroökonomische Bild Ostdeutschlands mit einer Bevölkerung von ursprünglich rund 17 Millionen Menschen in den späten 1980er Jahren ist gemischt. *Tabelle 2* zeigt die gängigsten makroökonomischen Konvergenzdaten. Nach der Einführung der D-Mark zum Wechselkurs von 1:1 war ein Schrumpfen der ostdeutschen Produktionswirtschaft unvermeidbar. George Akerlof et al. folgerten aus den einst streng geheimen Richtkoeffizienten⁸ der DDR-Planungsministerien, dass weniger als ein Fünftel der DDR-Industrie zu einem Wechselkurs von 1:1 wettbewerbsfähig war; ihre Berechnungen erwiesen sich als richtig. Nach dem Zusammenbruch der Produktion auf ungefähr ein Drittel des Wertes von 1989⁹ ist sie im Vergleich zum Westen aber wieder stetig angestiegen – während der Rezession von 2001/2002 und sogar während des jetzigen Abschwungs. In den vergangenen fünfzehn Jahren wurde ein Großteil der Produktivitätslücke je gearbeiteter Stunde zwischen Ost und West geschlossen. Im August 2009 konnte sich das erste ostdeutsche Bundesland (Thüringen, 11,1 %) einer niedrigeren Arbeitslosenquote als ein westliches Bundesland (Bremen, 12,2 %) rühmen.

⁸ Richtkoeffizienten stellten die eigene Einschätzung der Planungsministerien bezüglich ihrer Fähigkeit dar, ausländische Devisen durch internationalen Handel zu erhalten. Da sie diese Zahlen auf einem sehr detaillierten Niveau erhielten, waren Akerlof und seine Kollegen in der Lage, die Wettbewerbsfähigkeit der Industriezweige genau zu erfassen.

⁹ Vgl. R. Dornbusch/H. Wolf (Anm. 3).

Rückblickend erscheinen die politischen Diskussionen der frühen 1990er Jahre erstaunlich naiv, weil man binnen weniger Jahre den buchstäblichen Phönix aus der Asche erwartet hat.¹⁰ Was waren die Gründe für diesen blinden Optimismus? Für die meisten ostdeutschen Produkte konnte man sich selbst bei einem Wechselkurs, der dem durchschnittlichen Richtkoeffizienten von 4,4 Ostmark für eine D-Mark entsprochen hätte, nur schwer einen Markt vorstellen. Die ostdeutschen Konsumenten haben 1990 und 1991 mit ihren Füßen abgestimmt und das Schicksal eines Großteils der damaligen Industrie im Osten besiegelt. Zwanzig Jahre später ist die Produktion mit Milliardeninvestitionen modernisiert worden, vor allem bei Konsumgütern und Zwischenprodukten, und sie erlebt eine beeindruckende Renaissance.

Von den drei Ursachen des ostdeutschen Rückstands bezüglich der Produktivitätslücke pro Kopf – mangelnde Kapitalausstattung, niedrige Auslastung der vorhandenen Arbeitskräfte, technischer Rückstand – ist die Lücke der Sachkapitalausstattung der ostdeutschen Industrie am weitesten verschmälert worden. Fortschritte bei den anderen Faktoren sind Ergebnisse des Strukturwandels, in dem sich die Ostdeutschen noch befinden. Diesen Strukturwandel zu begreifen, ist eine wesentliche Voraussetzung, um Szenarien für die Wirtschaft Ostdeutschlands zu entwickeln.

Schlüsselfaktoren der Integration

Kapitalmobilität vs. Mobilität der Arbeitskräfte. Bereits kurz nach der Wiedervereinigung hat Horst Siebert den Transformationsprozess der Ostblockstaaten in weiser Voraussicht als „Integrationsschock“ bezeichnet.¹¹ Im Folgenden verwende ich Barry Eichengreens intuitive Definition ökonomischer Integra-

¹⁰ Natürlich war es politisch zielführend, Pessimisten wie Oskar Lafontaine entgegenzutreten, der die gewaltige Steuerlast, welche die Vereinigung den westdeutschen Steuerzahlern auferlegen würde, antizipiert hatte. Die Eile, mit der die deutsche Einigung vorangetrieben wurde, ist als Versuch zu sehen, sich über rationale Diskussionen über die wirtschaftlichen Aussichten für Ostdeutschland hinwegzusetzen, da diese den Einigungsprozess verzögert hätten.

¹¹ Horst Siebert, *Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie*, Stuttgart 1992.

Tabelle 2: Ost-West Angleichung, makroökonomische Indikatoren (in Prozent der west-deutschen Werte)

Jahr	Konsum	Nominale Stundenlöhne	Nominal-löhne pro Beschäftigtem	Arbeitsproduktivität (pro Stunde)	Arbeitsproduktivität (pro Beschäftigtem)	BIP pro Kopf	Arbeitslosenquote	Erwerbsbeteiligung
1991	62	k.A.	57	k.A.	45	43	165	137
1992	67	k.A.	68	k.A.	57	50	225	121
1995	78	k.A.	80	k.A.	72	67	163	108
1998	80	73	81	68	74	67	186	107
2000	81	74	81	70	76	67	221	104
2002	81	75	81	74	79	69	226	102
2004	80	76	81	74	79	70	214	100
2006	80	77	82	74	79	70	188	103
2008	k.A.	79	82	76	79	71	204	104

k. A.= keine Angabe.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

tion.¹² das Erzielen einer effizienten Produktionsaufteilung zwischen zwei oder mehr geographischen Regionen, die eine Union bilden. Zunächst lässt die Akkumulation von Kapital in der ärmeren Region die Pro-Kopf-Produktion steigen.¹³ Zweitens wandern die Arbeitskräfte von der kapitalarmen in die kapitalreiche Region. Drittens profitiert die kapitalarme Region von der Mobilität des Kapitals durch Direktinvestitionen, die entweder über die internationalen Kapitalmärkte oder auf Kosten der kapitalreichen Nachbarregion (in diesem Fall Westdeutschland) finanziert werden.

Die Umverteilung („Umallokation“) von Arbeit und Kapital zwischen Ost und West ist erheblich und zu zeitlich unterschiedlichen Geschwindigkeiten erfolgt. In den ersten fünf Jahren nach dem Mauerfall verließen mehr als eine Million Menschen den Osten. Danach verlief die Abwanderung langsamer, um wieder zu steigen, als das Wachstum in der Region zurückging und die Arbeitslosenquoten anstiegen. Zudem gab es Anfang der 1990er Jahre einen Investitionsboom, der Mitte des Jahrzehnts seinen Höhepunkt erreichte: Zwei Drittel der kumulierten Investitionen nach Ostdeutschland flossen in den Wohnungsbau und die geschäftliche Infrastruktur, ein Drittel in die Ausrüstungsinvestitionen. Die Konzentration der Investi-

tionsausgaben in der Infrastruktur wird häufig nicht nur als Ergebnis verzerrter Anreize gesehen, sondern auch als Effekt, der langfristige Konsequenzen für die Struktur der Güter- und Faktornachfragen hat. Nach einem sehr starken Start Anfang der 1990er Jahre sind die Investitionsquoten im Osten erheblich zurückgegangen und unterscheiden sich kaum noch von denjenigen im Westen.¹⁴

Die steigende Kapitalausstattung im Osten Deutschlands war ein wichtiger Bestimmungsfaktor des in *Tabelle 2* dargestellten Produktivitätsanstiegs. Dieser wurde nicht nur vom Anstieg der Investitionsausgaben getrieben, sondern auch vom Rückgang der Beschäftigung vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung. In einigen Branchen ist die Kapitalintensität sogar über das westliche Niveau hinausgeschossen. So lag die offizielle Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Verhältnisses von Kapital zu Arbeit im verarbeitenden Gewerbe bereits im Jahr 2002 mit 99 % praktisch gleichauf mit dem Westen; hinter diesem Durchschnitt verbarg sich eine erhebliche Bandbreite, die von 66 % in der Bekleidungsindustrie über 81 % im metallverarbeitenden Gewerbe bis hin zu 125 % in der Chemie- und 122 % in der Automot-

¹² Vgl. Barry Eichengreen, *One Money for Europe: Lessons from the U.S. Currency Union*, in: *Economic Policy*, 10 (1990), S. 117–187.

¹³ Vgl. R. Barro (Anm. 1).

¹⁴ Vgl. dazu Michael Burda, *Factor Reallocation in Eastern Germany after Reunification*, in: *American Economic Review*, 96 (2006), S. 368–374; ders., *What kind of shock was it? Regional Integration and Structural Change in Germany after Unification*, in: *Journal of Comparative Economics*, 36 (2008), S. 557–567.

bilbranche reichte. Noch höhere Werte findet man bei Zwischenprodukten (durchschnittlich 123 % des westlichen Wertes). Insgesamt bleibt allerdings das Kapital-Arbeits-Verhältnis im Osten Deutschlands laut Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 84 % des westdeutschen Niveaus.¹⁵

Strukturwandel. Ostdeutschland hat eine Phase intensiver Faktormobilität hinter sich. Derart massive Bewegungen von Produktionsfaktoren – hier Kapital gen Osten und Arbeit gen Westen – werden häufig von bedeutsamen strukturellen Änderungen begleitet, ein zu erwartender Prozess in einer Region, die lange von den Kräften der internationalen Spezialisierung und des Welthandels verschont war. Derweil findet eine starke, allerdings ungleichmäßige Erholung der ostdeutschen Industrie statt, die seit Mitte der 1990er Jahre auf eine erhebliche Umverteilung der Industrieproduktion gen Osten hindeutet.¹⁶

Die auffälligen Unterschiede innerhalb der ostdeutschen Industrie lassen darauf schließen, dass die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren erhebliche strukturelle Verschiebungen verbergen. So, wie es Friedrich August Hayek beschrieben hat, entdecken viele Branchen weiterhin ihre Rolle in der Weltwirtschaft, wobei die Exporte aus dem Osten im Vergleich zu den westlichen Staaten einen einzigartigen Wachstumspfad aufrechterhalten. Aber es sind auch eine Reihe anderer Faktoren am Werk, wobei sich in den meisten die Narben von Jahrzehnten sozialistischer Planung ebenso widerspiegeln wie fehlgeleitete westdeutsche Politikmaßnahmen. Der durch großzügige Steuererleichterungen für Investitionen in Wohngebäude ausgelöste Bauboom der 1990er Jahre etwa führte nicht nur zur massiven Ausweitung des Wohnkapitalstocks, sondern auch zu einem künstlich überdimensionierten Bausektor.¹⁷ Die Vereinigung führte auch nicht direkt dazu, dass das Niveau des öffentlichen Sektors auf westdeutsche Maße zurückgestutzt wurde, sondern dies erforderliche ständige Anstrengungen, die auf große po-

litische Hindernisse stießen.¹⁸ In realen BIP-Einheiten ausgedrückt, ist Ostdeutschland einschließlich Berlin von 1992 bis zur Wirtschaftskrise 2008 um etwa 2,7 %, ohne Berlin um 3,7 % jährlich gewachsen – verglichen mit 1,5 % jährlichem realem Wachstum im Westen. Wenn man nur das verarbeitende Gewerbe betrachtet, belief sich das reale Wachstum im Osten auf 5,5 % (einschließlich Berlin) und kolossale 8,1 % ohne die (eindeutig nicht-industrielle) Hauptstadt. Man kann mit großer Zuversicht behaupten, dass die Deindustrialisierung des Ostens gestoppt und die Entwicklung umgekehrt wurde.

Zwar ist der Anteil Ostdeutschlands an der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiterhin niedriger, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht, und die Wachstumsraten sind auch Ausdruck des niedrigen Ausgangsniveaus der frühen 1990er Jahre, aber das gilt nicht für alle Wirtschaftszweige und Branchen. Weitere Verschiebungen der Industriestruktur zwischen Zweigen mit unterschiedlichen Wachstumsraten werden die gesamtwirtschaftliche Leistung beeinflussen, und zwar in der Zukunft immer positiver, je mehr angeschlagene Wirtschaftszweige verschwinden und je mehr die starken wachsen. Im verarbeitenden Gewerbe machen die neuen Bundesländer ohne Berlin nun 9 % der gesamten deutschen Wertschöpfung in diesem Sektor aus, nach 7,6 % im Jahr 2000 und 5,6 % im Jahr 1995. In scharfem Kontrast hierzu steht, dass der Anteil der ostdeutschen Wertschöpfung im breit gefassten Dienstleistungssektor seit 1995 kaum, von 11,2 auf 11,7 %, gestiegen ist. Hinter diesen Zahlen verbergen sich schrumpfende öffentliche und wachsende private Dienstleistungen. Der Anteil des Baugewerbes ist von 27,8 % (1995) auf 16,9 % (2005) gefallen, bleibt im Vergleich zu seinem westdeutschen Gegenstück aber noch überdimensioniert. Angesichts dieser gewaltigen Umwälzungen ist es nicht zu vermeiden, dass der Strukturwandel auch auf den Westen übergreift. In der Tat ist gleichzeitig mit der Ausdehnung des Produzierenden Gewerbes in den neuen Bundesländern ein deutlicher Wandel in den wirtschaftlichen Strukturen der alten zu erkennen.

Einer der wichtigsten Brennpunkte des Strukturwandels ist der Arbeitsmarkt. Ostdeutschland hat einen umwälzenden Struk-

¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Juni 2009.

¹⁶ Vgl. M. Burda 2008 (Anm. 14).

¹⁷ Vgl. H.-W. Sinn/G. Sinn (Anm. 3); Hans-Werner Sinn, EU Enlargement, Migration and Lessons from German Unification, in: German Economic Review, 1 (2000) 3, S. 299–314.

¹⁸ Vgl. K. H. Paqué (Anm. 3).

turwandel erlebt – laut Schätzungen den Verlust von mehr als der Hälfte der Arbeitsplätze in der Industrie –, und dieses Ergebnis hat den strategischen Spielraum der Tarifverhandlungspartner erheblich eingeschränkt. Nach einer erfolgreichen Kampagne für Lohnverhandlungen in den ersten Jahren nach der Vereinigung fielen die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen der Tarifverhandlungspartner auf unter 20 %. Gleichzeitig hat Unzufriedenheit mit dem Tarifverhandlungssystem dazu geführt, dass ostdeutsche Unternehmen die Arbeitgeberverbände verlassen und damit die Legitimität der Tarifverhandlungen in der Industrie, die in Deutschland einmal sehr stark waren, weiter geschwächt haben.¹⁹ Das Ergebnis war ein stetiger Rückgang der Lohnstückkosten, die erstmals als die höchsten in der Welt galten,²⁰ nun erheblich niedriger als im Westen sind und damit eine Quelle für Wettbewerbsvorteile für neue ausländische Direktinvestitionen darstellen. Insgesamt sieht es so aus, als ob sich der Osten als Ausweg aus den Rigiditäten des Arbeitsmarktes herausstellt, die in der Diskussion der westdeutschen Arbeitsmärkte häufig betont werden.²¹

Agglomeration und Standortwahl

Sicher ist es möglich, sich ein düsteres Bild Ostdeutschlands auszumalen – die Region verliert fortlaufend an Bevölkerung; bis zu 50 000 Personen wandern jährlich ab. Die Investitionen sind auf einem Niveau stehen geblieben, das zwar beachtlich ist, aber keineswegs die Rekordzahlen aus der Mitte der 1990er Jahre erreicht.²² Selbst eine konventionelle Vorstellung der Volkswirtschaft würde eine düstere, pfadabhängige Zukunft für Ostdeutschland voraussagen.²³ Diese Sichtweise spricht eher

für die Vorstellung von Ostdeutschland als Nationalpark als für *blühende Landschaften*. Solange Menschen im erwerbsfähigen Alter Ostdeutschland verlassen, werden die langfristigen Anforderungen an das physische und das Humankapital für eine nachhaltige Entwicklung entsprechend zurückgehen.

Die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen dieser Analyse sprechen eklatant gegen eine Politik des Laissez-faire. Ein positiver Schritt der Politik, der zu höheren Investitionen im Osten führt, würde die Erwartungen der Unternehmen und der Arbeitskräfte verändern, die sich dann wiederum gegen eine Abwanderung entscheiden würden; wenn die Arbeitskräfte bleiben, steigt die Produktivität der Investitionen in der Region und erhöht die Rendite des eingesetzten Kapitals, was wiederum mehr Investitionen anzieht.

Nach beinahe zwei Jahrzehnten haben die Agglomerationskräfte zum Entstehen einer zunehmend gitterartigen Entwicklungsstruktur im Osten Deutschlands geführt.²⁴ Zwar scheinen die Mechanismen des endogenen Niedergangs am Werk zu sein, aber es sind auch viele Lichtblicke zu erkennen – außer Berlin wenigstens mehrere Großraumregionen, in denen die Bevölkerung gewachsen ist. Offenbar haben diejenigen, welche die Entvölkerung des Ostens betont haben, die Rolle der internen Wanderungsbewegungen, nicht nur nach Berlin, sondern auch nach Dresden, Leipzig oder Jena und eine Reihe anderer Städte, die man als Speckgürtel Berlins bezeichnet, unterschätzt. Die Ostdeutschen haben sich als weniger mobil erwiesen, als es die ökonomische Datenlage, die nur auf durch Mobilität erzielbare Lohngewinne aufbaute, erwarten ließ.²⁵ Im Rückblick wären selektive, speziell auf diese Gebiete gerichtete (und vielleicht auf Chemnitz, Cottbus, Gera, Magdeburg, Rostock oder Schwerin ausgedehnte) Politikmaßnahmen eine Alternative zu den gießkannenartigen Subventionen gewesen, die in schlecht aus-

¹⁹ Vgl. Tito Boeri/Alison Booth/Lars Calmfors, *Unions in the 21st Century*, Oxford 2005.

²⁰ Vgl. H.-W. Sinn/G. Sinn (Anm. 3).

²¹ Vgl. Christian Merkl/Dennis Snower, *The Caring Hand that Cripples: The East German Labor Market after Reunification*, in: *American Economic Review*, 96 (2006), S. 275–382.

²² Vgl. Harald Uhlig, *Regional Labor Markets, Network Externalities and Migration: The Case of German Reunification*, in: *American Economic Review*, 96 (2006), S. 383 ff.

²³ Vgl. beispielsweise M. Burda 2006 (Anm. 14); Sebastian Böhm, *Stabilität und Eindeutigkeit von Gleichgewichten in Modellen der räumlichen Faktormobilität in diskreter Zeit*. Diplomarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, August 2009.

²⁴ Vgl. IWH (Anm. 8).

²⁵ Vgl. Jennifer Hunt, *Staunching Emigration from East Germany: Age and the Determinants of Migration*, in: *The Journal of The European Economic Association*, 4 (2006), S. 1014–1037; Michael Burda/Jennifer Hunt, *From Reunification to Economic Integration: Productivity and the Labor Market in East Germany*. *Brookings Papers on Economic Activity*, Washington, DC 2001.

gesuchten Infrastrukturprojekten endeten. Eine harte Selektionspolitik hätte wohl einen größeren Teil Ostdeutschlands vor dem wirtschaftlichen Niedergang gerettet.

Ein wenig berücksichtigter Vorteil Ostdeutschlands liegt in der geographischen Nähe der Region zu den Wachstumsmärkten der kommenden zwei bis drei Jahrzehnte. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und andere Märkte Zentral- und Osteuropas sind rasch gewachsen. Ihre Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern hat auf Deutschland übergegriffen, und angesichts der Standortbedeutung für Handel und ausländische Investitionen ist es keine Überraschung, dass Ostdeutschland von dieser Nachfrage profitiert hat. Gleichzeitig waren die Direktinvestitionen aus Deutschland in diese Länder (vor allem in Polen) geradezu phänomenal. Die zunehmende Integration Ostdeutschlands mit Polen und anderen wachsenden Volkswirtschaften wird zusammen mit der fortschreitenden Vermögensbildung zu einer Renaissance der Grenzgemeinden und einer Stabilisierung der Grundstückswerte führen. Wenn Ostdeutschland beginnt, von ausländischen Direktinvestitionen polnischer und tschechischer Firmen und den Grundstückskäufen wohlhabender polnischer und tschechischer Familien zu profitieren, könnte das den Triumph der Wirtschaft über den Nationalismus einläuten.

Die Zukunft Ostdeutschlands

Die Deutschen haben auf ihrer Art der Vereinigung bestanden und einen hohen Preis dafür bezahlt. Das berauschende Wachstum des BIP in den ersten Jahren ist Mitte der 1990er Jahre zum Erliegen gekommen. Das ist zum Teil auf neue Steuerlasten im Zuge der Wiedervereinigung und zum Teil auf Gründe, die mit strukturellen Verschiebungen in der globalen Arbeitsteilung zu tun haben, zurückzuführen. Ein Großteil der Wirtschaft wurde 1990 durch die Währungsunion mit einem Federstrich zerstört; eine eigene Währung hätte den Ostdeutschen vielleicht fünf bis zehn Jahre an wirtschaftlichem Wohlstand beschert, aber sicherlich keine zwanzig Jahre. Das Ausmaß des Strukturwandels, der für eine Planwirtschaft notwendig ist, um international konkurrenzfähig zu werden, wurde unterschätzt. Bei einer um 70 % des westdeut-

schen Niveaus schwankenden Pro-Kopf-Produktion und einer Arbeitsproduktivität von ungefähr 80 % wird der weitere Konvergenzprozess eher schleppend verlaufen. Denn es geht nicht nur darum, die Ostdeutschen mit angemessenem physischem und Humankapital auszustatten, sondern auch darum, ihnen das gleiche Niveau an sozialer, institutioneller, geschäftlicher und Marketing-Infrastruktur sowie den richtigen Gütermix zur Verfügung zu stellen. Im Ergebnis wird die letzte Meile der Angleichung der Pro-Kopf-Produktivität und anderer Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirtschaftskraft ohne weiteren Strukturwandel schwierig werden. Dennoch steht die ostdeutsche Wirtschaft aufgrund der bestandenen Feuerprobe sehr viel kräftiger und robuster da, als es die makroökonomischen Daten vermuten lassen.

Ostdeutschland steht eine höchst heterogene wirtschaftliche Zukunft bevor – nicht nur im qualitativen, sondern auch in einem sektoralen und räumlichen Sinn. In diesem Integrationsprozess bewegen sich die Produktionsfaktoren in entgegengesetzte Richtungen, selbst bei steigenden Produktionszahlen. Das Mobilitätsrennen zwischen Kapital und Arbeit hat zusammen mit tief greifenden strukturellen Veränderungen die Handlungsspielräume der Entscheidungsträger erheblich eingeschränkt. Beispielsweise hätte die Beibehaltung einer zweiten Währung bei Abwesenheit von Geldillusion wenig Erfolg gebracht, und angesichts der hohen Mobilität der Arbeitskräfte wären die Reallöhne in einer ostdeutschen Währung ebenso schnell gestiegen wie bei der Währungsunion. Faktormobilität war das Wahrzeichen der Integration und unterscheidet sie von ähnlichen Episoden in der Wirtschaftsgeschichte. Barrieren durch Sprache, Institutionen und kulturelle Unterschiede sind im vereinten Deutschland zu vernachlässigen; die Verhaltensmuster haben sich so signifikant angeglichen, dass man mittlerweile von einem gemeinsamen repräsentativen Haushalt sprechen kann.²⁶

²⁶ Jüngere Untersuchungen lassen eine Angleichung des Verhaltens der Ost- und Westdeutschen im Zeitablauf vermuten, vgl. z.B. M. Burda/J. Hunt (ebd.); Nicola Fuchs-Schündeln, *Adjustment to a Large Shock – Do Households Smooth Low Frequency Consumption?* Mimeo (unveröff. Paper), Harvard University 2005; Thomas Dohmen/Armin Falk/David Huffman/Jürgen Schupp/Uwe Sunde/Gert Wagner, *Individual Risk Attitudes: New Evidence from*

Mit Blick nach vorne wage ich zu behaupten, dass das Glas eher halb voll als halb leer ist. Die kommenden Jahrzehnte werden Ostdeutschland ein relativ starkes Wachstum bescheren, das durch den Standortvorteil von den künftigen Wachstumsmärkten in Zentral- und Osteuropa geprägt sein wird. Dank der Erfahrungen der Vereinigung sind die Arbeitsmärkte flexibler als im Westen; der Druck des jüngsten Nachfrageeinbruchs für hochwertige Investitionsgüter und langlebige Konsumgüter wird wahrscheinlich im Westen strukturelle Veränderungen auslösen, die der Osten bereits durchgemacht hat. Während struktureller Wandel und Anpassungen einen Kern hoch effizienter Industriezweige retten werden, wird das stetige Abwandern der Bevölkerung dazu führen, dass der Osten Deutschlands im 21. Jahrhundert einem Flickenteppich gleichen wird, in dem sich Wachstumszentren mit Gegenden abwechseln werden, die von chronischer Entvölkerung, Abhängigkeit von Sozialtransfers und lokalem Niedergang geprägt sind.

Aus diesen Gründen komme ich zu einer nuancierteren und optimistischeren Einschätzung als meine Kollegen Sinn oder Uhlig.¹⁷ Ein langsames Ausbluten der Bevölkerung ist unvermeidbar, wird aber längerfristig von einem Nord-Süd-Gefälle überlagert, bei dem alte Standortvorteile und traditionelle Agglomerationsmuster in den mitteldeutschen Regionen behauptet und verstärkt werden müssen. Der radikale Strukturwandel auf den Güter- und Arbeitsmärkten hat Ostdeutschland für die Herausforderungen der Globalisierung gewappnet und den Boden für Gewinne aus dem anhaltenden Wachstum und der Prosperität der neuen Marktwirtschaften Zentral- und Osteuropas bereitet. Es würde nicht überraschen, wenn sich der Bevölkerungstrend im nächsten Jahrzehnt umkehrt – wenn Ostdeutschland nach mehr als einem halben Jahrhundert des Dornröschenschlafs seine Rolle als neuer Wachstumspol für den europäischen Wirtschaftsraum wahrnimmt.

a Large, Representative, Experimentally-Validated Survey. DIW Discussion Paper 511, Berlin, September 2005.

¹⁷ Vgl. H.-W. Sinn (Anm. 17); H. Uhlig (Anm. 22).

Rüdiger Thomas

Deutsche Kultur im Einigungsprozess

Für die da drüben ist hier drüben.“ Mit diesem ironischen Bonmot pointierte das Leipziger Kabarett „Die Pfeffermühle“ 1964 die Blickrichtungen, die in Zeiten der Teilung in Deutschland aufeinandertrafen. Doch die Wahrnehmungsintensität, mit der die Menschen

Rüdiger Thomas

Geb. 1940; Historiker und freier Publizist, Im Neuen Feld 25, 51467 Bergisch Gladbach. krthomas@t-online.de

im Osten und Westen des politisch gespaltenen Landes die jeweils andere Seite betrachteten, war höchst verschieden, die Deutschen lebten in einer „asymmetrischen Beziehungsgeschichte“ (Christoph Klessmann). Der Systemantagonismus prägte nicht nur die politisch-ökonomische Realität, sondern wirkte sich auch nachhaltig auf die kulturellen Entwicklungsprozesse aus, die sich in der Polarität zwischen dem Pathos der Freiheit und dem Postulat der Parteilichkeit manifestieren sollten. Doch die „Stunde Nichts“ (Heinrich Böll) löschte die Vergangenheit nicht aus, die durch fundamentale Widersprüche zwischen Politik, Moral und Kultur bestimmt gewesen war.

Erbe der Klassik

Nach der bedingungslosen Kapitulation, die zugleich eine Befreiung vom Joch der Diktatur darstellte, begann ein doppeltes, von den Siegermächten bestimmtes Experiment: die Demokratiegründung im Westen und der oktroiierte sowjetsozialistische Weg im Osten. Der Kalte Krieg wurde in Europa vor allem als ideologischer Fundamentalkonflikt ausgetragen, der in der Kultur deutliche Spuren hinterließ. Der wichtigste gemeinsame Bezugspunkt für das gesellschaftliche Bewusstsein der Deutschen war in dieser Periode der politischen Konfrontation das kulturelle Erbe.

Vor allem die Klassik hatte im ersten Nachkriegsjahrzehnt jenseits der ideologischen und systempolitischen Grenzen für Anknüp-

fungspunkte gesorgt. So waren das Goethejahr 1949 und das Schillerjahr 1955 kulturelle Ereignisse, die durch Thomas Manns Präsenz im Osten und Westen Deutschlands die Gemeinsamkeiten der deutschen Kultur symbolisch eindrucksvoll unterstrichen. Thomas Mann erwies sich als konsequenter Verfechter der Einheit aus dem Geist der Kultur, als er am 3. April 1955 in Weimar formulierte: „Möge das Schiller-Jahr 1955 dazu dienen, die Einheit unseres Vaterlandes und seiner humanistischen Kultur im Gedanken und in der Tat zu stärken! (...) Möge das poetische Feuer des Patriotismus, das in Schiller glühte und in seinen Werken weiterlebt, die Herzen der deutschen Jugend begeistern und entflammen!“ Es mutet im Rückblick merkwürdig an, dass DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl seine Festrede unter die Überschrift stellte, die 1989 zum Motto des Vereinigungswillens der Ostdeutschen werden sollte: „Wir sind ein Volk!“¹

Anlässlich der Schiller-Ehrung 1959 reklamierte Kulturminister Alexander Abusch das Vermächtnis Schillers als Alleinbesitz der DDR – ein eigentümliches kulturpolitisches Pendant zum politischen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik: „Unser erster Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden ist zum Treuhänder von Schillers Erbe für die ganze deutsche Nation geworden.“² Als Vorbilder für diese „Nationalkultur“ wurden in einem programmatischen Aufsatz, der im November 1960 in der SED-Zeitschrift „Einheit“ erschien, „Goethes Faust, Schillers Tell und Lessings Nathan, Beethovens Fidelio und Mozarts Figaro, Dürers Mutter und Menzels Eisengießer“³ genannt. Jenseits solcher ideologischen Vereinnahmung war die seit 1955 erschienene, seit 1964 vom Aufbau-Verlag Berlin-Weimar publizierte, von den Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar herausgegebene Bibliothek deutscher Klassiker (BDK) mit insgesamt 153 Bänden ein wichtiges Element der kulturellen Traditionspflege.

¹ Otto Grotewohl, Schiller – Wir sind ein Volk. Eine Rede, Berlin 1955.

² Wir bewahren Schillers humanistisches Erbe für die ganze Nation. Rede des Ministers für Kultur, Alexander Abusch, auf dem Festakt zur Schiller-Ehrung in Weimar, in: Neues Deutschland vom 11.1.1959.

³ Hannelore Ortmann, Die nationale Bedeutung der sozialistischen Kulturpolitik in der DDR, in: Einheit, (1960) 4, S. 1733.

Wo es um das kulturelle Erbe ging, öffneten sich in der DDR Freiräume. Doch der schöne Schein trog: Die andere Seite der kulturellen Entwicklung war durch massive kulturpolitische Reglementierungen bestimmt. Das von der SED viel beschworene „Bündnis zwischen Geist und Macht“ zerbrach nach der Zwangsausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 endgültig. Stefan Heym formulierte sarkastisch: „Das Ausbürgern könnte sich einbürgern.“ Wichtige Schriftsteller und bildende Künstler wie Sarah Kirsch oder A.R. Penck verließen das Land. In der jungen Generation, die in die DDR „hineingeboren“ war, entwickelte sich jenseits der Staatskultur eine Gegenkultur. Uwe Kolbes hektografierte inoffizielle Zeitschrift „Der Kaiser ist nackt“ begann 1981 mit diesem programmatischen Text des Herausgebers: „Der Kaiser ist nackt; d.h.:/Weg mit der Ersatz- und Sklavensprache, d.h.:/Verweigerung dem verlogenen Sinnschema, d.h.:/Nachsehen, den Augen trauen, sagen, d.h.:/VERANTWORTLICHES ALLGEMEINES GESPRÄCH...“⁴

Dieser Programmsatz schien vergessen, als sich die Deutschen nach der Öffnung der Mauer und der wenig später geglückten Neuvereinigung frei und ungehindert begegnen konnten. Dass die Normen des Grundgesetzes den politischen Einigungsprozess bestimmt haben, der sich in fortschreitender Beschleunigung scheinbar alternativlos gestaltete, war nachvollziehbar. Dass sich aber auch der Diskurs über das kulturelle Erbe aus beiden deutschen Teilgesellschaften ausschließlich an den Normen der westdeutschen Kultur orientiert hat, sollte sich als ein Dilemma erweisen, das bis heute nicht gelöst werden konnte. Es bleibt eine unabgeholte Aufgabe, die Kulturgeschichte der DDR neu zu besichtigen und dabei die Bedeutsamkeit der Kunstwerke in den Mittelpunkt zu rücken, statt nur über ihre politischen Entstehungszusammenhänge zu reflektieren. Bereits 1990 hat Eduard Beaucamp pointiert und provozierend konstatiert: „Die freieste und selbstbewussteste Malerei, die das Abendland kennt, entfaltete sich in

⁴ Zit. nach: Adolf Endler, „Alles ist im Untergrund obenauf, einmannfrei ...“ Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1–7. Ausgewählt und hrsg. von Torsten Metelka, Berlin 1990, S. 186.

den verdorbensten Zeiten der Kirche am Hof der Päpste und im Spanien der Inquisition.“[¶]

Literatur und Kunst im Widerstreit

Doch an dieser Einsicht ist der „Literaturstreit“, der sich an Christa Wolfs 1979 geschriebener, aber erst im Frühjahr 1990 veröffentlichter Erzählung „Was bleibt“ entzündete und das Verhältnis von Politik, Kunst und Moral am unauglichen Beispiel und an der falschen Person exemplifizierte, vorbeigegangen. Das gilt auch für den „Bilderstreit“, [¶] den Georg Baselitz zur gleichen Zeit mit der These einleitete, in der DDR habe es überhaupt keine Künstler gegeben, die diesen Namen verdienten: „Keine Künstler, keine Maler. Keiner von denen hat je ein Bild gemalt. Das ist ja alles ganz langweilig. (...) Die Künstler sind zu Propagandisten der Ideologie verkommen.“[¶] Längst haben sich die Kontroversen erschöpft, doch ihre Spätfolgen sind erkennbar. Es wäre überfällig, über die bleibende Substanz der Literaturen aus dem geteilten Nachkriegsdeutschland neu zu debattieren und vor diesem Hintergrund das Projekt einer gesamtdeutschen Literaturgeschichte voranzubringen.[¶]

Auch für die bildende Kunst fällt die Bilanz zwiespältig aus. Zwar hat Eckhart Gillen bereits 1997 mit seiner Ausstellung „Deutschlandbilder“ die „Kunst aus einem geteilten Land“ in einen gemeinsamen Wahrnehmungshorizont gerückt, doch warfen viele ostdeutsche Kommentatoren dieser großen Berliner Festspielausstellung im Martin-Gropius-Bau eine unzureichende Berücksichtigung von Künstlern aus der DDR vor. Die von Roland März und Eugen Blume kuratierte Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie „Kunst aus der DDR“ fand 2003 in Berlin (anders als später in Bonn) eine nachhaltige Publikumsresonanz, offenbar vor allem, weil sie die Künst-

ler aus der DDR weitgehend umfassend, aber von der westdeutschen Entwicklung separiert vorstellte und damit von ostdeutschen Besuchern vielfach als Akt einer notwendigen Rehabilitation verstanden wurde, nachdem die Weimarer Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“ 1999 als provozierende Abwertung aller DDR-Kunst empfunden worden war und allgemeine Entrüstung hervorgerufen hatte. Sie hatte Malerei und Grafik aus der DDR in wahlloser Hängung und ohne erkennbare Auswahlkriterien präsentiert und im ehemaligen Gauforum unter dem Vorzeichen des Antimodernismus mit der Kunst des „Dritten Reiches“ in Beziehung gesetzt.

Wie schwierig gesamtdeutsche Kulturdebatten sind, wurde deutlich, als 1999 heftig um die Ausgestaltung des Reichstagsgebäudes mit zeitgenössischen Kunstwerken gestritten wurde. Als der Kunstbeirat des Deutschen Bundestages auch Bernhard Heisig ausgewählt hatte, wurden von Vertretern aus der früheren ostdeutschen Gegenkultur auf Initiative von Christoph Tannert heftige Proteste laut, die sich zuerst gegen seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS richteten (Heisig war damals 17 Jahre alt und wurde als Fahrer eingesetzt), aber auch seine Funktion als „Staatsmaler“ attackierten, ohne die Qualität des Werkes zu würdigen. Als Folge dieser Kritik wurden neben dem ursprünglich vorgesehenen „Aurora-Experimentarium“ des Chemnitzers Carlfriedrich Claus Werke von Gerhard Altenbourg, Lutz Dammbeck, Hermann Glöckner, Wolfgang Mattheuer und Strawalde angekauft, sodass in den Arbeits- und Erholungsbereichen des Bundestags wichtige Künstler aus dem Osten Deutschlands gemeinsam mit Joseph Beuys, Georg Baselitz, Anselm Kiefer, Markus Lüpertz, Sigmar Polke, Gerhard Richter und anderen vertreten sind. So ist im gesamtdeutschen Parlament ein bemerkenswertes Kunststück geglückt: bildende Kunst aus Deutschland zusammenzuführen.

Erst 2009 ist es der amerikanischen Kuratorin Stephanie Barron gemeinsam mit Eckhart Gillen in Los Angeles mit der Schau „Art of Two Germanys/Cold War Cultures“ gelungen, einen spannungsreichen und umfassenden Blick auf die Kunstentwicklung in den beiden Deutschländern zu richten, der auch dadurch überzeugt hat, dass er die politischen Kontexte berücksichtigt, ohne damit künstlerische

[¶] Eduard Beaucamp, Der verstrickte Künstler, Köln 1998, S. 94.

[¶] Vgl. Rüdiger Thomas, Wie sich die Bilder gleichen. Ein Rückblick auf den deutsch-deutschen Literatur- und Bilderstreit, in: Deutschland Archiv (DA), (2007) 5, S. 872–882.

[¶] „Ein Meister, der Talent verschmäht“. Interview von Axel Hecht und Alfred Welti mit Georg Baselitz, in: art, (1990) 6, S. 70.

[¶] Ein anregender Beitrag ist Norbert Niemann/Eberhard Rathgeb (Hrsg.), Inventur. Deutsches Lesebuch 1945–2003, München-Wien 2003.

Werturteile zu verwechseln. Die Ausstellung, die unter dem Titel „Kunst und Kalter Krieg. Deutsche Positionen 1945–89“ anschließend auch im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg und im Deutschen Historischen Museum Berlin gezeigt wurde, hat trotz ihrer überzeugenden Konzeption nicht verhindern können, dass ein Kampf um die „Deutungshoheit“ (Christoph Tannert) über die Kunst in der DDR begonnen worden ist, der sich eher an den Abgrenzungskriterien einer vergangenen Diktatur zu orientieren scheint als an einem gesamtdeutschen Erkenntnisinteresse.⁹

Infrastruktur und Kulturförderung

„In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.“ Mit diesem lapidaren Satz beginnt der „Kultur“-Artikel 35 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990. Er liefert den Impuls, über das gemeinsame Erbe einer deutschen Kultur nachzudenken, die sich im Osten und Westen unter den Bedingungen der staatlichen Teilung entwickelt hat. Doch im Vordergrund des politischen Handelns musste die Frage stehen, wie es gelingen könnte, die kulturelle Infrastruktur im Osten zu sichern. Die deutsch-deutsche Kulturkommission, die im Rahmen der Aushandlung des Einigungsvertrages gebildet worden war, konstatierte Übereinstimmung, dass „trotz der zentralistisch und über lange Jahre stalinistisch geprägten Kulturpolitik der DDR eine teilweise beachtliche kulturelle Infrastruktur aufgebaut und eine breite Förderung künstlerischer Talente, die den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen, ermöglicht wurde“.¹⁰ So enthält

der Einigungsvertrag die Verpflichtung, dass die „kulturelle Substanz“ in den neuen Bundesländern „keinen Schaden nehmen darf“, die in der DDR zentral geleiteten kulturellen Einrichtungen sollten in die Trägerschaft der Länder und Kommunen übergehen, „in denen sie gelegen sind“.

Obwohl die Verantwortung für die Kultur im föderativen Staat in erster Linie in die Zuständigkeit der Länder fällt, verpflichtete sich der Bund, durch eine Übergangsfinanzierung zur Sicherung der Infrastruktur beizutragen, bis die Länder diese Aufgabe im vollen Umfang selbst übernehmen könnten. In den neuen Bundesländern gab es zum Zeitpunkt der Vereinigung 217 Theater und Spielstätten, 87 Orchester, 719 Museen, 190 Musikschulen, rund 16 900 Bibliotheken, mehr als 1700 Kultur- und Clubhäuser sowie etwa 250 000 registrierte Einzeldenkmäler und 180 historisch bedeutsame Stadt- und Dorfkerne.¹¹ Viele Denkmäler und Gebäude waren vom Verfall bedroht, in zahlreichen Einrichtungen gab es einen problematischen Personalbestand. Betriebliche Kulturangebote (Bibliotheken und Kulturhäuser) sowie die meist von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) betreuten und kontrollierten Jugendclubs hatten ihre Träger verloren und wurden aufgelöst.

Trotz mancher unerfüllter Erwartungen ist die Bilanz der mit dem Einigungsvertrag verbundenen Konsolidierungsmaßnahmen respektabel. Von 1991 bis 1994 hat der Bund rund 3,3 Milliarden DM zur Finanzierung von kulturellen Sonderprogrammen bereitgestellt. Das im Vordergrund stehende „Substanzerhaltungsprogramm“ (für das etwa zwei Drittel aller Mittel bestimmt waren) sollte Einrichtungen sichern, die schon zuvor bestanden hatten. Das „Infrastrukturprogramm“ richtete sich auf die Modernisierung und förderte verschiedene Aktivitäten in den Bereichen Kunst und Kultur. Für den Erhalt historischer Stadt- und Dorfkerne sowie für die Renovierung von Denkmälern hat der Bund zwischen 1991 und 1997 insgesamt rund 2,3 Milliarden DM bereitgestellt.¹²

⁹ Vgl. dazu Eckhart Gillen, *Die Kunstszenen der DDR als Familienbande. Über Verrat, Anpassung und Widerstand in einem protestantischen Land*, in: DA, (2010) 2, S. 315 f.

¹⁰ Zit. nach: Gabriele Muschter, *Kulturentwicklung in den neuen Bundesländern*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Bonn 1993, S. 421 f. Im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ vom Dezember 2007 heißt es deutlich positiver akzentuiert: „Künstler und Kulturschaffende in der DDR haben in der Zeit der deutschen Teilung einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung von Kunst und Kultur in Deutschland geleistet.“ (BT-Drucksache 16/7000, S. 202)

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. Rüdiger Thomas, „Sich ein Bild machen“. Auf der Suche nach einer gemeinsamen Kultur, in: Wolfgang Thierse/Ilse Spittmann-Rühle/Johannes L. Kuppe (Hrsg.), *Zehn Jahre Deutsche Einheit*, Opladen 2000, S. 248.

Nachdem der Bund-Länder-Finanzausgleich in Kraft trat, der die Finanzausstattung der neuen Länder verbessert hat, beteiligt sich der Bund seit dem 1. Januar 1995 im Wesentlichen nur noch mit zusätzlichen Mitteln an der Förderung national bedeutsamer Kultureinrichtungen, den so genannten „Leuchttürmen“, die in einem erstmals 2001 erschienenen „Blaubuch“ registriert sind. Die Liste umfasst derzeit 20 Einrichtungen. Ihre Auswahl wird durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Abstimmung mit den Kultusministern der neuen Länder vorgenommen. Dazu zählen die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die Staatlichen Kunstsammlungen und das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden, das Bach-Archiv, das Museum der bildenden Künste und das Grassi-Museum in Leipzig, die Kunstsammlungen Chemnitz, das Lindenau-Museum in Altenburg, die Staatliche Galerie Moritzburg, die Franckeschen Stiftungen und das Händel-Haus in Halle, das Bauhaus Dessau und das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, die Stiftung Weimarer Klassik, die Stiftung Luthergedenkstätten in Wittenberg und Eisleben, die Wartburg-Stiftung in Eisenach, die Mecklenburgischen Kunstsammlungen, Schlösser und Gärten, die Fürst-Pückler-Parkanlagen und Schlösser in Bad Muskau und Branitz sowie das Deutsche Meeresmuseum in Stralsund, Europas „Museum des Jahres“ 2010.

Der Hauptstadtvertrag sicherte Berlin ab 1996 eine Kulturförderung von 420 Millionen DM jährlich zu. Da dieser Vertrag Ende 1999 ausgelaufen ist, besteht bis heute keine verbindliche gesetzliche Regelung für die finanzielle Förderung der Kultur in Berlin durch den Bund. Allerdings hat seit 1. September 2006 der neu gefasste Artikel 22 GG festgelegt, dass die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt Aufgabe des Bundes ist. Das Nähere wird einem Bundesgesetz vorbehalten, das noch nicht erlassen worden ist, sodass sich die Zuweisung von Finanzmitteln des Bundes an das Land Berlin bisher weiter auf Einzelvereinbarungen stützt. Nach Angaben der Bundesregierung bewegten sich die Kulturausgaben des Bundes in Berlin in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts zwischen knapp 300 (2001) und 360 Millionen Euro (2008).¹³ Die

¹³ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 16/13348 (12.6.2009).

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ konstatierte Ende 2007: „Kultur in der Hauptstadt zielt nicht auf repräsentative Staatskultur. Die kulturellen Institutionen Berlins sind vielmehr Podien ästhetisch begründeter Weltoffenheit.“¹⁴

Akademie der Künste und PEN

Auf institutioneller Ebene haben die Protagonisten des deutsch-deutschen Kulturstreits ihren Dissens erst nach Jahren schlichten können. Nach schwierigen Diskussionen, an denen sich der Ostberliner Akademiepräsident Heiner Müller mit der Idee einer Europäischen Akademie engagiert beteiligt hatte, konnte 1993 nach einer komplizierten administrativen Prozedur die Akademie der Künste Berlin-Brandenburg gegründet werden, die aus den Akademien der Künste in Ost- und West-Berlin hervorgegangen ist.

Weit schwieriger gestaltete sich die Zusammenführung der beiden deutschen PEN-Zentren. Die Diskussion um die Verstrickung von Autoren und Verlegern in die Mechanismen des Überwachungsstaates führte zu anhaltenden Konfrontationen, die erst durch Joachim Walthers ernüchternde, ebenso materialreiche wie abgewogene Darstellung zum „Sicherungsbereich Literatur“ (1996) eine klärende Beruhigung finden sollte. Es sollte noch langer Debatten bedürfen, ehe am 30. Oktober 1998 die Vereinigung gelang: Als versöhnliche Geste und aus Respekt vor seiner politischen Integrität wurde Christoph Hein zum ersten Präsidenten des vereinigten PEN-Zentrums Deutschland gewählt, dem 2002 Johano Strasser folgte. Mit Hein wurde ein Schriftsteller gewürdigt, der in seinen Büchern nicht nur Kindheitserinnerungen an ein zerrissenes Land beschworen („Von allem Anfang an“, 1997), sondern sich auch als Chronist einer zwiespältigen deutschen Gegenwart („Willenbrock“, 2000) erwiesen hat.

Gebaute Kultur

Dass sich Kultur auch in Bauwerken und Architekturensembles öffentlichkeitswirksam darstellt, hat sich seit 1990 an verschiedenen Beispielen eindrucksvoll gezeigt. Die Neuge-

¹⁴ BT-Drs. 16/7000, S. 203.

staltung der Berliner Museumsinsel, die seit 1993 durch drei Masterpläne projektiert und fortgeschrieben wurde, an denen der Londoner Architekt David Chipperfield maßgeblich beteiligt war, hat neben der vollständigen Sanierung vor allem durch die Wiederherstellung des Neuen Museums, das Ende Oktober 2009 für das Publikum eröffnet worden ist, weltweite Anerkennung gefunden.

Besonders die Wiedererrichtung der Dresdener Frauenkirche hat gezeigt, welche Bedeutung Architekturdenkmäler für die gesellschaftliche Identitätsbildung haben können. Ein Wiederaufbau der verstörenden Ruine, die zu DDR-Zeiten im Zentrum der Elbmetropole als Mahnmal erhalten worden war, wurde schon seit 1985 nach der Eröffnung der Semperoper in der Langzeitplanung erwogen. Doch erst der „Ruf aus Dresden“, der am 12. Februar 1990, dem 45. Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Krieg, die Menschen in aller Welt mobilisieren sollte, mit dem Wiederaufbau ein „Haus des Friedens“ zu ermöglichen, brachte einen Prozess in Gang, der nach dem Wiederaufbaubeschluss der sächsischen Landessynode (März 1991) in knapp zehn Jahren mit der Weihe des einzigartigen Bauwerks von George Bähr am 30. Oktober 2005 seinen kuppelgekrönten Abschluss fand. Die Gesamtkosten betrugen rund 180 Millionen Euro. Es ist ein beispielloser Vorgang, dass von dieser Summe nahezu zwei Drittel durch Spenden aufgebracht worden sind.

Weitere ermutigende Initiativen stellten Neugründungen von Museen dar. Bereits 1990 wurde die von Klaus Werner initiierte Galerie für Zeitgenössische Kunst im Rahmen einer gesamtdeutschen Stiftungsinitiative durch einen Förderkreis ins Leben gerufen. Im selben Jahr, in dem in Bonn das Haus der Geschichte eröffnet wurde (1994), konnte in Leipzig die Ausstellung „Zum Herbst 89. Demokratische Bewegung in der DDR“ als erstes Arbeitsergebnis einer Projektgruppe präsentiert werden, die 1999 als Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (ZFL) im Rahmen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit den Standorten Bonn und Berlin eigene Ausstellungsräume eröffnet hat. Das ZFL hat kulturhistorische Ausstellungen präsentiert, die stets durch eine gesamtdeutsche Perspektive bestimmt waren. Der erste und bedeutendste Museumsneubau wurde in Leipzig errichtet. Das Museum für bildende

Künste am Augustusplatz war 1943 zerstört worden; seit 1952 hatten die Bestände der bedeutenden Bürgersammlung ihren Platz im Reichsgericht gefunden, das sie 1997 verlassen mussten, weil hier das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz erhielt. Der quaderförmige neue Museumsbau auf dem Sachsenplatz konnte am 4. Dezember 2004 eröffnet werden. Zu den Kosten von rund 74,5 Millionen Euro hat der Bund etwa 30 Millionen beigetragen.

Nicht immer ist es gelungen, mit einem Architekturprojekt zur kulturellen Identitätsbildung beizutragen. Dies wird deutlich, wenn man den Blick auf die Fata Morgana des Berliner Stadtschlösses richtet, das sich seit dem parlamentarischen Wiederaufbaubeschluss 2002 und dem vollständigen Abriss des Palastes der Republik auf unabsehbare Frist als größte kulturelle Leerstelle der deutschen Demokratie zu erweisen droht. Der aktuelle Sparzwang hat die Bundesregierung veranlasst, den für dieses Jahr geplanten Baubeginn für das Projekt, das die Barock-Fassade mit einer modernen Innengestaltung auf der Grundlage eines Entwurfs des italienischen Architekten Francesco Stella verbinden sollte, zunächst bis 2014 zurückzustellen, um die in Höhe von 552 Millionen Euro vorgesehenen Aufwendungen des Bundes einzusparen. Wie zurückhaltend die Bevölkerung auf den Wiederaufbau des Hohenzollernschlösses und auf den Abriss des Palastes der Republik reagierte, zeigt eine aktuelle Forsa-Umfrage, in der 80 Prozent der Berliner erklärten, sie könnten auf das Schloss verzichten. Die Entwicklung eines „Humboldt-Forums“ in der Mitte der Stadt, das, der Museumsinsel benachbart, einen Dialog der Weltkulturen in Szene setzen sollte, ist bis heute ohne klare Kontur und nachhaltige Resonanz geblieben.

Film – Literatur – bildende Kunst

Schon 1990 waren Stimmen laut geworden, die „den“ Roman zur Wiedervereinigung forderten – eine merkwürdige Verkennung des Vermögens von Schriftstellern, das aktuelle Geschehen und die damit verbundenen mentalen Entwicklungsprozesse künstlerisch synchron zu gestalten. Allerdings ist es Autoren wie Günter de Bruyn¹⁵ oder Monika

¹⁵ Günter de Bruyn, *Jubelschreie, Traueresänge*, Frankfurt/M. 1991; ders., *Deutsche Zustände*, Frankfurt/M. 1999.

Maron¹⁶ in pointierten Essays gelungen, Mentalitäten und Habitusformen zu analysieren, die sich in der ostdeutschen Gesellschaft unter den Bedingungen der SED-Diktatur entwickelt haben. Das gilt auch für die vor allem im Westen viel beachteten sozialpsychologischen Studien von Hans-Joachim Maaz¹⁷ und Annette Simon¹⁸ oder für die soziologischen Analysen von Wolfgang Engler,¹⁹ in denen er den Mentalitätswandel von der „arbeiterlichen Gesellschaft“ in der DDR zur „Transfergesellschaft“ elaboriert. Dabei versteht er die Ostdeutschen in den Widersprüchen einer Gesellschaft, der die Arbeit auszugehen droht, als neue Avantgarde, weil sie von den Wirkungen massenhafter Arbeitslosigkeit besonders betroffen ist und damit herausgefordert wird, einen neuen Lebensstil zu entwickeln.

Es waren vor allem Filme, die für ein breites Publikum die Spannweite der Rückblicke auf einen untergegangenen Staat mit einer in den Westen katapultierten Gesellschaft gezeigt haben. Diese bilden besonders ermutigende Beispiele für ein Zusammenwirken von Regisseuren und Schauspielern aus dem ehemals geteilten Land. Thomas Brussig hat mit seiner surrealen Mauerfall-Groteske „Helden wie wir“ (1995) und seiner das Leben ostdeutscher Jugendlicher am Rande der Mauer liebevoll-ironisch schildernden Erzählung „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“ (1999), von Leander Haußmann kongenial verfilmt, mit Witz und ironischer Distanz auf die DDR zurückgeblickt. Doch erst Wolfgang Becker ist es mit dem Film „Good Bye, Lenin!“ (2003) gelungen, in einer grotesken Geschichte die Widersprüche aufzudecken, die sich für Ostdeutsche der älteren Generation zwischen dem enttäuschten Glauben an eine sozialistische Utopie mit der Realität einer sklerotischen Diktatur ergeben haben. Statt nostalgische Gefühle zu beleben, löste die Geschichte befreiendes Lachen aus. Der Film wurde von mehr als sechs Millionen Kinobesuchern gesehen, mit deutschen

Auszeichnungen überschüttet und mit europäischen Filmpreisen gewürdigt. Diesen Erfolg hat Florian Henckel von Donnersmarcks „Das Leben der Anderen“ (2006) noch übertroffen, der – zwischen beklemmender Entlarvung der Täter und Empathie mit den Opfern changierend – das Drama eines Konflikts zwischen dem Stasi-Apparat und der Ost-Berliner Kulturszene schildert. Neben dem Europäischen Filmpreis errang das Werk den Oscar für den besten ausländischen Film.

In der Literatur sind die Bücher von Günter Grass „Ein weites Feld“ (1995), Ingo Schulze „Simple Storys“ (1998) und Uwe Tellkamp „Der Turm“ (2008) sowie Christa Wolfs soeben erschienenen Buch „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“ signifikante Beispiele für die künstlerische Auseinandersetzung mit einer Vergangenheit, die abgeschlossen scheint, aber nicht abgegolten ist. Christa Wolfs neues Buch fokussiert einen Studienaufenthalt als Scholar des Getty Center in Santa Monica 1992/93. Die Erzählerin verknüpft autobiografische Erinnerungen mit zeithistorischen Reminiszenzen und öffnet in fiktionalen Passagen Dialogräume, in denen widerspruchsvolle Erfahrungen vielfältiger situationsgebundener Lebensgeschichten facettenreich reflektiert werden. Es ist eine emphatische Elegie, desillusioniert vom Utopieverlust, doch nicht ohne Selbstermutigung.

Ein bemerkenswerter Vorgang war die Verleihung des Georg-Büchner-Preises an den jungen, aus Dresden stammenden Lyriker und Essayisten Durs Grünbein im Jahr 1995. Der 1962 geborene Autor hatte in seinem durch Heiner Müller vermittelten literarischen Debüt im renommierten Suhrkamp Verlag („Grauzone morgens“, 1988) die beklemmende Atmosphäre einer niedergehenden Diktatur beschworen, sich in seinen späteren Werken aber zunehmend auf bis in die Antike zurückweisende historische Horizonte bezogen. Grünbein steht für viele Autoren der jungen Generation, die sich in ihrem Schaffen nicht durch die Last der Vergangenheit einengen lassen wollen. Sein Gedicht-Zyklus „Europa nach dem letzten Regen“ (1996) enthält die Zeilen: „Zerrissen ist das Blatt vorm Mund, Geschichte –/Geht mir der Staubwind wirklich nah/der alles auslöscht?“²⁰ Eine ver-

¹⁶ Monika Maron, Zwei Brüder. Gedanken zur Einheit 1989–2009, Frankfurt/M. 2010.

¹⁷ Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990.

¹⁸ Annette Simon, Versuch, mir und anderen die ostdeutsche Moral zu erklären, Gießen 2000; dies., „Bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin“. Versuch über ostdeutsche Identitäten, erw. Neuausg., Gießen 2009.

¹⁹ Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999; ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.

²⁰ Durs Grünbein, Nach den Satiren, Frankfurt/M. 1999, S. 150.

meintliche Abkehr von der Zeitgenossenschaft hat sich bei Grünbein zuletzt wieder in eine Annäherung an aktuelle Befindlichkeiten der vereinten Deutschen gewandelt, wobei er im Oktober 2009 nostalgische Wehleidigkeiten heftig attackiert hat.¹¹ Nur wenige Autoren haben den Versuch, erlebte Geschichte in ihrem Werk zu erfassen, so eindringlich unternommen wie Volker Braun (1939 in Dresden geboren), der fünf Jahre nach Grünbein 2000 den Büchner-Preis erhielt. Er hat das bleierne Klima beschrieben, das die Endzeit der DDR prägte, ebenso die vom Utopieverlust bestimmte Mischung aus Melancholie und Resignation, die „Nach dem Massaker der Illusionen“ erwächst, wie ein Gedicht von 1996 überschrieben ist.¹² Volker Braun ist der Chronist mentaler Prozesse, in denen die Widersprüche zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Abhängigkeit, Eigen-Sinn und Ohnmacht in poetischen Bildern zum Vorschein kommen, Nähe und Ferne erkennen lassen, die Deutsche in Ost und West verbindet und trennt.

In der bildenden Kunst sind die spektakulären Erfolge von Künstlern der Neuen Leipziger Schule, unter denen Neo Rauch herausragt, besonders aufschlussreich für Impulse, die sich aus dem Zusammenprall ästhetischer Konzepte nach der Vereinigung ergeben haben. Unter den Leipziger Kunststudenten der 1990er Jahre, die auch international starke Beachtung gefunden haben, sind mit David Schnell, Matthias Weischer oder Tim Eitel ebenso junge Westdeutsche wie Künstler ostdeutscher Herkunft. Was sie verbindet, ist das Anknüpfen an eine malerische Perfektion, die für die Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst charakteristisch war.

Das vielleicht wichtigste Ergebnis im kulturellen Einigungsprozess dürfte in der Tatsache bestehen, dass sich in den jüngeren Generationen die Unterschiede zwischen Ost und West nahezu vollständig verwischt, ja aufgehoben haben. Dieser Neuanfang ist ein Zeichen der Ermutigung für eine Zukunft, in der wir das kulturelle Erbe der Vergangenheit zunehmend deutlicher als gemeinsamen Erinnerungsraum erkennen.

¹¹ Ders., Unfreiheit. Rede in der Frauenkirche zu Dresden am 6. 10. 2009, in: DA, (2009) 6, S. 983–992.

¹² Volker Braun, Tumulus, Frankfurt/M. 1999, S. 28.

Felix Ringel

Hoytopia allerorten? Von der Freiheit zu bleiben

Es ist schon mehr als 20 Jahre her, dass die Menschen in Ostdeutschland auf die Straße gingen. Zwei Grundwerte waren es, für die sie damals kämpften: Demokratie und Freiheit. Während der Ruf nach Demokratie vor allem den Wunsch nach transparenter politischer Mitgestaltung enthielt, ist das Ideal der Freiheit ein weitaus komplizierteres und unstetere*s* Gut¹ und allemal mehr als Meinungs- und Reisefreiheit, welche in den Jahren der

Felix Ringel

MPhil (Social Anthropology), geb. 1981; Doktorand der Sozialanthropologie an der University of Cambridge; lebte zur Erforschung der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland für 16 Monate in Hoyerswerda bei verschiedenen Gastfamilien; Sidney Sussex College, Sidney Street, Cambridge CB2 3HU, England/UK. fr247@cam.ac.uk

„Wende“ im Forderungskatalog ganz oben standen. Ständig muss sie neu erkämpft und ausgehandelt werden, auch im wiedervereinten Deutschland. Von verschiedenen sozialen Gruppen werden einzelne Freiheiten unterschiedlich definiert und gewertet, was nicht selten zu harten ideologischen Machtkämpfen führt. Wie viel Freiheit brauchen der Markt, das Individuum, das Bankenwesen? Wer garantiert diese Freiheit, und zu Ungunsten welcher anderen Grundrechte? Wie viel Sicherheit, wie viele Wahlmöglichkeiten brauche ich, um Freiheit ausüben zu können?

Ich will versuchen, diese wichtigen und ganz praktischen Fragen mit Bezug auf eine typische und doch besondere ostdeutsche Kleinstadt zu beantworten. Dabei geht es auch um die Frage, wie eine Gesellschaft mit Schrumpfungsprozessen, mit Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert umgeht.² Die ostdeutschen Schrumpfungs- und Lebensexperten haben dazu vieles beizutragen.

Avantgardestadt, Teil 2

Hoyerswerda liegt mitten in der Lausitz. Nördlich der Stadt, in Richtung Cottbus, fin-

det man vor allem vier Dinge: Kiefernwälder, Sand, die darunterliegende Braunkohle und die mit Wasser aufgefüllten Restlöcher früherer Tagebaue. Südlich, in Richtung Dresden, und östlich, in Richtung Görlitz, erstrecken sich die Oberlausitzer Berge, Heimat der Obersorben, die wie ihre niedersorbischen Freunde im Norden so manche christlich-slawische Tradition am Leben halten. In Hoyerswerda wird man schnell der außergewöhnlichen Geschichte dieses ehemaligen Ackerbürgerstädtchens am Fluss Schwarze Elster gewahr: Wo man sonst nur Schloss, Kirche und Marktplatz vermutet, gesellt sich hier zum idyllischen Kleinstadtensemble eine beeindruckende Plattenbausiedlung – die Neustadt, einst zweite Sozialistische Modellstadt der DDR.

In Hoywoy, wie die Neustädter ihr neues Zuhause nannten, folgte man architektonisch der Bauhaus-Moderne. Zehn Wohnkomplexe sollten bis zum Ende des Staatssozialismus dessen Idealen entsprechend für den neuen sozialistischen Menschen hervorragende Wohn- und Lebensqualitäten schaffen. Die Stadt wuchs in jener Zeit von anfangs 7000 auf mehr als 70 000 Einwohner. Es kamen vor allem junge Familien auf der Suche nach Arbeit und einer Wohnung mit in Nachkriegsjahren rarem modernem Komfort: Warmwasser, eigenes Bad, Fernheizung. Schnell wurde Hoyerswerda bei einem Durchschnittsalter der Einwohner von knapp 27 Jahren zur jüngsten und kinderreichsten Stadt der DDR. Die Schwarze Pumpe, das nahe Braunkohlkombinat, erblühte ebenso wie die für sie errichtete Werkssiedlung. Die Berg- und Energiearbeiter hatten allerhöchste Priorität, sicherten sie doch die energiepolitische Unabhängigkeit der jungen Republik.

In nur 20 Jahren hat sich die Hauptstadt des Lausitzer Reviers von ihrer einst strahlenden Zukunft verabschiedet. Zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung macht Hoywoy vor allem eins: Es schrumpft. Damit ist es jedoch nicht allein getan. Im Gegenteil, ganz Ostdeutschland kämpft mit einer stetig geringer

und älter werdenden Bevölkerung, mit sich entleerenden Dörfern und Landschaften[¶] – und den vielen Problemen, die mit einem derartigen demografischen Wandel einhergehen. Diese beschäftigen zunehmend auch Regionen hinter den ehemaligen Grenzen der DDR. Ganz Europa reproduziert sich nicht mehr so, dass es für eine stabile Bevölkerungsentwicklung ausreicht.[¶] Würden Migranten nicht das „Humankontingent“ stärken, wäre Schrumpfung allerorten ein Thema. Hoywoy ist, wenn auch unerwartet und ungewollt, wieder zur Avantgardestadt geworden, und mit ihr die Ostdeutschen zu neuen Lebensexperten.

Was musste passieren, dass eine Stadt innerhalb so kurzer Zeit über die Hälfte ihrer Bürgerinnen und Bürger verlor, nun zur ältesten Stadt Deutschlands wird und bereits ungefähr ein Drittel ihres Wohnungsbestandes vernichtet oder zurückgebaut hat, wie es im euphemistischen Amtsdeutsch heißt? Die Frage lässt sich schwer beantworten – und da wären wir schon beim eigentlichen Problem. Wer ist denn nun, wenn überhaupt, „gescheitert“ in den fünf mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Bundesländern? Die DDR, die nach westlichen Standards ein scheinbar marodes Erbe hinterließ? Die Macher der Wiedervereinigung, die es augenscheinlich nicht verstanden, zwei grundsätzlich unterschiedliche Systeme über Nacht reibungslos zu einem zu machen? Oder das bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem, das der Wiedervereinigung und dem Transformationsprozess Ost nicht zur vollen Zufriedenheit Herr werden konnte?

Jede singuläre Schuldzuweisung ist zum Scheitern verurteilt. Es bleibt eine Tatsache, dass die ostdeutschen Städte und Gemeinden tendenziell andere, oft gravierendere Probleme zu lösen haben als ihre westdeutschen Partner. Wer auch immer für diese Probleme

[¶] Vgl. Wolfgang Engler, *Unerhörte Freiheit. Arbeit und Bildung in Zukunft*, Berlin 2007; ders., *Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft*, Berlin 2005.

[¶] Vgl. einführend zum Folgenden das Heft „Städtepolitik“, APuZ (2003) 28, bes. den Beitrag von Christine Hannemann, S. 16–24.

[¶] Vgl. Wolfgang Engler, *Friede den Landschaften! Impressionen und Phantasien zur politischen Geographie Ostdeutschlands*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2001) 7, S. 872–879; aber auch Wolfgang Kils exzellente Publikationen, vor allem *Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt*, Wuppertal 2004.

[¶] Aus globaler Sicht schrieb der englische Journalist Fred Pearce, *Peoplequake. Mass migration, Ageing Nations and the Coming Population Crash*, London 2010.

anteilig verantwortlich ist, sollte überlegen, wie er bei deren gegenwärtigen Lösung helfen kann.

Die verbliebenen rund 37 000 Hoyerswerdaer brauchen jede Unterstützung. Denn die Schrumpfung hat noch lange nicht aufgehört: Bis zum Jahr 2020 könnte die Bevölkerung auf unter 25 000 Menschen sinken. Neben den persönlichen Schicksalen und ungewollten Veränderungen bereitet vor allem die gefährdete Lebensqualität den Dableibern Sorgen. Es wird schließlich nicht nur an allen Ecken abgerissen. Die Schrumpfung ist so komplex, dass sie alle Lebensbereiche betrifft: Ob Kindergärten, Schulen oder Sportvereine, Arztpraxen, Apotheken oder das lokale Fitnessstudio, die Kneipe an der Ecke oder das schönste Edelrestaurant, der Skat- oder Kunstverein – alle müssen bei weniger Menschen und (damit verbunden) weniger finanziellen Mitteln um ihre Zukunft bangen. Neuerdings werden selbst die Kanalisationsleitungen verkleinert, weil zu wenige Bewohner ihre Abwässer durch diese pumpen. Die einzigen, die unter solchen Umständen auf Gewinne hoffen können, spöttelt man, sind Altenpfleger und Bestatter. Und Wolfsexperten – denn es gibt in postindustriellen Zeiten wieder Wölfe in der Lausitz. Blühende Landschaften.

Mobilitätsprobleme

Welche Perspektive gibt man denen, die nicht weggehen? Findet man sich mit dem Wegzug der anderen einfach ab? Besteht eine Chance für deren eventuelle Heimkehr? Wenn es um Schrumpfung geht, widersprechen sich verschiedene Interessen und Freiheiten. Gerade für die Mobilitätsfreiheit wurde einst gestritten. Auch die Europäische Union (EU) will die freie Wahl von Wohn- und Arbeitsort möglichst schrankenfrei und problemlos garantieren. Da soll jeder gerne ziehen können, wohin er will: freier Markt, freies Land, freie Bürger. Doch die Folgen für die Gemeinwesen, die nicht durch eine stabile oder expandierende Wirtschaft Leute anziehen, sind, gelinde gesagt, existentiell. Wie positioniert sich die Gesamtgesellschaft, also Gewinner wie Verlierer des neuen demografischen Karussells?

Wegzugehen fällt vielen Hoyerswerdaern nicht leicht. Obwohl die Ferne ihren Reiz hat, würden viele gerne bleiben: „Wenn man

nur einen Job hier bekommen könnte ...“ Obwohl Menschen schon immer und überall ihre gewohnten Gefilde verließen, sind die damit einhergehenden Schwierigkeiten in Ostdeutschland und speziell in Hoyerswerda anderer Natur. Die Dimensionen der Veränderungen haben unvorhergesehene Ausmaße angenommen. Jeder Mensch, der geht, stellt das langfristige Überleben des eigenen Gemeinwesens in Frage. Nicht nur sterben mehr Menschen als geboren werden, auch gehen mehr, als kommen. Zusätzlich ist Hoyerswerda so rapide im Wandel begriffen, dass die Hoffnung auf eine Wiederkehr der Exilhoyerswerdaer oft schnell erlischt. Der nächste Besuch bei den Lieben zu Hause kann einen unverhofft mit dem Abriss einer alten Heimstätte oder der Schließung einer liebengewonnenen Kultureinrichtung konfrontieren. Sind erst die besten Freunde über alle Berge, zieht einen bald nichts mehr nach Hause. Ohne die Option zur Rückkehr verschärfen sich aber auch die üblichen Probleme gesteigerter Mobilität: Wie kümmere ich mich aus der Ferne um meine Familienmitglieder? Was mache ich, wenn die älteren Verwandten meine Hilfe brauchen? Wie bin ich da für Freunde in Not? Kurzum: Wird es langfristig überhaupt noch ein Zuhause mit dem uneingeschränkten Wohlgefühl des Dazugehörens geben?

Wie viele Menschen in der ganzen Welt, so sind auch die Hoyerswerdaer zu neuen Beziehungsexperten geworden. Alles, was neue technologische Errungenschaften hergeben, wird eingesetzt. Über Skype sieht und hört man die Kinder im fernen Neuseeland oder liest im liebevoll gepflegten Blog über deren Abenteuer in Costa Rica. Die eine oder andere Mail wird über den halben Globus gesendet oder eben in die Nähe von Köln, München oder Hamburg. Dazu plant man über Telefon und Internet ganz selbstverständlich Urlaubs-, Feier- und Festtage lange im Voraus, um die kostbare Zeit miteinander voll und ganz genießen zu können. Neue Freiheiten erzwingen neue Formen des Miteinanders, vielleicht sogar mehr Kreativität und Flexibilität in der eigenen Lebensgestaltung. Trotzdem hat jede Flexibilität Grenzen.

Wenn man über die Flexibilisierung der internationalen Arbeits- und Finanzmärkte spricht, wird oft vergessen, dass der Mensch auch das Recht, also die Freiheit haben sollte, selbst zu entscheiden, ob er Teil dieser nicht

enden wollenden Transfers und Interaktionen sein will. Was ist, wenn ich in Hoyerswerda bleiben möchte – weil es mir dort gefällt, weil meine Freunde und meine Familie da sind, weil ich dort gebraucht werde? Habe ich in der Art und Weise, wie wir unsere heutige Gesellschaft organisieren, die Freiheit, diese Frage *frei* zu beantworten? Habe ich neben der vermeintlichen Freiheit, überall hingehen zu können, auch die Freiheit, mich dieser Wahl zu entziehen? Die mannigfaltigen Wahlmöglichkeiten sollten nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass die Anforderung zum Gehen selbst meist unfreiwillig ist. Doch bei wem kann ich die *Freiheit zu bleiben* einfordern?

Neue Verantwortlichkeiten

Der Wert jedes einzelnen Menschen ist groß in Hoyerswerda. Jeder, der bleibt oder kommt, wird gebraucht – nicht nur als Konsument, Patient, Schüler oder Kunde. In einer Situation, die vielen Menschen in ihrer Dimension als fundamental *neu* und *problematisch* erscheint, wird jede verrückte Idee, jeder verquere Geistesblitz benötigt. Man will schließlich Hoytopia (wieder)errichten. Es geht im Prozess der Schrumpfung grundsätzlich um eine Neubewertung städtischen Lebens, sozialen Zusammenhalts und eines gesicherten und qualitätsvollen Daseins. Ein neues Repertoire an Ideen und Lösungsansätzen, an adäquaten Perspektiven und treffsicherem Vokabular muss erstellt werden. Als ehemalige (und neue) Avantgardestadt hat Hoyerswerda Erfahrung mit derlei goldgräberisch-abenteuerlichem Elan. Zurzeit fehlen oft das nötige Selbstvertrauen, die damit einhergehende geistige Flexibilität und die materiellen Mittel, um kreativ neue Wege zu gehen. Eher macht sich Angst um die Abnahme nötiger wirtschaftlicher oder staatlicher Unterstützung breit. Doch wie viel Verantwortung kann man vom Staat überhaupt für eine schrumpfende Stadt einfordern? War es doch gerade dieser Staat, der die industriellen Strukturen der DDR zur Sanierung preisgab, so dass, oft chancenlos, als Resultat nur die „Deökonomisierung“ des Ostens^f zu konstatieren ist. Wie geht man mit diesen Problemen um und versucht trotz aller Missstände Zukunft zu gestalten?

^f Vgl. C. Hannemann (Anm. 2).

In der ersten Dekade nach der Wiedervereinigung wurde vor allem die Wirtschaftsförderung als Garant für eine bessere Zukunft gehandelt. Mittlerweile merkt man, dass die internationalen, aber auch die nationalen Investitions-, Finanz- und Warenströme häufig an peripheren Regionen vorbeifließen. Die Hoffnung auf eine Solarfabrik, das „Karl-May-Land“ oder andere Impulsgeber einer globalisierten Wirklichkeit waren leider unbegründet. Die sich erholende Wirtschaft kann das Schicksal dieser schrumpfenden Stadt nicht retten. Umgekehrt: Wird in diese Negativentwicklung nicht eingegriffen, laufen die gesunden Wirtschaftskerne der Region Gefahr, ihre wichtigste Grundlage zu verlieren. Fachkräftemangel lautet das neue Schlagwort: Um Fachkräfte in meine Gegend zu ziehen, muss ich im Wettkampf der sich entleerenden Regionen etwas Einzigartiges bieten können. In Hoyerswerda punktet man mit dem Lausitzer Seenland, der lebendigen Soziokultur und einer, wenn auch bedrohten, exzellenten Infrastruktur, was Sport, Freizeit, Medizin und Shopping angeht – alles weiche Standortfaktoren. Wer aber hält diese am Leben?

Der Staat gerät in die Pflicht, wenn die lokale Wirtschaft gewisse Grundfunktionen aus eigener Kraft nicht mehr aufrechterhalten kann. Doch hat der Staat seit geraumer Zeit gebetsmühlenartig die Idee der Zivilgesellschaft ins Feld geführt: Um „Leistungen“ wie Kultur und diverse soziale Belange sollen sich ehrenamtliche Vereine und bürgerschaftliche Gruppen kümmern. Dass ein derartiges Engagement ein Mehr an Mitbestimmung und Demokratie bedeutet, leuchtet ein. Der Staat muss dafür die nötige Unterstützung bereitstellen und einer derartigen Form von Arbeit Wert und Chance geben.¹⁶ Der Ruf nach der Zivilgesellschaft darf daher nicht mit Kürzungen der Mittel einhergehen, die ehemals für entsprechende Projekte bereitstanden. Der Osten Deutschlands braucht eine finanzielle und infrastrukturelle Grundlage, um sein zivilgesellschaftlich getragenes Zusammenleben auszubauen. Doch kann die Zivilgesellschaft nicht alles. Der ländliche Raum,

¹⁶ Vgl. einführend Elke Becker/Enrico Gualini/Carolin Runkel/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Stuttgart 2010, bes. den Beitrag von Heike Liebmann, *Zivilgesellschaft unter Schrumpfungsbedingungen*, S. 71–84.

wird er nicht aufgegeben, muss anders, kreativer und vor allem konzeptionell umfassender unterstützt werden.

Schrumpfungs-, nein: Lebensexperten

Einer jener Akteure, die sich über mehr Sicherheit freuen würden, ist Rosemarie, Chefin von „Spätlese“ e.V. Hoyerswerda. Wie jeder Verein in einer schrumpfenden Stadt ist Rosemaries größtes Problem der Nachwuchs. Das dürfte für einen Seniorenverein überraschen. Das hohe Durchschnittsalter von knapp 50 Jahren hat Hoyerswerda in nur 40 Jahren von der jüngsten zur ältesten Stadt Deutschlands gemacht. Da müssten sich genug rüstige Senioren finden lassen. Doch auch diese, so wurde in den vergangenen Jahren beobachtet, verlassen nun die Stadt. Einige ziehen ihren Kindern hinterher. Ab einem gewissen Alter will man näher bei der Familie sein – für alle Fälle. Andere finden paradoxerweise nicht den gewünschten sanierten Wohnraum. Und man wird, denkt Rosemarie, im Alter eben auch bequemer.

Immerhin mehr als 60 Mitglieder zählt der Verein. Jeden Mittwoch trifft man sich im Wohnkomplex Nr. 3 im Bistro zum Kaffeenachmittag. Man(n), oder eher Frau, erzählt sich, wem es wie ergangen ist und was Neues ansteht. Gelegentlich wird heiter getanzt, es werden größere Feiertage zelebriert, Konzerte besucht oder eigene Modenschauen organisiert. Alle paar Monate geht man auf Reisen, ob zum Kurausflug in die Lausitz oder über einige Tage weiter weg. Alles ganz normal – doch spielt die Schrumpfung natürlich auch in Rosemaries Vereinsarbeit eine Rolle. In Zeiten klammer öffentlicher Kassen wird auf den regulären Vorstandssitzungen viel über Geldsorgen geredet. Nicht alle können sich die Fahrten leisten. Zur Aufstockung der Vereinskasse sammelt man Altpapier und verkauft Selbstgehäkeltes und -gestricktes auf Stadtfesten. Dabei versucht man, neue Mitglieder zu werben oder Allianzen mit anderen Vereinen zu schmieden. Das eingenommene Geld wird benötigt für Blumensträuße, Geburtstags- und Trauerkarten. Man gestaltet Leben halt zusammen, vor allem, weil die eigenen Kinder oft fern der Heimat leben. Einige Mitstreiter werden sogar eine Zeit lang gepflegt oder regelmäßig im Krankenhaus besucht. Rosemaries Ehrenamt ist fast eine

Vollzeitstelle. Wahrscheinlich unwissentlich ist sie, wie viele andere, zur Schrumpfungs- und Lebensexpertin geworden. Das erzwingt die Unsicherheit, der sie sich fortwährend im Alltag stellen muss.

Andere Lebensbereiche haben ähnliche Probleme: Typisch DDR, typisch Hoyerswerda – wo viele Plattenbauten errichtet wurden, gab es stets Bedarf nach dem eigenen Fleckchen im Grünen. Die zahllosen Schrebergartenvereine der Stadt zeugen davon. Auch sie stellen sich in der Schrumpfung neuen Herausforderungen. Die gute alte Datsche, selbst wenn die Sparte noch immer „Frohe Zukunft“ heißt, ist bei jungen Leuten weniger gefragt. Viele ältere Menschen schaffen es nicht mehr, sie satzungsgemäß in Schuss zu halten. Wird man langfristig auch Schrebergärten zurückbauen? Was macht man in der Zwischenzeit, wenn viele ihr Gartenidyll noch behalten wollen? Langfristig wird man einzelne Kolonien zu Inseln zurückbauen. Der Obstbaumbestand bleibt erhalten und bildet eine neue reizvolle Landschaft in Hoyerswerdas Umgebung.

So weit die Zukunftsmusik. Bis dahin stehen noch praktische Fragen an. Eine Antwort ist das Projekt der Hoyerswerdaer Tafel. Diese kümmert sich in Hoywoy wie anderswo um Armenspeisung. Mit einer Handvoll Hilfskräften hat sie vor ein paar Jahren begonnen, leere Parzellen zu bewirtschaften. Das geerntete Obst und Gemüse wird an die Bedürftigen weitergeleitet. Doch auch dafür braucht man Unterstützung – wer bezahlt die Kosten, die dem Gartenverein entstehen, wer die Hilfskräfte, ganz zu schweigen von Geräten und Transport? Der Stadt, wie allen bekannt, fehlt jedweder finanzieller Spielraum. Dabei wären noch andere Projekte denkbar, bei denen neben dem Bevölkerungsrückgang auch die sozialen und demografischen Verwerfungen angegangen werden könnten. Was spricht zum Beispiel gegen Senioren-Garten-WGs? Wer sich nicht mehr traut, einen eigenen Garten zu pachten, tut sich mit anderen Senioren zusammen. Was beim Wohnen als altersgerechte Senioren-WGs schon en vogue ist, kann doch im Freizeitbereich nicht verkehrt sein? Es geht dabei nicht um ein künstliches Am-Leben-Halten althergebrachter Strukturen. Im Gegenteil: Hier geht es um das mutige Ausprobieren neuer Lebensformen, um ein neues soziales Miteinander, welches sich den Aufgaben der Gegenwart stellt und versucht,

die vorhandenen, sonst brachliegenden Ressourcen effizient im Sinne aller zu nutzen.

Ein letztes, ebenso vermeintlich banales Beispiel: Wie erhalte ich Sportstrukturen in einer Stadt, der das Geld für die Sanierung von Sportstätten fehlt, der Nachwuchs wegbricht und immer weniger Ehrenamtliche zur Verfügung stehen? In Hoyerswerda kümmert sich ein gut organisierter Dachverband um langfristige Lösungen und forciert geschickt Synergien in der Sportstättennutzung und im Mitglieder- und Sponsorenwerben jenseits der Vereinsmeierei. Im Sport ist man stolz, in Sachsen mit Abstand den höchsten Prozentsatz an organisierten Freizeitsportlern zu haben. Auch das macht Leben in einer schrumpfenden Stadt aus. Zum Erfolgsgeheimnis zählt, dass man sich auf alle Altersgruppen einstellt – Seniorensport ist aktuell der Renner. Nicht selten sieht man nordic-walkende Damengruppen im besten Alter oder ist über die Gelenkigkeit der Senioren-Tai-Chi-Gruppe erstaunt. Ferner werden früh und in guter Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten den Jüngsten altersgerechte Angebote unterbreitet und das lokale Augenmerk auf Handball als Schwerpunkt gelegt. Der andere Publikumsliebbling, Fußball, ist auf ansehnlichem Level für eine strukturschwache Region zu kostenintensiv. Als neue Taktik ist die sportliche Erschließung des im Entstehen befindlichen Lausitzer Seenlandes im Visier – mit Eventcharakter und Abenteuersport. All das soll gewährleisten, dass die wenigen Mittel zielgerecht eingesetzt werden. Die Mittel selbst sind aber nicht ersetzbar.

Ähnliches könnte man sich auch in den Bereichen Stadtumbau, Wohnen, Kultur und Soziales vorstellen – auch hier wurden mit wechselndem Erfolg Neuerungen ausprobiert. Doch vor allem, wenn es um sogenannte „freiwillige“ Leistungen geht (obwohl Kultur in Sachsen als einzigem Bundesland nicht dazu zählt), wird schnell der Rotstift angesetzt. Kann sich eine schrumpfende Stadt essentielle Einschnitte im Bereich Lebensqualität leisten? Für diese weichen Standortfaktoren gilt es, in Zeiten neuer Probleme die Förderpolitik zu überdenken.

cher, ob Rosemarie und andere Engagierte ihr Tun derart verstehen. Fast mutet es zynisch an, ihre alltäglichen Probleme in beglückende Chancen umzudeuten. Fabuliere ich diese trotzdem herbei, vermeide ich es, die Schrumpfung selbst als Problem zu hinterfragen. Ich verorte sie nicht mehr in ihrem politischen Kontext und kann damit auch niemanden wenigstens anteilig für sie verantwortlich machen. Hoyerswerda ist an seiner Schrumpfung nicht selbst schuld. Das gesamtgesellschaftliche Solidarprinzip muss auch hier greifen. Wer ein Ende des Solidarzuschlages herbeisehnt, sollte sich sowohl die Geschichte der Wiedervereinigung vergegenwärtigen als auch über entstehende soziale Kosten nachdenken. Man kann natürlich, wie einige Kritiker sagen, ganz Ostdeutschland weiter, ob mit oder ohne Solidarzuschlag, am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Oder man hinterfragt kritisch, warum in den vergangenen zwei Jahrzehnten oft nicht die richtigen Entscheidungen für die Zukunft Ostdeutschlands getroffen wurden. Sollte man für diese Zukunft nicht auch als politisch, administrativ und ökonomisch Verantwortliche neue Wege gehen? Die Erfolgsrezepte West bieten keine klaren Lösungsansätze für die Problemlage Ost. Neue Ideen braucht das Land!

Ein paar gute Ideen haben die Hoyerswerdaer schon heute auf Lager. Eine Argumentation, die mit Jugendlichen in einer Zukunftswerkstatt des Vereins „KulturFabrik“ erarbeitet wurde, forciert folgende Strategie: Hoyerswerda solle sich wieder so aufstellen, wie es in seiner sozialistischen Phase gebaut wurde, nämlich als Wohnstadt für die umliegende Industrie. Diese muss verstärkt Fachleute über interessante Wohn- und Freizeitangebote anlocken. Die Wohn- soll jetzt jedoch zur Lebensstadt werden – entgegen den von Außenstehenden oft beschworenen Schreckensbildern der alternden, von Abriss bedrohten, tristen Plattenbausiedlung. Dazu gehören die gemütliche Altstadt und das immer attraktiver werdende Lausitzer Seenland ebenso wie eine einwandfreie neustädtische Infrastruktur, soziokulturelle Angebote und neue Ansätze, wenn es um Wohnen, Leben und Arbeiten geht: Die Laborstadt!⁷ Hoyers-

Neue Chancen, neue Freiheiten?

Ist Schrumpfung, wie oft beschworen, zur Chance geworden? Ich bin mir nicht si-

⁷ Vgl. Kristina Bauer-Volke/Ina Dietzsch (Hrsg.), Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel, Kulturstiftung des Bundes, Bonn 2003.

werda, das ist eine Stadt, die sich dem demografischen Wandel stellt, der bald die meisten Regionen unseres Kontinents in Atem halten wird; eine Avantgarde-Stadt mit dem Pioniergeist, der die DDR-Aufbaujahre prägte. Ein neues Hoytopia!

Doch dafür braucht man genauere Vorstellungen von diesem Hoytopia, also eine Utopie, mit der man, in ständiger Anpassung an die jeweiligen Veränderungen, gut durch die Zeiten allgemeiner Unsicherheit kommt. „Ein Mensch ohne Utopie ist kein Mensch“, wie Gerhard, ein ehemaliger Bergbauingenieur aus Hoyerswerda, sagt.

Doch wie stelle ich diese Zukunftsvision auf ein Fundament, das trägt, ohne ausschließlich an die lokale Wirtschaft oder versiegende Fördertöpfe gebunden zu sein? Sowohl Wirtschaft als auch Staat haben großes Interesse, die Erarbeitung neuer Lebens- und Arbeitsformen, neuer Formen des menschlichen Miteinanders zu unterstützen – sei es für das Fachkräfteproblem oder die hohen Kosten, welche die Gewährleistung des verfassungsmäßig verbürgten Grundrechts auf gleichwertige Lebensbedingungen¹⁸ in Deutschland in peripheren Regionen erzeugen könnte.

Willkommen in Hoytopia

Ein guter Freund will sogar die EU mit ins Boot holen. Er war es auch, der den Begriff „Hoytopia“ prägte. In einem der sich entleerenden äußeren Wohnkomplexe würde er gerne das von vielen Seiten diskutierte, aber nie konkretisierte Projekt des Bürgergeldes praktisch umsetzen. Für drei Jahre sollen rund 3000 Menschen aus ganz Europa im Experiment ausprobieren, was alles entstehen kann, wenn man in seinen Grundbedürfnissen gesichert ist, weil Arbeit zur (freiwilligen) Option wird.¹⁹ Wie organisieren Menschen jenseits der Zwänge des Arbeitsmarktes, aber, wenn gewollt, durchaus mit eigenem Job, Leben – politisch, ökonomisch, gesellschaftlich? Wie werden neue Akzente im Sozialen und in der Kultur, in der Architektur und der Bildung gesetzt? Welche de-

mografischen Konsequenzen hat das – leben Familien länger gemeinsam, werden wieder mehr Kinder geboren, wie bindet man verschiedene Generationen wieder in gesamtgesellschaftliche Prozesse ein?

Was auf den ersten Blick wie eine Hippiekommune anmutet, könnte schon bald zum gängigen Lebensmodell für die Zeiten nach der Vollbeschäftigung und der mit ihr verbundenen Organisation der Gesellschaft auf Grundlage der Lohnarbeit werden.¹¹⁰ Das Projekt Hoytopia verweist auf zwei Dinge: erstens auf die geistige Offenheit, die für derartiges praxisorientiertes Experimentieren vonnöten ist; zweitens darauf, dass Freiheit – ob nun die Freiheit, mich für eigene Kinder, einen bestimmten Job oder meinen Wohnort zu entscheiden – nur auf der Basis von Sicherheit ausgeübt werden kann. Sicher ist das Bürgergeld kein Allheilmittel für den Osten. Trotzdem benötigen wir zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ein neues Nachdenken über die gegenwärtigen Probleme. So erst kämen wir als vereintes Deutschland in einer gemeinsamen Gegenwart und Zukunft an.

Sogar der Freiheitsbegriff könnte gewinnbringend für alle erweitert werden. Mobilitätsfreiheit, 1989 hart erkämpft, sollte im 21. Jahrhundert auch die Freiheit und das Recht bedeuten, dort *bleiben* zu können, wo man will. Wie der bekannte, leider früh gestorbene Hoyerswerdaer Liedermacher Gerhard Gundermann schrieb: „Alle, die gehen woll’n, sollen gehen können./Alle, die kommen woll’n, sollen kommen können./Alle, die bleiben woll’n, sollen bleiben können.“¹¹¹ Wahre Mobilitätsfreiheit: Mit ihr könnte es in Hoyerswerda und in weiten Teilen Ostdeutschlands wieder losgehen, selbstbestimmt und demokratisch, mit einer Freiheit, die auf der Grundlage von Sicherheit neue Formen des menschlichen Miteinanders ermöglicht. Willkommen im Wandel, willkommen in Hoytopia.

¹¹⁰ Vgl. E. Barlösius (Anm. 8).

¹¹¹ Ich danke dem Geschäftsführer der „KulturFabrik“ in Hoyerswerda, Uwe Proksch, der dieses Zitat für mich in einen Kontext setzte. Für weitere herausragende Projekte vgl. www.kufa-hoyerswerda.de, für Informationen zu Gundermann vgl. www.gundi.de.

¹⁸ Vgl. Eva Barlösius, Gleichwertig ist nicht gleich, in: APuZ, (2006) 37, S. 14–23.

¹⁹ Vgl. hierzu W. Engler 2005 (Anm. 1).

APuZ

Nächste Ausgabe 32–33/2010 · 9. August 2010

Klimawandel

Sunita Narain

Keine gemeinsame Teilhabe an der Welt

Carlo Jaeger

Warum zwei Grad Celsius?

Wolfgang Sterk

Auf dem Weg zu einem neuen globalen Klimaabkommen?

Dirk Messner

Klimawandel als Chance

Claus Leggewie

Futur Zwei. Klimawandel als Gesellschaftswandel

Reinhard Hüttl

Klimawandel und Erdsystemmanagement

Silke Beck

Zur Glaubwürdigkeit der Klimaforschung

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Manuel Halbauer (Volontär)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
16. Juli 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Deutsche Einheit

APuZ 30–31/2010

Konrad Weiß
3–5 **Zwanzig Jahre danach**

Davor, die Geschichte nicht berichten, sondern berichtigen zu wollen, sind auch Zeitzeugen nicht gefeit. Aber dass Legenden so lebhaft wuchern und sich manche als unausrottbar erweisen würden, dass schien vor zwanzig Jahren undenkbar.

Raj Kollmorgen
6–13 **Diskurse der deutschen Einheit**

Die „Diskursmauern“ zwischen Ost und West sind in den vergangenen Jahren abgetragen worden. Gleichberechtigte Diskurse der Einheit erfordern aber die Überwindung der subalternen Position Ostdeutscher und Ostdeutschlands.

Klaus Schroeder
13–19 **Deutschland nach der Wiedervereinigung**

Mit der Wiedervereinigung haben sich nicht nur die neuen Bundesländer, sondern Deutschland insgesamt stärker verändert, als es vielen bewusst ist: Auf den Fundamenten der alten Bundesrepublik ist ein neues Deutschland entstanden.

Rolf Reißig
20–25 **Auf dem Weg zur zukunftsorientierten Transformation**

Die Transformation Ostdeutschlands als Angleichungspfad und nachholende Modernisierung hat ihre Dynamik und richtungweisende Funktion eingebüßt. Erforderlich ist der Übergang zu einem neuen, zukunftsfähigen Entwicklungspfad.

Michael C. Burda
26–33 **Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert**

Die künftige Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft wird – umrahmt von langsamem Abschwung und von Entvölkerung – von räumlichen Lichtblicken der Stabilisierung oder sogar von Wachstumspolen gekennzeichnet sein.

Rüdiger Thomas
33–40 **Deutsche Kultur im Einigungsprozess**

Im kulturellen Einigungsprozess verschränken sich das gemeinsame Erbe, die Divergenz ästhetischer Konzepte, der Utopieverlust und die Neuansätze jüngerer Generationen, die unbefangen auf einen komplexen Erinnerungsraum blicken.

Felix Ringel
40–46 **Hoytopia allerorten? Von der Freiheit zu bleiben**

Die Schrumpfungsprozesse fordern das vereinte Deutschland heraus, neu über Leben, Arbeit und Freiheit nachzudenken. Am Beispiel Hoyerswerda wird auf mögliche Lösungsstrategien für die Zukunft verwiesen.